



Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

124. Sitzung

Hannover, den 3. März 2017

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 26:

Mitteilungen des Präsidenten 12475
Feststellung der Beschlussfähigkeit..... 12475

Tagesordnungspunkt 27:

Mündliche Anfragen - Drs. 17/7430..... 12475

Frage 1:

Kennzeichnung der Haltungsform bei Fleisch und Fleischerzeugnissen (Tierwohlkennzeichnung)

..... 12475

Hans-Joachim Janßen (GRÜNE) ... 12475, 12483

Christian Meyer, Minister für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
..... 12476 bis 12498

Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens (CDU)
..... 12484

Hans-Heinrich Ehlen (CDU) 12486

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE)..... 12489

Heiner Schönecke (CDU)..... 12490

Wiard Siebels (SPD)..... 12492

Clemens Große Macke (CDU)..... 12492, 12497

Helmut Dammann-Tamke (CDU) 12493

Elke Twesten (GRÜNE) 12495

Ernst-Ingolf Angermann (CDU) 12496

Hermann Grupe (FDP) 12498

(Die Antworten zu den Anfragen 2 bis 58, die nicht in der 124. Sitzung des Landtages am 3. März 2017 behandelt und daher zu Protokoll gegeben wurden, sind in der Drucksache 17/7520 abgedruckt.)

Tagesordnungspunkt 28:

Erste Beratung:

Gemeinnützigkeit der Freifunk-Initiativen anerkennen - Bürgerschaftliches Engagement fördern

- Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/7416..... 12499

Maximilian Schmidt (SPD)..... 12499, 12501

Axel Miesner (CDU)..... 12500, 12502

Belit Onay (GRÜNE)..... 12502

Christian Dürr (FDP) 12503

Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister ... 12504

Ausschussüberweisung..... 12505

Tagesordnungspunkt 29:

Erste (und abschließende) Beratung:

.niedersachsen - eine digitale Heimat für unser Land - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion

Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/7417..... 12505

Maximilian Schmidt (SPD). 12505, 12507, 12508

Clemens Lammerskitten (CDU) 12506, 12507

Belit Onay (GRÜNE)..... 12507

Christian Dürr (FDP) 12508

Christian Meyer, Minister für Ernährung,

Landwirtschaft und Verbraucherschutz . 12510

Beschluss..... 12509

Zur Geschäftsordnung:

Reinhold Hilbers (CDU) 12509, 12510, 12516

Jens Nacke (CDU)..... 12512

Jörg Bode (FDP) 12513

Grant Hendrik Tonne (SPD) 12514

Helge Limburg (GRÜNE) 12515

Tagesordnungspunkt 30:

Erste Beratung:

Bildung von Eigentum erleichtern - Für einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/7419..... 12516
Christian Grascha (FDP)
..... 12517, 12521, 12525, 12527
Frank Henning (SPD) 12518, 12522
Reinhold Hilbers (CDU) 12523, 12528
Gerald Heere (GRÜNE) 12524, 12525, 12528
Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister ... 12526
Ausschussüberweisung..... 12529

Tagesordnungspunkt 31:

Erste Beratung:

Wasserschutz gemeinsam mit den Landwirten voranbringen - Entwurf zur Änderung des Niedersächsischen Wassergesetzes zurückziehen - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/7420..... 12529

und

Tagesordnungspunkt 32:

Erste Beratung:

Landwirte vor der stillen Enteignung bewahren - Entwurf zur Novellierung des Wassergesetzes darf nicht in den Landtag eingebracht werden - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/7421 12529
Hermann Grupe (FDP) 12529, 12538, 12544
Frank Oesterhelweg (CDU) 12530, 12531, 12534, 12537, 12541, 12545, 12547
Helmut Dammann-Tamke (CDU)
..... 12531, 12536, 12540
Volker Bajus (GRÜNE)..... 12533
Sigrid Rakow (SPD) 12535, 12536, 12538
Regina Asendorf (GRÜNE)
..... 12539, 12541, 12542, 12546
Jörg Hillmer (CDU)..... 12540
Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz..... 12543
Ausschussüberweisung..... 12547

Tagesordnungspunkt 33:

Erste Beratung:

Ministerpräsident Stephan Weil muss das Verhältnis der Landesregierung zu DITIB klären - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/7423 12548
Ulf Thiele (CDU)
.....12548, 12551, 12552, 12555, 12558
Belit Onay (GRÜNE) 12551, 12553, 12555
Stefan Politze (SPD) 12552
Dr. Stefan Birkner (FDP)..... 12556
Stephan Weil, Ministerpräsident..... 12557
Ausschussüberweisung..... 12558

Nächste Sitzung 12558

Vom Präsidium:

Präsident	Bernd Busemann (CDU)
Vizepräsidentin	Dr. Gabriele Andretta (SPD)
Vizepräsident	Klaus-Peter Bachmann (SPD)
Vizepräsident	Karl-Heinz Klare (CDU)
Schriftführerin	Ingrid Klopp (CDU)
Schriftführerin	Gabriela Kohlenberg (CDU)
Schriftführer	Clemens Lammerskitten (CDU)
Schriftführer	Markus Brinkmann (SPD)
Schriftführer	Stefan Klein (SPD)
Schriftführerin	Sigrid Rakow (SPD)
Schriftführerin	Sabine Tippelt (SPD)
Schriftführer	Belit Onay (GRÜNE)
Schriftführerin	Elke Twesten (GRÜNE)
Schriftführerin	Hilgriet Eilers (FDP)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident
Stephan Weil (SPD)

Minister für Inneres und Sport
Boris Pistorius (SPD)

Finanzminister
Peter-Jürgen Schneider (SPD)

Staatssekretär Frank Doods,
Finanzministerium

Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
Cornelia Rundt (SPD)

Staatssekretär Jörg Röhmann,
Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Kultusministerin
Frauke Heiligenstadt (SPD)

Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Olaf Lies (SPD)

Staatssekretärin Daniela Behrens,
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Christian Meyer (GRÜNE)

Justizministerin
Antje Niewisch-Lennartz (GRÜNE)

Staatssekretärin Stefanie Otte,
Justizministerium

Ministerin für Wissenschaft und Kultur
Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE)

Staatssekretärin Andrea Hoops,
Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz
Stefan Wenzel (GRÜNE)

Beginn der Sitzung: 9.04 Uhr.

Präsident Bernd Busemann:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 124. Sitzung im 44. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 17. Wahlperiode. Gemeinsam mit den Schriftführerinnen wünsche ich Ihnen einen guten Morgen!

(Zurufe: Guten Morgen, Herr Präsident!)

Tagesordnungspunkt 26:

Mitteilungen des Präsidenten

Wir dürfen gleich die **Beschlussfähigkeit** des Hauses feststellen.

Es deutete sich bereits an: Heute gibt es ein besonderes Ereignis. Geburtstag hat der Abgeordnete Detlef Tanke.

(Lebhafter Beifall)

Lieber Herr Tanke, ich übermittle Ihnen im Namen des ganzen Hauses herzliche Glückwünsche. Gesundheit und Wohlergehen nicht nur für das vor Ihnen liegende neue Lebensjahr, sondern auch für alles das, was Sie sonst noch so vorhaben! Alles Gute!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, zur Tagesordnung: Wir beginnen die heutige Sitzung mit dem Tagesordnungspunkt 27: Mündliche Anfragen. Anschließend setzen wir die Beratungen in der Reihenfolge der Tagesordnung fort. - Die heutige Sitzung soll gegen 13.45 Uhr enden.

Die mir zugegangenen Entschuldigungen teilt Ihnen nunmehr die Schriftführerin Frau Rakow mit.

Schriftführerin Sigrid Rakow:

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Entschuldigt haben sich von der Fraktion der CDU Klaus Krumfuß, von der Fraktion der SPD Uwe Strümpel, von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Heinrich Scholing und von der Fraktion der FDP Dr. Gero Hocker und Horst Kortlang.

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Rakow. - Meine Damen und Herren, es folgt der

Tagesordnungspunkt 27:

Mündliche Anfragen - Drs. 17/7430

Die für die Fragestunde geltenden Regelungen unserer Geschäftsordnung setze ich als bekannt voraus.

Um uns im Präsidium den Überblick zu erleichtern, bitte ich, dass Sie sich schriftlich zu Wort melden, wenn Sie eine Zusatzfrage stellen möchten.

Es ist jetzt 9.07 Uhr.

Ich rufe auf die

Frage 1:

Kennzeichnung der Haltungsform bei Fleisch und Fleischerzeugnissen (Tierwohlkennzeichnung)

Sie wird gestellt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Hans-Joachim Janßen, bitte sehr!

Hans-Joachim Janßen (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mehr als drei Viertel der Bevölkerung - 79 % - wünschen sich laut dem Ernährungsreport 2017 des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft ein staatliches Tierwohllabel. Im Rahmen der Internationalen Grünen Woche 2017 hat Minister Schmidt sein lange angekündigtes Tierwohllabel präsentiert. Genaue Kriterien stehen noch nicht fest.

Mit dem Ansatz eines freiwilligen Siegels mit bislang nicht bekannt gegebenen Kriterien, das nur für einzelne Tiergruppen gelten soll, nutzt das Bundesministerium für Landwirtschaft dabei jedoch seine gesetzgeberischen Kompetenzen nicht aus. Eine nationale Regelung zur Tierwohlkennzeichnung ist auf der Grundlage der Lebensmittelinformationsverordnung möglich. Ein auf Freiwilligkeit basierendes Siegel wird von Experten hinsichtlich seiner Wirkung kritisiert, da nur einzelne Produkte ausgezeichnet werden, nicht aber auch eine Kennzeichnung der weniger artgerecht erzeugten Produkte erfolgt.

Die Landesregierung hat daher die Vorschläge kritisiert und deutlich gemacht, dass statt freiwilliger Unverbindlichkeit vielmehr eine verpflichtende, bundeseinheitliche und für alle in Deutschland auf den Markt gebrachten Produkte geltende Kennzeichnung notwendig sei. Eine Arbeitsgruppe der Landwirtschaftsministerien der Länder hat schon seit einiger Zeit konkrete Vorschläge für eine solche Kennzeichnung vorgelegt. Diese orientieren sich am Prinzip der Eierkennzeichnung.

Die verpflichtende Kennzeichnung der Haltungsförm bei Eiern hat dazu geführt, dass im Handel mittlerweile keine Eier aus Käfighaltung mehr erhältlich sind. Verbraucherinnen und Verbraucher sind nicht bereit, sie zu kaufen, und greifen stattdessen zu artgerechteren und teureren Produkten.

(Unruhe)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Janßen, einen Moment, bitte, bevor die drei Fragen kommen! - Meine Damen und Herren, bitte Ruhe!

(Anhaltende Unruhe)

- Eine Sekunde noch! Das gilt für alle Teile des Parlaments. - Bitte!

Hans-Joachim Janßen (GRÜNE):

Frage 1: Welche konkreten Kritikpunkte hat die Landesregierung an dem von Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt vorgestellten Tierwohllabel?

Frage 2: Welche Vorschläge hat die Landesregierung zur Haltungskennzeichnung bei Fleisch und Fleischerzeugnissen?

Frage 3: Ist es in der Eierproduktion Niedersachsens nach Einführung der Kennzeichnungspflicht und dem Ausstieg aus der Käfighaltung zu Produktionsrückgängen gekommen?

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Janßen. - Die Landesregierung möchte antworten. Herr Minister Meyer, bitte sehr! Ich erteile Ihnen das Wort.

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die ehrliche

und einfache Kennzeichnung tierischer Produkte nach Tierschutzkriterien ist ein ganz wichtiger Meilenstein für mehr Transparenz für die Verbraucher und wird seit Langem gefordert.

Umso mehr habe ich mich gefreut, als Bundesagrarminister Christian Schmidt im letzten Jahr für die Grüne Woche dieses Jahres ein staatliches Tierwohllabel angekündigt hat. Bislang hatte Bundesminister Schmidt nämlich jeglichen Eingriff des Staates in die Kennzeichnung von Lebensmitteln abgelehnt.

Zwischen Weihnachten letzten Jahres und Neujahr machte Bundesagrarminister Christian Schmidt aber eine Kehrtwende. Er forderte zuerst in der *Bild*-Zeitung eine Schweinefleischpflicht in Kindergärten und wollte als Nächstes auch die erfolgreichen Veggieprodukte eines niedersächsischen Vorzeigeunternehmens - der Rügenwalder Mühle - gefährden und vegetarische Gemüseschnitzel, vegetarische Mortadella oder Tofuwurst verbieten. Er berief sich auf einen Antrag der CDU-Landtagsfraktion hier in Niedersachsen.

Aber ich muss Sie ja loben: Ich habe den Presseberichten - - -

(Zurufe von der CDU)

- Der Bundesminister hat öffentlich dazu gesagt, dass das die niedersächsische CDU - - -

(Filiz Polat [GRÜNE]: Was regen die sich so auf? - Unruhe)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Minister, einen Moment! - Meine Damen und Herren, im Moment insbesondere bei der CDU, hier wird eine Antwort gegeben. Ich merke, Sie haben allerhöchstes Interesse. Das setzt voraus, dass man dem Minister zuhört. - Bitte!

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Zur Kennzeichnung - in diesem Fall von vegetarischen und veganen Produkten - will ich Sie loben. Ausweislich von Presseberichten war der Arbeitskreis der CDU kürzlich bei der Rügenwalder Mühle und hat gesagt, sie wollen jetzt doch nicht mehr die erfolgreichen Arbeitsplätze und Produkte dieses Unternehmens gefährden und ihren Antrag, der dem Landtag vorliegt, überarbeiten. Ich begrüße das sehr.

Das Thema Kennzeichnung bleibt auf der Tagesordnung, aber es bleibt gefährlich. Die Lebensmit-

telbuchkommission, in der entschieden wird, wie Produkte tierischer oder vegetarischer Herkunft zu kennzeichnen sind, tagt diesen Monat. Es kann also sehr gefährlich für die vegetarische Produktion und die Veggieproduktion in Niedersachsen werden. Deshalb hoffe ich, dass die Positionsveränderung der CDU in Niedersachsen auch beim Bundesminister ankommt und Fleischtomaten, Sandkuchen oder bayrischer Leberkäse - der weder aus Käse noch aus Leber besteht - nicht als Irreführung gelten und künftig nicht mehr so bezeichnet werden dürfen. Ich freue mich, wenn der Landtag diese niedersächsischen Lebensmittelunternehmen unterstützt und nicht behindert.

(Zuruf von der CDU: Sie sagen die Unwahrheit!)

Dass Kennzeichnung gut für die Landwirte und Verbraucher sein kann, zeigt die 2004 eingeführte und vom Fragesteller genannte verpflichtende Eierkennzeichnung. Seit 2004 müssen Frischeier in Europa eindeutig nach Haltungform - Käfig-, Boden-, Freiland- oder Ökohaltung - gekennzeichnet werden. Niedersachsen hat davon erheblich profitiert. Wir sind heute Marktführer bei Bio- und Freilandeiern in Deutschland. Wir haben gerade unter dieser Landesregierung einen enormen Anstieg der Zahl der Legehennen und der Legehennen haltenden Betriebe zu verzeichnen.

(Zuruf: Marktführer waren wir immer!)

2012 - also in Ihrem letzten Jahr - hatten wir per 31. Dezember 15,69 Millionen Legehennen in Niedersachsen in 1 080 Produktionsstätten mit einer Durchschnittszahl von 14 528 Hennen pro Produktionseinheit. Im Dezember 2016 hatten wir 18,319 Millionen Legehennen in Niedersachsen in 1 284 Produktionsstätten bei einer leicht gesunkenen Durchschnittsgröße von 14 267 Hennen.

Uns wird ja immer vorgeworfen, wir würden Standortabbau betreiben. Unter dieser Landesregierung haben wir also 2,62 Millionen Legehennen und 200 landwirtschaftliche Legehennenbetriebe mehr. Das ist ein sehr guter Boom! Gestiegen ist dies auch dank der verpflichtenden Tierschutzkennzeichnung, die Sie immer bekämpft haben, und der steigenden Verbrauchernachfrage. Deshalb nehmen vor allem die Haltungformen Bio und Freiland zu, also die Kennzeichnungen mit den Nummern 0 und 1. Bei Bio haben wir in Niedersachsen von 2012 bis 2016 einen enormen Anstieg um 657 000 Biolegehennenplätze und 88 Biobetriebe. Rechnerisch ist das in vier Jahren ein Zuwachs von sage und schreibe 45 % mehr Bio und 41 %

mehr Biobetrieben bei Legehennen. Ich finde, das kann sich sehen lassen.

(Zuruf von Helmut Dammann-Tamke [CDU])

- Ich beantworte zuerst einmal die Fragen. Ihre Fragen kommen später an die Reihe, Herr Dammann-Tamke. Sie können gleich Fragen stellen. Ich muss zuerst einmal die Fragen des Parlaments beantworten, die eingereicht worden sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit 2,114 Millionen Biolegehennen kommt mittlerweile fast jedes zweite deutsche Bioei aus Niedersachsen. Von daher haben wir - das war die Frage - von dieser verpflichtenden Eierkennzeichnung sehr profitiert.

Auch bei der Haltungform Freiland, die ja zurzeit wegen der Vogelgrippe unter der Stallpflicht leidet, haben wir unter Rot-Grün von 2012 bis 2016 einen Zuwachs um mehr als 1 Million Freilandhühner auf 3,8 Millionen Ende 2016 erlebt. Hier haben wir sogar 128 Legehennenbetriebe mehr, was einem Zuwachs in unserer Regierungszeit um 45 % entspricht.

Deshalb hält das immer wieder vonseiten der Opposition vorgetragene Argument, eine Pflichtkennzeichnung und ein Ausstieg aus der Käfighaltung würden unsere Hühnerhaltung ins Ausland vertreiben und dort würden dann die Käfige gebaut, den niedersächsischen Zahlen jedenfalls nicht stand. Wir haben heute in Niedersachsen insgesamt deutlich mehr Legehennen als zu Zeiten der alten Käfigbatterien. Wir haben auch deutlich höhere Preise. Wir sind sehr zufrieden, was Bioeier, was Freilandeier angeht. Von daher haben wir in dem Bereich auch mehr Wirtschaftskraft, Wertschöpfung und Einnahmen für unsere Landwirte. Von daher ist die Ausweitung der Kennzeichnungspflicht auf tierische Produkte sowohl im Inland als auch für ausländische Ware aus meiner Sicht ein Erfolgsprojekt.

Zu der Frage 1: Welche konkreten Kritikpunkte hat die Landesregierung an dem von Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt vorgestellten Tierwohllabel? - Dieses neue Tierwohllabel von Minister Schmidt scheint leider in die Kategorie der freiwilligen, unverbindlichen und wenig aussagekräftigen Labels einzuordnen zu sein, von denen es schon eine riesige Vielzahl am Markt gibt. Es gibt einen riesigen Siegel-Dschungel und Dutzende Kennzeichnungen von Tierschutz- oder Herkunftskrite-

rien auf dem Markt, den Verbraucherinnen und Verbraucher oft nicht mehr durchschauen.

Ob die Kriterien standhalten, können wir als Landesregierung nicht bewerten. Denn zu meiner Überraschung hat Bundesminister Schmidt gesagt, die Kriterien werden erst 2018 festgelegt. Auf den Markt soll dieses neue Tierwohllabel erst 2019 kommen. Ich hatte schon erwartet, dass er auch in der Zeit seiner Ankündigungen Kriterien entwickelt. Das Einzige, was vorgestellt worden ist, ist ein Design für dieses Label. Das können Sie sich herunterladen.

(Der Redner zeigt eine Unterlage)

Es sieht mit dem Sechseck ein bisschen wie das Biolabel aus. Es soll ein und zwei Sterne geben. Dieser Unterstrich ist schwarz-rot-gold. Einige wird das an Fußballtrikots erinnern. Aber es gibt nicht vier oder fünf Sterne, sondern höchstens zwei. Dort soll dann „Für mehr Tierwohl“ stehen. Es sieht dem Siegel sehr ähnlich, das Frau Aigner einmal mit großem Aufwand gemacht hatte. Es hatte auch zwei Sterne, aber den Text: „Für mehr Tierschutz“. Das ist das Siegel. Es ist schwarz und innen weiß. Die einzige Farbe ist ein schwarz-rot-goldener Unterstrich. Das kann man sich herunterladen.

Aber zu welchen Punkten man es bekommen soll und welche Kriterien erfüllt werden müssen, ist leider noch nicht vorgegeben. Der Bundesminister möchte im ersten Schritt lediglich für Schweinefleisch- und Mastgeflügelprodukte Kriterien entwickeln. Eine Kennzeichnung verarbeiteter Eier - also in Backwaren, Nudeln etc. - oder für Milchprodukte - Weidemilch könnte er auch einmal definieren - ist bislang nicht vorgesehen. Für dieses staatliche Tierwohllabel möchte er aber noch eine gesetzliche Basis schaffen. Ein Gesetzentwurf und ein Zeitplan zur Beratung im Bundestag und Bundesrat sind der Landesregierung nicht bekannt. Unklar bleibt auch, wie die vorhandene lobenswerte Brancheninitiative „Tierwohl“ eingebunden werden soll. Auch von dort gibt es ja sehr viel Kritik.

Dieses Label soll also freiwillig sein. Es erinnert an das von Frau Ex-Bundesministerin Ilse Aigner im Jahr 2013 leider weitgehend gescheiterte, ebenfalls zweistufige und mit zwei Sternen ausgezeichnete Label des Deutschen Tierschutzbundes „Für mehr Tierschutz“. An diesem damals gestarteten freiwilligen, aber leider von Handel und Verbrauchern nicht angenommenen Label nimmt nur noch eine Handvoll Betriebe teil. Ich glaube, in Niedersachsen sind nur noch vier Schweine haltende Betriebe dabei. Deshalb befürworten wir eine

Pflichtkennzeichnung ähnlich wie bei den Eiern, von der auch ausländische Ware betroffen ist, weil wir uns ähnlich wie bei der erfolgreichen Eierkennzeichnung eine erfreuliche Entwicklung versprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb richtet sich die Kritik der Landesregierung zum einen auf die bloße Freiwilligkeit; denn kein Handelsunternehmen muss dieses Label nutzen. Ich bezweifle zum anderen, dass die Handelsunternehmen von ihren Labels abrücken. Auch Vertreter der betroffenen Verbände der Tierhalter sind der Auffassung, dass ein freiwilliges Label nicht zielführend ist. So fordert die Deutsche Geflügelwirtschaft - ihr Präsident ist ja bekanntlich Friedrich-Otto Ripke; der sollte Ihnen bekannt sein - eine Pflichtkennzeichnung auch für verarbeitete Eier in Kuchen, Nudeln und in der Gastronomie. Die haben das noch einmal sehr beeindruckend mit entsprechenden Verbraucherbefragungen untermauert. Wir wollen nicht, dass ungekennzeichnete Käfigeier bei uns auf die Märkte kommen. Wenn wir das hätten, würde das unseren Legehennenbetrieben noch mehr helfen.

Das BMEL hat bisher leider keine ausgearbeiteten Vorschläge zum Tierwohllabel vorgelegt. Es wurde lediglich angekündigt, dass jetzt in Arbeitsgruppen Details erarbeitet werden sollen. Die bisher bekannten Eckpunkte wirken wenig substanziell und halbherzig und erscheinen nicht zielführend, um für einen großen Teil der Tierhaltungsbetriebe eine höhere Wertschöpfung zu ermöglichen. Außerdem ist verwunderlich, dass die Ideen jetzt erst gesammelt werden; denn bereits 2014 hat die Herbst-Agrarministerkonferenz - also die Konferenz der Agrarminister von Bund und Ländern - eine Arbeitsgruppe eingesetzt und erste Vorschläge für eine Tierhaltungskennzeichnung auf den Tisch gelegt und verschiedene Vorschläge für die einzelnen Bereiche des Tierwohls gemacht. Konkrete Vorschläge - der achtseitige Abschlussbericht dieser Länderarbeitsgruppe, die unter der Federführung von Baden-Württemberg stand - liegen vor. Die hätte der Bund übernehmen können.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Wie der *top agrar* vom 27. Februar 2017 zu entnehmen ist, steigt auch unter den Landwirten, die mehr Tierschutz wollen - und das ist die große Mehrheit -, der Frust über die Initiative des Bundesagrarsministers.

Ich zitiere aus diesem Artikel vom 27. Februar 2017:

„Nach wie vor sind zum angekündigten staatlichen Tierwohllabel nur wenige Fakten hinsichtlich der Kriteriengestaltung bekannt, weshalb es den Tierhaltern teilweise an Planungssicherheit mangelt. Darauf hat der Marktreferent der Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands (ISN), Matthias Quaing, am vergangenen Mittwoch auf der Wintertagung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) in Hannover hingewiesen.

Die Umsetzung der Kennzeichnung nannte er nach bisherigem Stand ‚mehr Schein als Sein‘; einzig bekannt sei im Grunde das Aussehen des Labels. Aufseiten des Ministeriums sei ‚überhaupt keine Strategie‘ zu erkennen; vielmehr entstehe der Eindruck einer ‚getriebenen Politik‘, die aus dieser Position heraus Forderungen stelle.

Indes lasse sich mit gelabelten Produkten perspektivisch ein Marktanteil von mindestens 20 % erzielen, stellte der ISN-Experte unter Verweis auf Angaben der Universität Göttingen fest. Gekennzeichnete Fleischartikel, die für einen deutlich höheren Tierschutz stünden, würden in Deutschland bislang hingegen nur in geringem Umfang gekauft. Die Ansätze mit dem größten Marktanteil bezögen sich auf nicht investive Maßnahmen wie mehr Platz, Beschäftigungsmöglichkeiten und Raufutter.

Quaing bezeichnete die ‚Initiative Tierwohl (ITW)‘ als Erfolgsprojekt, allein deshalb, weil sie ‚auf eindrucksvolle Weise‘ die Handlungsbereitschaft der Landwirte gezeigt habe und bereits einen deutlich höheren Marktanteil abdecke als alle bisherigen Ansätze in Deutschland zusammen. Auf der anderen Seite habe sie bei den Betrieben auf der Warteliste jedoch zu Frustration geführt.

Dem, dass dies eine lobenswerte Initiative ist, schließe ich mich ausdrücklich an.

Dann heißt es weiter - dieser Kritik schließe ich mich auch an -:

„Verbesserungsbedürftig ist nach Quaings Ansicht weiterhin, dass der Kunde keine Chance habe, sich im Laden bewusst für ein

ITW-Produkt zu entscheiden, da eine entsprechende Pflichtkennzeichnung fehle.

Aus Sicht von Christoph Becker vom DLG-Ausschuss Schweineproduktion haben die Landwirte ‚außer der reinen Anzahl an Tieren‘

- bei mehr Tierschutz -

„nichts zu verlieren. Mit Honorierungsprogrammen für mehr Tierwohl seien auch bereits die Weichen gesetzt, dass Bauern ihre Bestände ohne Einbußen verkleinern könnten. Der Direktor Landwirtschaft bei Vion, Dr. Heinz Schweer, verwies auf die Rolle des Handels zur Umsetzung neuer Standards. An dieser Stelle müsse gegebenenfalls der Druck erhöht werden.“

(Zustimmung von Filiz Polat [GRÜNE])

„Die baulichen Änderungen für mehr Tierwohl im Schweinestall, auch für die Haltung von ‚Ringelschwanztieren‘,“

- ich habe mich über dieses Lob der ISN sehr gefreut -,

„sind laut Becker überschaubar. Insbesondere von der finanziellen Seite her müssten nur geringe Investitionen getätigt werden. Der ‚schwierige Teil‘ bestehe jedoch im Umdenken.

So erfordere die Prävention des Schwanzbeißens vor allem ein gutes Management. Nötig seien häufigere Stallkontrollen, konsequente Gegenmaßnahmen bei Kannibalismus und gegebenenfalls mehr Aufenthalt im Stall. Die Tiere bräuchten aber auch mehr Platz und Beschäftigung.“

- Das sagt der Vertreter der ISN! -

„Als beste Maßnahme habe sich dabei die periodische Minimaleinstreu bewährt, betonte der DLG-Experte. Alle anderen Mittel würden für die Schweine nach kurzer Zeit langweilig. Als das ‚intelligenteste domestizierte Tier‘ seien Schweine durchaus mit Hunden zu vergleichen und müssten entsprechend gefordert werden.

Aus ökonomischer Perspektive zahlten sich der Mehraufwand und die Umbauten aus, hob Becker“

- der DLG-Experte -

„mit Blick auf den eigenen Betrieb hervor. Sein Schweinebestand sei von 4 000 Tieren auf 3 000 zurückgegangen, die Einnahmen aber von 60 000 Euro auf 80 000 Euro gestiegen. Der Grund dafür ist laut Becker unter anderem der Aufschlag von 12 Cent/kg durch das Tierschutzlabel. Als weiteren ‚angenehmen Nebeneffekt‘ wertete der Landwirt,“

(Zuruf von der CDU)

- das ist, glaube ich, vielleicht für Sie -

„viel entspannter in die Diskussion mit Kritikern gehen zu können.“

So viel also aus *top agrar* vom 27. Februar 2017. Die konventionellen Landwirte sagen: Mit mehr Tierwohl, weniger Tieren und höheren Preisen habe ich mehr Akzeptanz. - Das ist ein Erfolgsprojekt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Daher hat Niedersachsen ein breites Bündnis mit Landwirten wie der ISN, aber auch mit Kreisbauernverbänden, mit der Geflügel- und Schweinefleischwirtschaft sowie mit Verbraucher-, Umwelt- und Tierschützern gesucht, um eine nationale Tierschutzstrategie gemeinsam voranzutreiben. Zusammen mit Minister a. D. Lindemann, Minister a. D. Uwe Bartels und dem Präsidenten des Tierschutzbundes habe ich daher erfolgreich in Berlin für einen neuen bundesweiten Agrar- und Tierwohlkonsens geworben. Die Bundesratsinitiative Niedersachsens, die die Landesregierung beschlossen hat, wurde im Bundesrat mit übergroßer Mehrheit angenommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Er fordert die Bundesregierung auf, die Vorschläge des Kompetenzkreises Tierwohl auch zur Kennzeichnung tierischer Produkte - Vorsitzender Minister a. D. Lindemann - sowie die Vorschläge des Wissenschaftlichen Agrarbeirats der Bundesregierung jetzt umzusetzen. Dazu gehören sowohl mehr Förderung als auch Programme wie z. B. die Ringelschwanzprämie; dazu gehört aber auch, dass eine vernünftige Kennzeichnung dazu führt, dass die Verbraucherinnen und die Verbraucher frei entscheiden und mehr Tierwohl bei Landwirten endlich honorieren können. Zurzeit erkennt der Verbraucher nämlich nicht - anders als bei den Eiern -, wie das Schwein, das Huhn oder das Rind gehalten wurden.

Das Argument des Bundesagrarministers, dass eine Pflichtkennzeichnung allein in Deutschland rechtlich nicht möglich sei, wirkt wie eine Ausrede für Nichthandeln. So haben Großbritannien seit Langem die Nährwertampel und Frankreich 2016 zusätzliche nationale Herkunftskennzeichnungen für Fleisch und Milchprodukte gesetzlich eingeführt und von der EU-Kommission genehmigt bekommen. Nach dem von den grünen Abgeordneten in der Anfrage zitierten Gutachten von Professor Gundel - Europarechtliche Anforderungen an eine verbindliche nationale Tierwohlkennzeichnung, ZLR 6/2016 - ist eine verpflichtende Kennzeichnung nach Tierschutzkriterien auf einheimische und ausländische Waren ebenfalls rechtlich möglich und muss lediglich von der EU-Kommission genehmigt werden. Auch weitere Gutachten - ich erspare mir jetzt, sie alle im Detail vorzutragen -, z. B. das der Baden-Württembergischen Landesregierung, zeigen, dass eine nationale Kennzeichnung im Europäischen Binnenmarkt rechtlich zulässig ist. Dänemark, die Niederlande und Österreich planen ähnliche Tierschutzkennzeichnungen. Von daher wäre ein abgestimmtes Vorgehen dieser Tierschutzvorreiterländer im Binnenmarkt sehr wohl möglich.

Auch die Mehrheit der Bundesländer ist der Auffassung, dass ein verpflichtendes nationales Tierwohlsiegel rechtlich möglich und notwendig ist. So hat der Bundesrat mehrfach für die Ausweitung der Eierkennzeichnung auch auf verarbeitete versteckte Eier in Nudeln und Backwaren gestimmt. Auch die Geflügelwirtschaft sowohl in Niedersachsen als auch in Deutschland insgesamt fordert dies vehement ein, da Niedersachsen als Bio- und Freilandstandort Nummer eins sicher profitieren würde. Die nicht gekennzeichneten Eier aus Käfigbatterien aus dem Ausland gehen nämlich in den nicht gekennzeichneten Bereich bei den Backwaren und bei den Nudeln. Deshalb fordern auch viele niedersächsische Lebensmittelunternehmer, dass wir auch dort endlich eine ehrliche Verbrauchertransparenz bekommen. Ich möchte auch wissen, woher die Eier im Kuchen und in den Nudeln kommen.

Um gleiches Recht für alle zu gewährleisten und um keine Wettbewerbsnachteile für unsere Betriebe zu schaffen, ist bei einer Kennzeichnung aber auch eine intensive Kontrolle notwendig. Vielleicht haben Sie es schon gelesen. Ich kann Ihnen mitteilen, dass unser Landesamt für Verbraucherschutz, das LAVES, in Zusammenarbeit mit den zahlreichen Kommunen in den letzten Tagen in

mehreren Supermärkten in Niedersachsen mehrere 100 000 vermeintliche Freiland Eier aus den Niederlanden aus dem Verkehr gezogen hat, da die Stallpflicht nach zwölf Wochen immer noch im Gange ist.

Die EU-weite Kennzeichnung gilt auch in Niedersachsen, und sie gilt auch für holländische Eier. Deshalb haben wir die Eier, die mit der Kennzeichnung 1 als Freilandeier verkauft wurden, aus dem Verkehr gezogen. Da sie nach der Kennzeichnung nicht umdeklariert werden dürfen - man darf dann nicht eine 2 aufdrucken -, müssen sie entweder als zu verarbeitende B-Eier, also etwa in Kuchen und Backwaren, verwendet werden oder in die Niederlande zurückgeschickt werden. Ich denke, das ist auch im Sinne der vielen niedersächsischen Legehennenhalter, die ihre Eier wegen der Stallpflicht zurzeit nicht als Freiland Eier verkaufen können, sondern sie mit der Ziffer 2 für Bodenhaltung bedrucken müssen und auf die Solidarität der Verbraucherinnen und Verbraucher angewiesen sind. Daher auch hier mein Appell: Lassen Sie unsere niedersächsischen Freilandbetriebe nicht im Stich, und bezahlen Sie weiterhin den Eierpreis, den sie verdient haben, nämlich einen guten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Zu Frage 2: Welche Vorschläge hat die Landesregierung zur Haltungskennzeichnung bei Fleisch und Fleischerzeugnissen? - Immer mehr Verbraucherinnen und Verbraucher wollen wissen - das zeigt die Eierkennzeichnung -, wie Lebensmittel produziert worden sind, die sie kaufen. Dabei legen sie zu Recht besonderen Wert auf eine übersichtliche und nachvollziehbare Information zu Tierhaltung und Tierschutz.

Bereits auf der Agrarministerkonferenz im Herbst 2014 wurde daher ein Vorschlag in die Diskussion eingebracht, der sich an der erfolgreich am Markt etablierten Haltungskennzeichnung von Konsumiern orientiert und der von uns unterstützt und weiterverfolgt wird. Mit einem einfachen, aber verbindlichen System für mehr Transparenz sollen Verbraucherinnen und Verbraucher auch beim Frischfleisch zum Beispiel eine bewusste Kaufentscheidung treffen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben gesagt, nichts Neues, sondern: Nehmt doch 0, 1, 2 und 3 auch bei Fleisch und Milchprodukten. Das würde dann bei Fleisch wie folgt aussehen - so der zusammengefasste Vorschlag der

Agrarminister- und Verbraucherschutzministerkonferenz -: Die 0 ist ganz einfach definiert, sie steht nämlich für ökologische Produkte. Alles Fleisch, was der EU-Bioverordnung entspricht, bekommt die 0. Die 1 steht für konventionell erzeugte Produkte, bei der die Tiere Zugang zum Freien haben. Das ist wie bei der Freilandhaltung von Hühnern, sie steht also für Weidetiere - Weidefleisch -, für Tiere mit Auslauf und zusätzlichem Beschäftigungsmaterial. Die 2 würde nach dem Vorschlag der Agrarminister der Länder für konventionell erzeugte Produkte mit 30 % mehr Platz und Gliederung der Haltungseinrichtung stehen, also das, was z. B. der Tierschutzeinstiegsstufe des Deutschen Tierschutzbundes entspricht oder was die Niederlande mit dem „Beter leven“-Label - Beter leven: besseres Leben - umgesetzt haben. Die 3 entspricht dem gesetzlichen Mindeststandard ähnlich wie bei den Eiern. Die würden konventionell erzeugte Produkte kriegen, die dem gesetzlichen Mindeststandard entsprechen.

(Jens Nacke [CDU]: Es ist übrigens Fragestunde!)

Das ist also einfach und verständlich, kein neues System, sondern das, was die Verbraucherinnen und Verbraucher kennen. Mit diesem Anknüpfen an das bewährte System der Eierkennzeichnung obliegt es den Konsumenten, selbst zu entscheiden, welche Lebensmittel sie aus welchen Haltungsformen bevorzugen und mit einer höheren Zahlungsbereitschaft honorieren.

(Björn Thümler [CDU]: Haben wir noch Fragestunde oder nicht?)

Aus meiner Sicht wäre das gut für die niedersächsische Agrarwirtschaft, die ja mit immer höheren Tierschutzstandards zu einem Vorreiter beim Tierschutz wird. Die Produkte würden sich dann wohl-tuend von billiger Massenware aus dem Ausland absetzen, die zu deutlich schlechteren Tierschutzstandards hergestellt worden ist. Der Wettbewerb ist geeignet, Verbesserungen in der Tierhaltung - Lob für die Landwirte - im Sinne einer artgerechten Tierhaltung zu kommunizieren und kenntlich zu machen und von den Verbraucherinnen und Verbrauchern einen fairen Preis einzufordern.

Die Verbraucherministerkonferenz hat dieses Modell befürwortet und den Bund schon vor Längerem aufgefordert, mit den Ländern einen EU-rechtskonformen Vorschlag zur Einführung einer zunächst nationalen Tierhaltungskennzeichnungsregelung unter Berücksichtigung der bereits vorhandenen Kennzeichnungen zu erarbeiten. Leider

hat der Bund bislang die Länder in seine Überlegungen, so er sie denn hat, nicht einbezogen.

Zu Frage 3: Ist es in der Eierproduktion Niedersachsens nach Einführung der Kennzeichnungspflicht und dem Ausstieg aus der Käfighaltung zu Produktionsrückgängen gekommen? - Klar Antwort: Nein! Im Gegenteil: 2004 wurde unter der damaligen rot-grünen Bundesregierung die Pflichtkennzeichnung für Eier - Öko-, Freiland-, Boden- und Käfighaltung - eingeführt. Inzwischen sind Eier aus Käfighaltung, also Eier mit der 3, aus fast allen Supermärkten verschwunden. Sie werden hier kaum irgendeinen Supermarkt finden, der noch Eier mit der 3, also Käfigeier, verkauft. Das liegt daran, dass immer mehr Menschen heute Freiland- oder Bioeier kaufen, Tendenz steigend. Bei Bioeiern wuchs der Umsatz im letzten Jahr noch einmal um fast 10 %.

Niedersachsens Landwirtschaft ist ein Riesenprofiteur dieser Eierkennzeichnung: Jedes zweite Bio- und jedes zweite Freilandeier in Deutschland kommt mittlerweile aus Niedersachsen, und das ist auch gut so.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Jahr 2004, also vor der Einführung der Kennzeichnung, waren wir noch das Land der Käfigbatterien. Damals betrug der Anteil der Käfigeier 83 %. 12 Millionen Legehennen waren in Käfigen. Öko war 2004 mit 1,7 % oder 245 000 Plätzen verschwindend gering. Das war also ähnlich, wie wir es jetzt bei Fleisch haben. Dort ist ein ganz geringer Anteil ohne Kennzeichnung.

(Jens Nacke [CDU]: Herr Minister, Sie sind bei 35 Minuten! Haben wir es bald?)

Die Freilandhaltung und Bodenhaltung lagen mit 7,4 % bzw. 8,2 % der Stallplätze in etwa gleich auf. Für diese beiden Haltungsformen wurden etwa 1,1 Millionen bzw. 1,2 Millionen Stallplätze gezählt. Mit der Kennzeichnungspflicht wurden die Stallplätze in der Käfighaltung kontinuierlich abgebaut, sodass im Jahr 2009 noch etwa 50 % der Legehennen im Käfig gehalten wurden, also 6,5 Millionen Legehennen. Gleichzeitig stieg aber der Anteil der Ökohaltung, der sich mehr als verdoppelt hat.

(Jens Nacke [CDU]: 36 Minuten!)

Aber auch die Freilandhaltung wurde von 1,1 Millionen Plätzen auf etwa 1,6 Millionen deutlich ausgebaut. Der Anteil der Bodenhaltung hat sich in den Jahren von 2004 bis 2009, also in Ihrer Zeit,

mehr als verdreifacht, nämlich auf 4,4 Millionen Plätze.

Seit dem 1. Januar - es wurde ja nach dem Verbot gefragt - ist es in Deutschland verboten, die Hennen in den alten, herkömmlichen Käfigbatterien zu halten. Wir haben letztes Jahr dank eines Antrags der Niedersächsischen Landesregierung im Bundesrat dafür gesorgt, dass die Haltung von Legehennen in der weiter bestehenden sogenannten Kleingruppenkäfighaltung bis 2025 in Deutschland verboten wird. Also etwas länger als der Atomausstieg dauert der Ausstieg aus der Käfighaltung. Aber wir haben bei den Alternativen zur Käfighaltung jetzt schon einen riesigen Boom - ähnlich wie bei den Erneuerbaren Energien.

(Jens Nacke [CDU]: 37 Minuten!)

So ist der Bestand von Legehennen in Käfighaltung auf zurzeit 2,59 Millionen Tiere gesunken. Die anderen Haltungsformen konnten diesen Rückgang jedoch mehr als kompensieren, sodass wir 2016 mit 18,3 Millionen Legehennen 5 Millionen Legehennen mehr haben als zum Zeitpunkt des Verbots der Käfigbatterien. Auch wenn Sie es nicht hören wollen: Das zeigt, dass die Eierproduktion in Niedersachsen durch die Kennzeichnung erheblich profitiert hat und dass nicht, wie von Ihnen behauptet, Legehennenplätze ins Ausland abgewandert sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir treten für faire Preise ein, wir treten dafür ein, dass man pro Ei mehr kriegt. Zumindest nach meiner Kauferfahrung kostet ein Bio- oder Freilandeier gerne doppelt so viel wie ein Käfigei. Wir haben also jedes Jahr nicht nur mehr Eier produziert, sondern wir haben auch fast eine Verdoppelung des Umsatzes und der Einkommen unserer Betriebe.

(Björn Thümler [CDU]: Warum heißt das hier eigentlich Fragestunde und nicht Laberrunde?)

Letztes Jahr stieg der Preis der Bioeier für die Landwirte sogar noch einmal. Von daher ist die Wertschöpfung - darum muss es ja gehen -, sind die Einkommen im ländlichen Raum im Eierland Nummer eins, in Niedersachsen, deutlich gestiegen.

(Jens Nacke [CDU]: 38 Minuten!)

Wir haben in diesem Bereich - anders als in anderen Bereichen - überhaupt kein Höfesterben. Sie wissen, bei Milch haben aufgrund von Billigpreisen letztes Jahr in Niedersachsen über 4 % der Betriebe, bundesweit über 5 % der Betriebe aufgegeben. Bei den Legehennen haben wir einen umgekehrten Strukturwandel. Wir haben deutlich mehr Betriebe in Niedersachsen als vorher. Sie sind durchschnittlich kleiner geworden, weil man mit weniger Tieren höhere Einkommen erzielt. Vor allem bei den Hühnermobilen - etwas, was wir hier auch immer wieder diskutiert haben - haben wir im Freilandbereich einen enormen Zuwachs, den wir als Landesregierung gerne auch weiter fördern wollen. Ich freue mich darüber; dies zeigt, dass die Kennzeichnung der Eier - so war ja die Frage - nach Haltungformen eine Erfolgsgeschichte ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Verbraucherinnen und Verbraucher haben die Freiheit - niemandem wird etwas vorgeschrieben -, und sie entscheiden sich für teurere, fairere, tiergerechtere Eier. Das freut die Landwirte. Das freut die Hühner. Das freut die Verbraucherinnen und Verbraucher. Wir setzen auf Qualität.

(Jens Nacke [CDU]: 39 Minuten!)

Deshalb halten wir es für sinnvoll, dass man auch bei Fleisch und bei Milch dem Verbraucher ehrlich sagt, wie die Tiere gehalten werden. Ich würde es begrüßen, wenn wir eine solche verpflichtende Kennzeichnung auch in diesen Bereichen bekommen würden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Minister, für diese umfassende Antwort. - Es besteht jetzt der Wunsch nach Zusatzfragen. Die erste möchte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Kollege Janßen stellen. Bitte!

(Jens Nacke [CDU]: Jetzt kommen noch die Grünen mit ihren vorbereiteten Fragen, damit noch einmal 40 Minuten dazukommen, oder was?)

- Herr Janßen, einen Moment, bitte!

(Jens Nacke [CDU]: Das ist unparlamentarisch, was Sie hier machen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie alle wissen um die grundsätzliche Problematik, aber auch um die Rechtslage unserer Fragestunden. Es hilft jetzt nichts, wenn hineinkommentiert wird und Minuten

gezählt werden. Es wurde gefragt. Die Regierung hat geantwortet. Es steht in Ihrer Freiheit, in welcher Länge und in welcher Form sie das tut. Jetzt werden Zusatzfragen gestellt. Es beginnt Herr Janßen.

Hans-Joachim Janßen (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass gerade in viehintensiven Regionen aufgrund von Immissionsvorschriften bisweilen der Umbau von Ställen und der Neubau von Ställen mit Freilandhaltung besonderen Restriktionen z. B. aufgrund von gesundheitlichen Gefahren unterliegen können, frage ich die Landesregierung, welche Maßnahmen sie unternimmt, um es Landwirten auch in diesen Regionen zu ermöglichen, zu entsprechender tierwohlgerechter Haltung zu kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von Helmut Dammann-Tamke [CDU])

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Herr Minister, bitte!

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist richtig, dass die vom Verbraucher immer mehr gewünschte Freilandhaltung, ganz gleich ob von Hühnern, von Schweinen oder von Rindern in Weidehaltung, nicht immer mit den geltenden Bestimmungen kompatibel ist. Deshalb sind diese aus Sicht der Landesregierung zu überarbeiten. Auf Initiative des Ministerpräsidenten Stephan Weil haben wir als Landesregierung einen interministeriellen Arbeitskreis mit den zuständigen Ministerien - Umweltministerium, Bauministerium und Agrarministerium - und dem landwirtschaftlichen Berufsstand eingerichtet, in dem wir genau überprüfen, wie das eigentlich ist.

(Christian Dürr [FDP]: Sie haben so viele Arbeitskreise eingerichtet!)

Ich hatte am Mittwoch erklärt, dass die Düngeverordnung beinahe dazu geführt hätte, dass wir keine Kuh mehr auf der Weide sehen können, weil man die Kuhfladen deutlich höher anrechnet als vorher. Das sind alles Einschränkungen ökonomischer Art für die Landwirte. - Frau Polat schaut. Jetzt wird der Kuhfladen bei den Nährstoffemissionen mit 25 % angerechnet; dies sollte nach Auffassung des Bundes auf 60 % erhöht werden; es ist jetzt bei 25 % geblieben. Das hätte sonst dazu

geführt, dass jemand, der weiterhin 50 Kühe draußen hält, bei seiner Nährstoffbilanz fast die doppelte Fläche hätte angeben müssen, und das bei den Pachtpreisen. Das wiederum hätte dazu geführt, dass man wegen der Düngeverordnung Kühe in den Stall bringt, anstatt sie draußen laufen zu lassen.

Wir haben uns als Landesregierung erfolgreich im Sinne der vielen Weidehalter in Niedersachsen eingesetzt. Es gibt keine Verschärfung.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von Helmut Dammann-Tamke [CDU])

Das hat der Bauernverband gefordert, FDP und CDU haben es gefordert, und das hat vielleicht auch dazu beigetragen, dass der Bundesagrarminister und die Bundesumweltministerin - ich nehme einmal beide in die Pflicht - zur Besinnung gekommen sind.

Das Gleiche gibt es bei vielem. Wir müssen neue Messungen durchführen und schauen: Wie ist das eigentlich bei einer Schweinehaltung auf Stroh draußen? - Natürlich riecht das mehr, aber ich kann keinen Filter einbauen, wenn ich eine nach allen Seiten offene Haltung habe. Ich kann auch keinen Filter auf Weiden mit Kühen vorsehen. Von daher muss man bestimmte baurechtliche und tierseuchenrechtliche Bestimmungen überprüfen.

Ich bin auch meiner Kollegin Cornelia Rundt sehr dankbar. Ich habe gesagt: Wir haben einen riesigen Boom bei Mobilställen im Freiland, aber auch dort gibt es Genehmigungsprobleme. - Sie wissen, dass diese Landesregierung dem Landtag einen Gesetzesvorschlag gemacht hat, mit dem wir Genehmigungen erleichtern - nicht Auflagen erhöhen - wollen, indem wir sagen, Mobilställe bis zu 450 m³ - da passen 500 bis 1 000 Hühner hinein - sollen in Zukunft baugenehmigungsfrei sein. Da müsste eigentlich ein Riesenapplaus von der FDP kommen, dass wir Bürokratie abbauen und dann nur noch tierseuchenrechtliche Meldungen erforderlich sind.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von Frank Oesterhelweg [CDU])

Ich habe das immer mit einem Wohnmobil verglichen. Das ist ein Wohnwagen für Hühner. Wenn ich ein Wohnmobil an den Straßenrand stelle, brauche ich auch keine Baugenehmigung. Ich bin der Bauministerin sehr dankbar, dass es nun diesen Gesetzentwurf gibt.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Tun Sie nicht so, als ob das Ihr Verdienst war! Das, was Sie hier abziehen, ist peinlich!)

Auch Herr Oesterhelweg muss doch den Erleichterungen für Freilandställe zustimmen. Wir sind in Niedersachsen auf einem guten Weg und machen jetzt sehr viel für die Freilandhalter. Das alles sind Maßnahmen, die in Ihrer Regierungszeit nicht getroffen worden sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage kommt von der CDU. Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens!

Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte eigentlich vor dem Hintergrund, dass der Landwirtschaftsminister in der Regel keine vernünftige Antwort gibt, den Umweltminister fragen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD und von GRÜNEN)

Nun hat er leider den Raum verlassen.

Jetzt frage ich die Landesregierung - in der Hoffnung, dass ich doch eine ordentliche Antwort bekomme -, ob sie nicht im Hinblick auf die gestern diskutierte Nitratproblematik - dass angeblich 98 % unserer Oberflächengewässer schwer belastet sind - und die von ihr besonders herausgestellte Steigerung der Anzahl der Freilandlegehennen um Millionen Tiere - Sie haben ausgeführt, dass Niedersachsens Marktanteil ständig steige und dass dies das Erfolgsprojekt sei - befürchtet, dass dadurch ein neues Nitratproblem entsteht, da diese Tiere bekanntlich koten, wie, wo und wann sie wollen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Herr Kollege. - Herr Minister, bitte!

(Unruhe)

- Ruhe, bitte, auf allen Parlamentsflügeln! - Alles klar!

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ihre Vorbemerkung, ich hätte die Fragen der Fraktion Grüne nicht ausführlich genug beantwortet, nehme ich zur Kenntnis, werde es jetzt aber nicht nachholen bzw. nichts wiederholen.

(Zurufe von der CDU)

- Sie haben gesagt, ich würde die Fragen nicht beantworten.

(Ulf Thiele [CDU]: Das hat er nicht gesagt! - Frank Oesterhelweg [CDU]: Sie antworten nicht korrekt!)

Ich glaube, es war sehr ausführlich.

Sie haben konkret danach gefragt, ob durch Freilandhaltung nicht die Nitratbelastung oder die Ammoniakimmissionen - das ist ja der andere Punkt, bei dem wir Überschreitungen zu verzeichnen haben - steigt.

Ich will darauf hinweisen, dass nach den Ammoniakberichten der Bundesregierung - also auch wieder nicht Grün - - -

(Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens [CDU]: Ich habe nach Nitrat gefragt, nicht nach Ammoniak!)

- Ammoniak ist ja der luftgetragene Stoff, der in den Ställen entsteht.

(Ulf Thiele [CDU]: Der Stoff, der in den Ställen entsteht? - Herr Meyer, Sie reden einen Unsinn zusammen!)

Auf jeden Fall hat die Freilandhaltung einen ganz geringen Anteil an diesen Immissionen, obwohl es in Niedersachsen sehr viele weidende Kühe gibt.

Sie sprechen immer wieder die Messwerte und Messstellen des NLWKN und dessen gute Karten und auch den Nährstoffbericht der Landwirtschaftskammer an, die darauf hinweist, dass wir einen Stickstoffüberschuss in mehreren Landkreisen haben.

Die Landkreise, in denen wir eine Überdüngung zu verzeichnen haben, sind von zwei Kriterien geprägt. Entweder sind es Landkreise mit einer hohen Schweine- und Geflügeldichte - Landkreise wie Cloppenburg und Vechta - oder mit einer hohen Biogasdichte wie der Landkreis Rotenburg mit einem hohen Maisanteil.

Aber - da können Sie sich die Karten des Nährstoffberichts der Landwirtschaftskammer oder die Karten des NLWKN anschauen - wir haben keine nennenswerten großen Probleme bei Grünland, also bei weidenden Kühen. In diesen Regionen haben wir keine Belastung des Grundwassers zu verzeichnen. Deshalb nehmen wir unsere Milchbäuerinnen und Milchbauern gerne in Schutz, und deshalb habe ich übrigens bei der Düngeverordnung dafür gekämpft, dass wir differenzieren.

(Helmut Dammann-Tamke [CDU]: Die Frage war nach Biolegehennen in Freilandhaltung!)

Wir führen eine Derogation durch. Das heißt, man kann auf Grünland künftig deutlich mehr Stickstoff, der dann zu Nitrat wird, ausbringen. Die Derogation auf Grünland wird jetzt auf Initiative Niedersachsens eingeführt, und sie wird sogar für den Futterbau der Milchviehalter eingebaut. Das ist ein sehr großer Erfolg für die Milchwirtschaft in Niedersachsen.

(Gudrun Pieper [CDU]: Danach ist überhaupt nicht gefragt worden! - Weitere Zurufe von der CDU)

Nicht zugelassen haben wir, obwohl es diesbezüglich Forderungen der CDU gab, eine Derogation dahin gehend, dass man bei Mais für eine Biogasanlage deutlich mehr mit Stickstoff düngen kann. Denn das ist eine Gefahr für das Wasser.

Wir haben bei der Düngeverordnung - Sie haben ja nach den Freilandtieren gefragt -

(Helmut Dammann-Tamke [CDU]: Nein, nach Legehennen! - Weitere Zurufe von der CDU)

dafür gesorgt, dass das Grünland bei den Emissionen endlich deutlich bessergestellt ist, weil wir keine nennenswerten Nitratbelastungen unter Grünland haben. Grünland ist artenreicher, Grünland schützt das Wasser besser. Deshalb differenzieren wir das. Wir haben unser Wort gehalten.

Von Ihnen habe ich nie große Aufstände gegen den Entwurf der Düngeverordnung wahrgenommen, die der Bundesagrarminister vorgelegt hat, eine Düngeverordnung mit höherer Belastung der Weidetierhalter, ohne Derogation auf Grünland. Das haben alles die grünen Agrarminister zusammen mit den SPD-Agrarministern beim Bund durchgesetzt.

(Helmut Dammann-Tamke [CDU]:
Das hat mit Legehennen nichts zu
tun, Herr Minister!)

Wir schützen das Grünland, und die Milchbäuerinnen und Milchbauern können dieser Landesregierung sehr dankbar sein.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von
der CDU)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Minister.

(Unruhe)

- Meine Damen und Herren, ich möchte darum bitten, dass Ruhe einkehrt. Es liegen noch einige Zusatzfragen vor. Ich kann nur an das Prinzip erinnern, das in der Geschäftsordnung angelegt ist: kurze Fragen, kurze, präzise Antworten.

(Gudrun Pieper [CDU]: Ja!)

Die nächste Zusatzfrage stellt Kollege Ehlen, CDU-Fraktion.

Hans-Heinrich Ehlen (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir müssen aufpassen, dass wir mit dem Tierschutz-Label unsere Verbraucher nicht hinter die Fichte führen. Es ist die Frage, ob es für die Label-Bezeichnungen 0, 1, 2, 3 einen wissenschaftlichen Hintergrund gibt. Ich meine, dass wir ihn herausarbeiten müssen. Ich stelle daher Ihnen, Herr Minister, die Frage, wie man wissenschaftlich belegen kann, dass es dem Tier dann besser geht.

Ich habe eine ganze Reihe von Betrieben vor Augen, die ihre Schweine auf Stroh halten. Denen geht es - ich sage das hier - im wahrsten Sinne des Wortes ganz beschissen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Es gibt sehr, sehr viele -

Präsident Bernd Busemann:

Herr Kollege, steuern Sie jetzt bitte auf die Frage zu!

Hans-Heinrich Ehlen (CDU):

- ja - konventionelle Betriebe, denen es exzellent geht und die die 3 bekommen würden. Ich frage den Minister: Gibt es hier einen wissenschaftlichen Beleg, dass es den Tieren bei einer solchen Kennzeichnung dann wirklich besser geht?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Herr Minister, bitte!

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe nicht noch einmal nachgeguckt, glaube aber, dass Sie 2004, als die Eier-Kennzeichnung kam, Agrarminister waren. Ich weiß nicht, ob Niedersachsen damals zugestimmt hat. Wenn ja, dann müssen Sie erklären, ob das ein gutes Projekt war.

(Gudrun Pieper [CDU]: Produzieren
Sie hier nicht so viele Nebensätze!
Beantworten Sie einfach die Frage!)

Wie gesagt, mit Stand von heute ist die Mehrheit der Betriebe, die in Niedersachsen Legehennen halten, entweder Freiland oder Bio. Bei Schweinen haben wir ja keine entsprechende Kennzeichnung. Die hätten wir gerne.

Es gibt eine Reihe von Standards. Es ist auch von den Bundesministern anerkannt worden, dass „mehr Platz für Schweine“ natürlich zu deutlich höheren Tierschutzkriterien führt. An der Initiative von Bauernverband und Handel, der lobenswerten Initiative Tierwohl, sind mehrere Tausend Betriebe in Niedersachsen beteiligt, die eine Honorierung kriegen.

(Gudrun Pieper [CDU]: Gibt es eine
wissenschaftliche Erhebung?)

Kriterien in Bezug auf Schweine sind z. B. 10 % mehr Platz und mehr Einstreu. Wenn Sie behaupten, dass mehr Platz, mehr Beschäftigung und mehr Einstreu zu mehr Tierquälerei führen, dann müssen Sie den Bauernverband und den Handel fragen, ob sie eine Initiative unterstützen, die tatsächlich dazu führt.

(Hans-Heinrich Ehlen [CDU]: Ich habe
eine Frage gestellt! - Gegenruf von
Frank Oesterhelweg [CDU]: Das interessiert den doch nicht!)

Ich kann Ihnen in Bezug auf wissenschaftliche Studien zum einen die Empfehlung geben, das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung, des Bundesagrarministeriums, zu Wegen zu einer neuen Nutztierhaltung zu lesen. Darin werden die Animal-Welfare-Indizes klar erklärt - die Punkte, die Tiere brauchen.

(Rainer Fredermann [CDU]: Beantworten Sie doch bitte die Frage, Herr Minister!)

Dafür gibt es in der EU Standards. Die Mitglieder des Beirats sind Wissenschaftler, Professoren unter dem Vorsitz von Professor Grethe; Professor Spiller und viele andere Professoren gehören ihm an.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Natürlich hat er danach gefragt! Hören Sie doch einmal zu!)

Sie erklären in dem mehrere Hundert Seiten langen Gutachten - wenn Sie wollen, hole ich es und lese es Ihnen vor -, welche Bedingungen und Kriterien zu mehr Tierschutz und Tierwohl führen. Dazu gehört natürlich, dass Schweine, die draußen wühlen können, ein höheres Wohlbefinden haben als Tiere, die im Stall auf einem Spaltenboden gehalten werden. Dazu gehört auch ganz klar, dass ein Schwein, das einen intakten Ringelschwanz hat, ein deutlich besseres Wohlbefinden hat als ein Schwein, dessen Schwanz abgeschnitten oder abgebissen worden ist.

(Hans-Heinrich Ehlen [CDU]: Das behaupten Sie!)

Das sind doch ganz klare Kriterien. Der Zugang zu Sonne und Licht steigert nachweisbar das Wohlbefinden. Das ist auch bei den Tierhaltern anerkannt. Sonst würden sie nicht mitmachen.

Ich kann Sie auch noch auf der Internet-Seite des BMEL auf die *Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft*, Band 94, Heft 1, Mai 2016, verweisen: „Kriterienbasierte Bewertung ausgewählter europäischer Tierwohl-Labels, von Heinke Heise, Wiebke Pirsich und Ludwig Theuvsen“ - ich glaube, Ludwig Theuvsen war Ihr Landratskandidat, der Landratskandidat der CDU in Göttingen -,

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Guter Mann!)

die für den Bundesminister auf diese Kriterien eingegangen sind. Sie haben die wissenschaftlichen Positionen zum Tierwohl erklärt, haben die Label untersucht, haben den Welfare-Quality-Ansatz, der maßgeblich von Wissenschaftlern der europäischen - - -

(Helmut Dammann-Tamke [CDU]: Bei der Haltungform spielt das Management eine nicht unerhebliche Rolle! - Unruhe)

- Hallo!

Präsident Bernd Busemann:

Jetzt halten wir mal inne, Herr Minister! - Kolleginnen und Kollegen, Zwischenrufe und alle diese Dinge führen uns hier nicht weiter. Sie mahnen Effizienz an; dafür muss auch Disziplin herrschen. Sie haben die Möglichkeit, reichlich Fragen zu stellen. Ich habe auch noch ein kleines Päckchen. Es darf aber gern noch etwas dazukommen. - Bitte, Herr Minister!

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Wenn ich die Frage von Herrn Ehlen richtig verstanden habe, dann fragte er, welche wissenschaftlichen Studien es gibt, die belegen, dass die Kennzeichnung nach Tierwohlkriterien dazu führt, dass es den Tieren besser geht.

Jetzt verweise ich Sie auf einen Aufsatz, an dem ein Professor aus Göttingen, Landratskandidat der CDU, mitgeschrieben hat und den man auf der Seite des Bundesministeriums findet: Stand der Forschung und Einordnung der Tierwohl-Labels. - Die Wissenschaftler zitieren, dass sich die Beurteilung dieser Kriterien auf das Wohlbefinden landwirtschaftlicher Nutztiere stützt. Dabei geht es um das Haltungssystem, um das Tierverhalten, die Tiergesundheit und die Managementpraxis.

(Zurufe bei der CDU)

- Anscheinend interessiert Sie das nicht. Herr Oesterhelweg redet immer dazwischen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

- Gleich sagen Sie mir wieder, ich hätte keine Studie genannt. Jetzt nenne ich eine Studie von einem CDU-Professor, und das passt Ihnen nicht.

(Björn Thümler [CDU]: Sie sollen hier Fragen beantworten, kurz und knapp, und keine Geschichten erzählen!)

- Er hat mich nach allen Studien gefragt! Demnächst gehen Sie noch vor den Staatsgerichtshof und sagen, ich habe nicht vollständig, wie es die Verfassung vorsehe, geantwortet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Thümler, ich kann doch auch nichts dafür, dass Ihre Fragen immer nach hinten losgehen.

(Björn Thümler [CDU]: Wir können nichts dafür, dass Sie die Geschäftsordnung nicht kennen, Herr Meyer! Es ist unverschämte, was Sie hier ma-

chen! - Gegenruf von Klaus-Peter Bachmann [SPD]: Das müssen Sie sich schon mal anhören! Es gibt auch bei der CDU gute Wissenschaftler!

Also:

„Dieser ganzheitliche Bewertungsrahmen nennt sich auch ‚Welfare Quality‘-Ansatz, da er maßgeblich von Wissenschaftlern des europäischen ‚Welfare Quality‘-Projektes erarbeitet wurde. Die zentralen Tierschutzprobleme im Bereich des Haltungssystems liegen beispielsweise in der Schweinehaltung“

- ich zitiere aus dem Aufsatz, weil der Kollege Ehlen nach der Schweinehaltung gefragt hat -

„derzeit unter anderem bei der Besatzdichte, dem Platzbedarf sowie der baulich technischen Ausrüstung des Stalls (zum Beispiel Raumgestaltung, Verwendung ungeeigneter Bodenbeläge). Defizite im Haltungssystem“

- so Professor Theuvsen -

„wirken sich unter anderem auf das Tierverhalten aus. So neigen Schweine, die ihrem ausgeprägten Spiel- und Wühltrieb nicht nachkommen können, häufig zu aggressivem Verhalten gegenüber Artgenossen (zum Beispiel in Form von Schwanzbeißen).“

(Filiz Polat [GRÜNE]: „Störer“-Schweine! - Heiterkeit)

„Auch die Tiergesundheit kann leiden (zum Beispiel Kannibalismus, Klauenverletzungen, verdickte Gelenke). Aus dem Bereich des Managements wiederum gelten namentlich die Tierbeobachtung, die Inspektion der Bestände, der Umgang mit den Tieren, Maßnahmen zur Hygiene und Krankheitsprävention sowie kurze Transportzeiten als bedeutend für die Aufrechterhaltung des Wohlergehens der Schweine.“

(Rainer Fredermann [CDU]: Danach hat der Kollege doch gar nicht gefragt, Herr Kollege!)

„Praxisübliche Eingriffe am Tier, wie zum Beispiel das Schleifen der Eckzähne, das Kürzen der Schwänze“

- da schreien Sie immer dazwischen und verteidigen das -

„oder die betäubungslose Kastration sind für die Tiere mit Schmerzen verbunden und als kritisch zu betrachten.“

- So Professor Theuvsen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sie streiten hier immer noch ab, dass es wehtut, wenn man den Schwanz abschneidet. Das sagt Ihr eigener CDU-Professor.

„Labels mit Tierwohl-Bezug können als Qualitätssignal dienen, um Verbraucher über die Ausprägung einer wichtigen Prozessqualität, der Tiergerechtigkeit, zu informieren Der Begriff Label steht für ... Bildzeichen...“

Ich empfehle Ihnen, das einmal zu lesen. Da werden alle Labels beschrieben, und es wird klargestellt, dass ein Premium-Standard, dass ein „Beter Leven“ 2 oder „Beter Leven“ 3 natürlich deutlich mehr zum Tierwohl beiträgt als der gesetzliche Mindeststandard. Das ist auch so. Denn wir können kein Label ausrufen, das für mehr Tierwohl oder mehr Tierschutz steht, aber zu Verschlechterungen führt.

Insoweit muss ich auch mal den Bundesminister in Schutz nehmen. Ich glaube nicht, dass er Kriterien ausloben wird, die am Ende schlechter sind als die bisherigen. Das wäre jedenfalls sehr ungewöhnlich. Dazu gibt es eine ganze Reihe von wissenschaftlichen Abhandlungen. Wenn Sie es möchten, dann trage ich sie Ihnen gerne noch vor. Ich denke aber, ich belasse es bei Hinweisen auf einige Tierschutz-Labels und einigen Abhandlungen dazu.

Im Übrigen ist es doch ganz klar, dass Freilandhühner ein besseres Wohlbefinden haben als Hühner in einer Käfigbatterie. Wenn das noch abgestritten wird, dann ist man wirklich nicht auf der Ebene des wissenschaftlichen Konsenses und übrigens auch nicht der des juristischen Konsenses; denn das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Käfigurteil gesagt,

(Helge Limburg [GRÜNE]: Genau!)

dass die damals von Ihnen befürwortete Käfighaltung nicht mit dem im Grundgesetz verankerten Tierschutz vereinbar ist, weil die Tiere in diesen Käfigen ihr arteigenes Verhalten - Scharren, Picken, Drehen, im Staub baden - nicht ausüben können.

Vielleicht überzeugt Sie die Wissenschaft, und vielleicht überzeugt Sie auch das höchste Gericht, dass die Käfighaltung in Deutschland wirklich keine Zukunft mehr hat.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe bei der CDU)

Präsident Bernd Busemann:

Meine Damen und Herren, wie gesagt, das Maß der Dinge, wie eine Fragestunde abläuft, ist die Geschäftsordnung. Die ist so, wie sie ist.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Die müssen wir mal ändern!)

Die nächste Frage stellt Kollegin Janssen-Kucz.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Vielleicht sollten wir erst die Antwort hören, und wir stellen dann die dazu passende Frage! - Lachen bei den GRÜNEN)

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eines weiß ich: Sonne und Licht steigern das Wohlbefinden wirklich, sie steigern vor allem die Konzentration. Vielleicht sollte man doch - zumindest auf der rechten Seite - ein bisschen mehr frische Luft genießen.

Präsident Bernd Busemann:

Frau Kollegin, stellen Sie einfach Ihre Frage! Den Rest machen wir dann schon.

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Entschuldigung. Ich stelle jetzt gerne meine Frage.

Ich würde gern den Sachstand zum Weidemilch-Label wissen. Wie ist der aktuelle Sachstand in Sachen Weidemilch-Label, und wann ist mit einer Umsetzung zu rechnen?

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Herr Minister, bitte!

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir machen in der Tat auch auf Landesebene ein Tierwohl-Umweltsiegel. Das ist das Weidemilch-Label. Ich gehe davon aus - das freut

mich sehr -, dass das ein deutsches Weidemilch-Siegel wird und dass Sie ab Mai niedersächsische Weidemilch von Betrieben konventioneller Weidhalter in den Supermärkten in ganz Deutschland finden. Das wird wahrscheinlich Ende April starten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Kriterien stehen im Internet. Sie sind verbindlich vorgeschrieben. Da steht nicht nur drin, wie viele Tage eine Kuh draußen auf der Weide sein muss. Da steht sogar drin, wie viel Gras dort sein muss, damit sie immer ordentlich zu fressen hat, also wie die Besatzdichte auf der Weide sein muss. Da steht drin, dass man kein genmanipuliertes Futter verwenden darf. Da steht drin, wie viele Stunden „Freigang“ eine Kuh haben muss, damit die Kriterien erfüllt sind. Da steht drin, dass wir erwarten, dass die teilnehmenden Betriebe einen mindestens 5 Cent höheren Erzeugerpreis kriegen.

Diese verbindlichen Kriterien stehen auf zwölf Seiten, sind beschlossen und im Detail abgestimmt worden, sodass alle wissen, was sie enthalten. Unterzeichner sind u. a. die AbL, der Bremische Landwirtschaftsverband, der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter, der BUND, das Deutsche Milchkontor, der Genossenschaftsverband, das Grünlandzentrum, die Junglandwirte Niedersachsen, das Landvolk Niedersachsen, die Landesvereinigung der Milchwirtschaft, die Landwirtschaftskammer, der Lehrstuhl für Graslandwissenschaften - was es alles gibt - der Uni Göttingen, der Naturschutzbund Deutschland, die Niedersächsische Landjugend, das Ministerium, die Molkerei Ammerland, die Molkerei Rücker und die Welttierschutzgesellschaft. Alle Molkereien in Niedersachsen haben sich auf diese Kriterien geeinigt.

(Zustimmung von Susanne Menge [GRÜNE])

Das sind Kriterien, die es auch schon in den Niederlanden gibt. Wir machen da nichts Neues. Deshalb hoffe ich, dass wir ab Mai ein richtig schönes, bundesweites Projekt haben.

Wir haben jetzt aus Landesmitteln das Label finanziert. Das haben wir übrigens mit einer sechsstelligen Summe gemacht. Der Bundesminister redet immer von einem siebenstelligen Betrag. - Das haben wir gemeinsam mit den Landwirten entwickelt. Ich glaube, dass Weidemilch aus Niedersachsen ein richtiger Erfolgsschlager werden kann. Wir haben mit Bauernverband und Tierschutz und Umweltschutz gemeinsam gesprochen und sollten

uns freuen, wenn es diese Kennzeichnung noch dieses Jahr geben wird.

Wir sind mit den Kriterien fertig. Man kann sich bei uns auf der Webseite runterladen, was man einhalten muss. Ich weiß, dass viele Milchbauern, gerade die, die schlechte Zeiten hatten, darauf warten, dass es endlich mit dem Weidemilch-Programm losgeht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Meine Damen und Herren, die nächste Zusatzfrage kommt aus der CDU-Fraktion. Kollege Heiner Schönecke, bitte sehr!

(Björn Thümler [CDU]: Die Mitarbeiter des Innenministeriums können schon mal gehen! Die zweite Frage kommt eh nicht mehr dran!)

Heiner Schönecke (CDU):

Herr Präsident, vielen Dank. - Ich frage die Landesregierung und in diesem Fall Herrn Minister Meyer: Welche Initiativen haben Sie unternommen, um die Probleme, die sich hinsichtlich der Vogelgrippe aufgetan haben, zu lösen und die Veterinärgesetze und die Gesetze hinsichtlich der Vermarktung deckungsgleich zu machen? - Es hat sich ja gezeigt, dass das Drehbuch für diesen Fall nicht ausreicht, dass Sie also nicht genügend Instrumentarien haben.

Können Sie uns hier - ich sage mal - fünf Initiativen Ihrer Landesregierung mit dem Ziel, das deckungsgleich zu machen, nennen und uns dann vielleicht auch noch erklären, wieso es dort Unterschiede zwischen der Biofreilandhaltung und der konventionellen Freilandhaltung gibt? - Das ist doch mittlerweile niemandem mehr zu erklären - weder in Niedersachsen noch in der Bundesrepublik.

(Zustimmung bei der CDU - Björn Thümler [CDU]: Das war doch mal eine schöne Frage!)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Minister, bitte sehr!

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Geschätzter Herr Kollege Schönecke, werden Sie

nicht sauer. Ich werde gleich mindestens fünf Maßnahmen nennen; denn Sie haben ja nach Beispielen dazu, wie wir uns dafür einsetzen, gefragt.

Wir haben in der Tat in der EU-Kennzeichnungsverordnung bei den Freilandhühnern die jetzt noch einmal von der EU-Kommission und vom Bund klargestellte Regelung, dass, wenn Tiere mehr als zwölf Wochen im Stall gehalten wird, die Eier nicht mehr mit der 1 als Freiland Eier geprintet werden dürfen, sondern deutlich werden muss, dass das Bodenhaltung ist. Das setzen wir in Niedersachsen konsequent um. Wenn ein Freiland Eier aus Niedersachsen kommt, dann stammt es aus den Regionen, in denen Niedersachsen die Stallpflicht aufgehoben hat, wie z. B. im Landkreis Harburg, also bei Ihnen. Dort gibt es reguläre, „ehrliche“ Freiland Eier.

Mein CDU-Kollege aus Baden-Württemberg hat ja ein anderes Verfahren gewählt, das die Staatssekretärin Frau Flachsbarth - die Sie gut kennen - in einer Antwort im Bundestag als illegal bezeichnet hat, nämlich die Stallpflicht einfach für einen Tag zu unterbrechen und dann die zwölf Wochen - ohne neue Seuchen - von Neuem beginnen zu lassen.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Unverschämtheit!)

Das ist rechtlich nicht möglich. Deshalb warne ich davor, so zu verfahren.

Es kann auch nicht sein, dass sich 15 Bundesländer an das Recht halten, aber der Minister in Baden-Württemberg sagt: Am 31. Januar ist die Vogelgrippe vorbei, ich weiß aber jetzt schon, dass sie am 2. Februar wieder losgeht. - Das wusste er schon am 29. Und nach diesem einen Tag Pause sagt er: Jetzt fangen die zwölf Wochen wieder neu an.

Die Niederlande haben ähnliche Tricks versucht. Ich habe Ihnen ja heute Morgen geschildert, dass unser Landesamt energisch dagegen vorgeht. Hier also auch der Appell: Wenn Sie Eier finden, auf denen „NL“ für Niederlande und eine 1 für Freiland steht, dann melden Sie das den Behörden, damit wir prüfen können, ob die Eier die Kriterien erfüllen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen an dieser Stelle Ehrlichkeit haben; denn ansonsten leiden unsere Betriebe. Wir haben uns mit dem Handel geeinigt: Man muss zwar „Bodenhaltung“ draufschreiben, aber kann gleichzeitig damit werben - das hat auch der Bund zugelassen -, dass diese Eier eigentlich aus Freilandbetrieben kommen; denn das sind die gleichen Hühner bzw. die gleichen Eier. Einige Supermärkte machen das auch vorbildlich und sagen: „Kaufen Sie diese Eier weiterhin!“, damit die Landwirte nicht diese enormen Einkommensbußen haben. Denn natürlich verursacht das einen enormen Kostenaufwand für die Landwirte.

Die Landesregierung überlegt auch, ob sie in diesen Fällen Entschädigungen zahlt. Ich bin meinem Kollegen Peter-Jürgen Schneider sehr dankbar, dass wir Überlegungen in diese Richtung machen, damit die Opfer der Vogelgrippe, die ihre Tiere jetzt zum Schutz der anderen Betriebe aufgestallt haben, nicht so enorme Nachteile aufgrund der hohen Kosten haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu den Initiativen: Sie haben vollkommen recht, bei Bio ist es anders. Bei Bio wird das durch die Verordnung geregelt; das ist auch klargestellt worden. Die Holländer haben ja versucht, das zu umgehen, indem sie gesagt haben, das gilt pro Huhn. Die haben die Hühner zwölf Wochen aufgestallt - die haben nie die Sonne gesehen - und dann gesagt, das sind Freilandhühner.

Unter der Regierungszeit von Herrn Ehlen hat das auch ein niedersächsischer Betrieb versucht und geklagt, aber das Gericht hat gesagt: Nein, das ist Mogelei. Die Zwölf-Wochen-Frist kann man nicht umgehen, wenn sie abgelaufen ist, ist sie abgelaufen. Die Zwölf-Wochen-Frist gilt pro Betrieb und nicht pro Huhn. - Dazu gibt es also einige rechtliche Klarstellungen.

Ich habe aber auch gesagt, dass diese Zwölf-Wochen-Frist bei der Stallpflicht sehr starr wirkt und keinem Verbraucher zu erklären ist. Ich habe mit meinem Kollegen Till Backhaus aus Mecklenburg-Vorpommern, SPD - ein wunderbarer Kollege -, und mit Robert Habeck aus Schleswig-Holstein - auch ein wunderbarer Kollege - einen gemeinsamen Brief - wir drei nördlichen Bundesländer sind ja am meisten betroffen - an die EU-Kommission und an den Bundesminister geschrieben und darum gebeten, dass man doch, ähnlich wie bei Bio, zu einer Flexibilisierung der Kennzeichnung kommen und nicht immer gleich verfahren sollte. Denn ein Freilandbetrieb darf nicht da-

runter leiden, dass eine Stallpflicht staatlich angeordnet ist; er ist dann ja Opfer. Deshalb haben wir diesen Wunsch geäußert.

Der EU-Agrarkommissar hat jetzt gesagt, dass er das nicht will. Ich setze aber weiter darauf, und wir werden bei der Agrarministerkonferenz, die in zwei Wochen in Hannover stattfindet und bei der Bund und Länder zusammenkommen, noch einmal Druck auf den Bund ausüben, damit er sich im Sinne unserer Betriebe dafür einsetzt, dass in Deutschland gleiches Recht für alle gilt, und sich gegenüber der EU-Kommission für eine Flexibilisierung - ähnlich wie im Biobereich - einsetzt. Ich fände es angemessen, wenn Freilandhalter ähnlich behandelt würden wie Biobetriebe, damit sie nicht unter wegen der Vogelgrippe staatlich angeordneten Stallpflichten leiden müssen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Diese Initiativen haben wir ergriffen. Wir haben auch eine ganze Reihe von Gesprächen - auch mit den Veterinärbehörden - bezüglich Konkretisierungen von Kontrollen geführt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich glaube, wir haben jetzt auch eine praktikable Umsetzung gemeinsam mit den Landkreisen beschlossen. Viele Hühner, viel Geflügel darf jetzt wieder raus. Und dort, wo Schutz nötig ist, besteht dieser weiterhin.

Wie gesagt: Ich mache mir Sorgen. Aber ich habe das Gefühl, dass die Freilandbranche, die unter Rot-Grün blüht und gedeiht, die Anstrengungen der Landesregierung zu schätzen weiß. Wir lassen unsere Freilandbetriebe nicht im Stich und setzen uns auf allen Ebenen mit einer Vielzahl von Initiativen, auf der Agrarministerkonferenz, in Briefen und Gesprächen mit dem Bundesminister dafür ein, dass wir zu einer praktikablen Lösung kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke, Herr Minister.

Meine Damen und Herren, ich weise darauf hin, dass zur Frage 1 - Komplex Tierwohl - noch weitere Wortmeldungen für Zusatzfragen vorliegen, die hier selbstverständlich behandelt werden. Die Fragen 2, 3 und folgende aus der Drucksache werden hier naturgemäß nicht mehr zu behandeln sein, sodass ich die Damen und Herren der betroffenen Ministerien sozusagen in Ehren entlassen kann. Sie sind nicht mehr gefordert und können sich - bei

den folgenden Fragen ging es ja vor allem um die Innenpolitik - wieder unserer Sicherheit und der Ordnung widmen.

Wir machen weiter. Die nächste Zusatzfrage stellt Kollege Siebels.

Wiard Siebels (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung, ob das Tierwohl-Label, das Bundesagrarminister Schmidt vorgelegt hat und das auf freiwilliger Basis eingeführt werden soll, trotzdem tatsächlich auf Information, Klarheit und leichte Verständlichkeit, insbesondere aus Sicht des Konsumenten, setzt.

(Jens Nacke [CDU]: Aber kein bisschen! Das ist ganz furchtbar!)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank. - Herr Minister, bitte!

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um diese Frage beantworten zu können, müsste ich wissen, welche Kriterien er eigentlich anlegt. Er hat jetzt ja angekündigt, dass er sie 2018 entwickeln will, also in der nächsten Legislaturperiode. Wie die Regierung dann aussieht und ob er dann überhaupt Agrarminister ist, weiß ich nicht. Er hat uns aber bis jetzt noch keine Kriterien vorgelegt. Ich glaube, er kommt da nicht richtig zurande. Wir empfehlen ihm ja, bereits vorhandene Kriterien zu nehmen, z. B. die, die wir auf der Agrarministerkonferenz vorgelegt haben, oder die aus Holland. Auch die könnte er nehmen.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Niederlande!)

- Niederlande, Entschuldigung!

Hier muss ich die Niederlande wieder loben: Die haben das „Beter Leven“-Label - besser leben - mit einem Stern oder zwei Sternen eingeführt. Dort gibt es genau diese Standards. Und da wir ein gemeinsames Europa mit einem gemeinsamen Markt sind - es wandern ja nicht nur Eier und Fleisch hin und her -, wäre es ja schön, wenn wir auch ein einheitliches Kennzeichen hätten und nicht jedes Land etwas Neues erfindet. Das wäre auch im Sinne der Verbraucher; denn wenn z. B. Holländer in Deutschland oder Deutsche in Holland im Urlaub sind, dann können sie das gleiche Vertrauen in die Produkte haben. Deshalb empfehle ich, keine neuen Kriterien aufzulegen.

Das Einzige, was wir kennen, ist das Siegel in Schwarz-Weiß mit zwei Sternen. Da muss jeder selber entscheiden, ob das etwas für ihn ist. Aber z. B. Hotels mit zwei Sternen sind nicht die besten Hotels, und bei dem Siegel sind zwei Sterne das Maximum. Ich erinnere mich auch an das Trikot bei der Fußballweltmeisterschaft. Wenn es da nur zwei Sterne gäbe, wäre ich auch etwas betrübt.

Ich fände eine Kennzeichnung besser, bei der die 0 und die 1 die besten Standards sind - wie bei den Eiern. Aber das ist Geschmackssache, das müssen dann die Verbraucher entscheiden. Ich habe aber ehrliche Zweifel, dass dieses neue Label notwendig ist. Man sollte vielleicht lieber etwas schon Bestehendes nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung von Wiard Siebels [SPD])

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank. - Meine Damen und Herren, die nächste Zusatzfrage stellt Clemens Große Macke, CDU-Fraktion. Bitte!

Clemens Große Macke (CDU):

Danke, Herr Präsident. - Ich frage die Landesregierung vor dem Hintergrund, dass der Minister vorhin gesagt hat, 2,6 Millionen zusätzliche Legehennen seien ein Erfolgsfaktor für Niedersachsen, und er den durchschnittlichen Bestand mit 14 267 beziffert hat: Ist ein Bestand, Herr Minister, mit 14 267 nach Ihrer Definition ein Bestand der Massentierhaltung?

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Für die Landesregierung Herr Minister Meyer, bitte sehr! - Und Ruhe, bitte!

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da beschweren Sie sich wieder. Wir haben aber mehrfach gesagt, dass bei der Definition der Massentierhaltung eine Vielzahl von Faktoren eine Rolle spielt. Dazu gehört die Tierdichte, es geht darum, ob es eine Einbindung in ein industrielles System gibt oder ob es sich um einen selbstständigen, freien Landwirt handelt.

Wir haben immer gesagt, dass es annäherungsweise Zahlen gibt. Zum Beispiel gibt es die Grenze, die im Bundes-Immissionsschutzgesetz festge-

legt ist. Bei dieser Grenze haben CDU und SPD im Bundestag ja auch die Privilegierung im Außenbereich für gewerbliche Ställe abgeschafft. Da haben Sie gesagt: Das sind größere Tierställe, Massentierhaltung und Agrarfabriken. Bäuerliche Betriebe werden geschont.

Diese Grenzen im Bundes-Immissionsschutzgesetz betragen bei Masthühnern 30 000 und bei Legehennen 15 000. Die gleichen Grenzen stehen in Niedersachsen im Koalitionsvertrag. Nur bis zu dieser Grenze erfolgt die AFP, also die Stallbauförderung. Das heißt nicht, dass es mit einem Huhn mehr schlechter aussieht, sondern es geht dabei um eine Tendenz.

(Vizepräsident Karl-Heinz Klare übernimmt den Vorsitz)

Die Durchschnittszahl pro Produktionsstätte lag in Niedersachsen 2004 bei 17 200 pro Einheit - vor allem in der Käfighaltung, weil da meistens Hunderttausende von Tieren in einem Betrieb waren. Heute sind wir bei 14 267. 2015 lag die Durchschnittszahl bei Freiland bei 10 138. In diesem Jahr sind es 9 293. In diesem Zusammenhang sind die Hühnermobile zu nennen. Mir ist aber auch kein Hühnermobil bekannt, das 10 000 oder 20 000 Hühner gleichzeitig transportieren könnte.

Wir setzen also auf die Förderung kleiner bäuerlicher Betriebe und ihrer Absatzchancen. Das ist, glaube ich, ein großer Schritt. Ich bin sehr froh darüber, dass wir diese Vielzahl von Betrieben haben und dass wir zeigen können, dass wir keine industrielle Massentierhaltung brauchen, sondern dass wir zusammen mit den Bauern auf eine moderne, zukunftsfähige sowie von den Verbraucherinnen und Verbrauchern gewollte Tierhaltung setzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Danke, Herr Minister. - Die nächste Frage stellt der Kollege Helmut Dammann-Tamke, CDU-Fraktion.

Helmut Dammann-Tamke (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Angesichts dessen, dass die Frage 58 der heutigen Mündlichen Anfragen im unmittelbaren Zusammenhang mit diesem Thema steht, möchte ich Unterfrage 1 der Frage 58 vortragen. Minister Christian Meyer hat sich nämlich am 10. Februar 2017 zum TOP 27 „Entschließung des Bundesrates zum Tierwohl: Zügige

Umsetzung von Konzepten für eine zukunftsfähige Nutztierhaltung“ wie folgt geäußert:

„Der heutige Antrag wurde in Niedersachsen von einem ungewöhnlichen Bündnis erarbeitet und vorgestellt - vom Deutschen Tiereschutzbund bis zu Großunternehmen der Ernährungswirtschaft sowie von Bauernverbandsorganisationen über den Verband der Schweinehalter bis hin zu meinem Vorgänger im Amt, dem Minister a. D. Gert Lindemann.“

(Hans-Joachim Janßen [GRÜNE]: Wo ist die Frage?)

In diesem Zusammenhang kommt jetzt Frage 1,

(Hans-Joachim Janßen [GRÜNE]: Wo ist denn da die Frage?)

die da lautet - - -

(Hans-Joachim Janßen [GRÜNE]: Wo ist denn da die Frage?)

Jetzt kommt Frage 1, die da lautet:

(Hans-Joachim Janßen [GRÜNE]: Ah! - Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

„Welches Bündnis, bestehend aus welchen konkreten Mitgliedern - Personen, Verbänden, Vereinigungen - hat wann und in welcher Zusammensetzung den genannten Antrag mit welcher Aufgabenstellung erarbeitet?“

In Unterfrage 2 wird gefragt, wann der Auftrag vorgestellt wurde.

(Wiard Siebels [SPD]: Das ist abenteuerlich! - Zuruf von den GRÜNEN: Das wird doch sowieso schriftlich beantwortet! Wieso fragen Sie?)

Herr Minister, bevor Sie uns eine Märchenstunde bieten,

(Lachen bei den GRÜNEN)

sei Ihnen noch anheimgestellt - - -

(Hans-Joachim Janßen [GRÜNE]: Wie viele Fragen haben Sie eigentlich?)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Kollege, die Frage ist jetzt angekommen.

Helmut Dammann-Tamke (CDU):

Als sich der Minister a. D. Gert Lindemann - - -

(Der Präsident schaltet dem Redner das Mikrofon ab)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Nein, das geht nicht.

(Hans-Joachim Janßen [GRÜNE]: Das war Missbrauch! - Gegenruf von Helmut Dammann-Tamke [CDU]: Mündliche Anfrage 58,1! - Weitere Zurufe)

Herr Dammann-Tamke, das waren mindestens zwei Fragen.

Der Minister wird jetzt antworten. Bitte schön!

(Helmut Dammann-Tamke [CDU]: Das ist 58, 1! Das habe ich verlesen! - Weitere Zurufe)

- Meine Damen und Herren, wir haben festgestellt, dass das mindestens zwei Fragen waren und dass das Fragerecht sehr weit ausgedehnt genutzt worden ist.

(Helmut Dammann-Tamke [CDU]: Das ist 58, 1!)

- Ja, ja, alles klar.

Der Minister antwortet jetzt in der Form, wie er es möchte. Bitte schön!

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Zuruf von der CDU: Jetzt die Wahrheit!)

Es mag Sie stören, dass ein ungewöhnliches Bündnis, bestehend aus einem ehemaligen CDU-Agrarminister, einem Agrarminister der Grünen und dem Tierschutzbund, eine Pressekonferenz in der Niedersächsischen Landesvertretung abgehalten hat, wobei wir die Bundesratsinitiative vorgestellt haben.

(Hermann Grupe [FDP]: Das ist mir äußerst suspekt! - Reinhold Hilbers [CDU]: Hier sind wir! - Zuruf von Helmut Dammann-Tamke [CDU])

Das geschah unter großer Presseresonanz.

(Zurufe)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Moment, Herr Minister! - Meine Damen und Herren, ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass es hier um eine Fragestunde geht.

(Hermann Grupe [FDP]: Ach so!)

Jeder hat die Möglichkeit, Fragen zu stellen, ohne dass zwischendurch reingehauen wird. Aber es bringt nichts - - -

(Reinhold Hilbers [CDU]: Aber der Minister kann doch aus der Fragestunde keine Märchenstunde machen!)

- Aber Sie können doch eine Frage stellen, wie Sie es eben schon gemacht haben. Aber jedes Mal zwischenzurufen, bringt doch alle irgendwie durcheinander. Wir bekommen dann doch gar keine vernünftigen Antworten,

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Die kriegen wir ohnehin nicht!)

mit denen Sie etwas anfangen könnten.

(Zuruf von den GRÜNEN: Die wollen sie auch gar nicht!)

So geht das nicht.

Bitte schön!

(Zurufe)

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Es gibt den Abschlussbericht des Kompetenzkreises Tierwohl, dem auch Herr Lindemann angehörte.

(Helmut Dammann-Tamke [CDU]: Eine Initiative vom Bund! Vom Bund!)

Der Minister führt zusammen mit dem Ministerpräsidenten regelmäßig Gespräche mit der Lebensmittelwirtschaft und dem Agrar- und Ernährungsforum Oldenburger Münsterland.

(Zuruf von Helmut Dammann-Tamke [CDU])

Dort sind etwa das Kreislandvolk Vechta und das Kreislandvolk Cloppenburg sowie die Vorstände Mitglieder. Dort ist die ISN dabei. Dort sind namhafte Unternehmen der Geflügelwirtschaft dabei. Außerdem ist eine ganze Reihe von namhaften Wirtschaftsunternehmen dabei. Diese Vertreter

haben dann gesagt: Macht doch mal eine Bundesratsinitiative, in der wir den Bund auffordern, wenigstens das umzusetzen, was der Kompetenzkreis Tierwohl als Konsens erarbeitet hat.

(Helmut Dammann-Tamke [CDU]: Das ist eine Bundesinitiative! Da schmücken Sie sich mit fremden Federn!)

Daraufhin - - -

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Entschuldigen Sie, Herr Minister! - Das ist das letzte Mal, Herr Dammann-Tamke, dass Sie in dieser Form dazwischenrufen.

(Helmut Dammann-Tamke [CDU]: Ja!)

Wenn Sie das noch einmal machen, muss ich von meinem Ordnungsrecht Gebrauch machen.

(Zuruf von der SPD: Vom Hausrecht!)

Das werde ich dann auch tun.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Dieses breite Bündnis aus landwirtschaftlichen Organisationen, ISN, Landvolk, großen Unternehmen der Agrarwirtschaft, Tierschutzverbänden und Verbraucherschutzorganisationen hat diesen Bundesratsantrag mit erarbeitet.

Wir haben diesen Antrag dann gemeinsam in einer Pressekonferenz mit vier Personen vorgestellt: mit mir, mit Herrn Bartels als Vertreter des AEF, des Agrar- und Ernährungsforums Oldenburger Münsterland, mit Herrn Minister a. D. Gert Lindemann als Vorsitzendem des Kompetenzkreises Tierwohl und mit dem Präsidenten des Deutschen Tierschutzbundes, Thomas Schröder. Wir vier - von einigen Magazinen wurde über „Die Vier von der Nutztierstrategie“ geschrieben - haben dies gemeinsam vorgestellt.

Der Bundesminister a. D. Lindemann - das können Sie der abgestimmten Pressemitteilung entnehmen - hat sich sehr lobend für diese Bundesratsinitiative bedankt, weil er sich sehr freut, dass das Land Niedersachsen und der Bundesrat den Bundesminister auffordern, endlich die Vorschläge, die Herr Lindemann - - -

(Helmut Dammann-Tamke [CDU]: Mit falschen Federn geschmückt!)

- Was für falsche Federn? Ich habe gerade gesagt: Wir haben das gemeinsam erarbeitet.

(Christian Dürr [FDP]: Ihr Beitrag war null!)

Ich bin Herrn Lindemann sehr dankbar. Es mag Sie ärgern, dass Herr Lindemann auf einer Pressekonferenz eine rot-grüne Initiative des Landes Niedersachsen lobt.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD - Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Das ist genau das Problem!)

Sie können ihn selbst oder die Zeitung fragen. Seine Aussagen gegenüber dem Bundeslandwirtschaftsminister - CSU - waren nicht gerade positiv, als er sagte, der muss mal in die Strümpfe kommen und mal was umsetzen; ich formuliere das einmal so. Das mag Sie ja ärgern.

Wenn ich seinen Tierschutzplan lobe, von dem Sie sich distanziert haben und den Sie - das lese ich zumindest in einigen Zeitungen - für die Wahlniederlage verantwortlich machen, erwarte ich schon, dass Sie sich freuen, wenn diese Landesregierung auf einen breiten parteiübergreifenden Konsens setzt und eine gemeinsame Initiative von Wiesenhof - ich glaube, auch Wiesenhof ist Mitglied im AEF - bis zum Deutschen Tierschutzbund startet. Das zeigt, dass der Weg in Niedersachsen sehr lang ist.

Ihre Zwischenrufe zeigen, dass Sie eigentlich nur neidisch und sauer sind, dass Sie das nicht gemacht haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die nächste Frage stellt Elke Twesten für Bündnis 90/Die Grünen und für sich selbst.

Elke Twesten (GRÜNE):

Herr Präsident! Herr Minister, ich möchte gern wissen: Was tut die Landesregierung, um den Anteil der Hühner in Bio- und Freilandhaltung deutlich zu steigern? Welche Maßnahme oder Werbekampagne steht dahinter, die entwickelt werden könnte?

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister!

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kollegin Twesten, wir führen eine ganze Reihe von Maßnahmen zur Stärkung der Bio- und Freilandhaltung durch. Einerseits geht es um die Förderung. Wir haben die Bioprämie deutlich angehoben. Vorgestern haben wir immer nur über die Ringelschwanzprämie diskutiert. Aber wir haben auch eine Prämie in Höhe von 1,70 Euro für eine bessere Haltung von Legehennen. Diese wurde von der EU genehmigt. Damit unterstützen wir überwiegend Betriebe mit konventioneller Haltung und Biobetriebe. Die Nutzung dieser Prämie läuft sehr gut.

Andererseits gibt es die normalen Bioprämien seitens des Landes.

Darüber hinaus führen wir eine ganze Reihe von Marketingmaßnahmen für diese Betriebe durch. Ich habe vorhin erwähnt, welche Erleichterungen wir im Baurecht planen und umsetzen. Ich habe auch die Maßnahmen mit Blick auf das Tierseuchenrecht genannt. Das tun wir, um diese Betriebe zu stützen.

Ich bin sehr froh über die vielen Landwirte, die einen Umstieg wagen. Denn in den letzten drei Jahren - immer wieder wird fälschlicherweise gesagt, wir seien das personifizierte Investitionshemmnis - haben wir für 30 % mehr Freilandhühner gesorgt: sowohl im Bio- als auch im konventionellen Bereich. Die Landwirte in Niedersachsen, die sich das trauen, können sich auf diese Landesregierung verlassen.

Wir blicken - wir haben es vorhin angesprochen -, was Vogelgrippe und Stallpflicht sowie finanzielle Unterstützung für die notleidenden Betriebe angeht, auf eine Erfolgsgeschichte zurück. Wir stehen im engen Kontakt mit der Geflügelwirtschaft und mit den Biobetrieben.

Wir produzieren zwar, wie gesagt, nur ein Drittel der Eier in Deutschland, jedoch im Bereich „Bio und Freiland“ fast jedes zweite Ei. Diese Zahl ist unter Rot-Grün so gewachsen wie unter keiner Regierung zuvor.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Die nächste Frage stellt Ernst-Ingolf Angermann. Bitte schön, Herr Angermann!

Ernst-Ingolf Angermann (CDU):

Herr Präsident! Herr Minister Meyer, es geht um das Tierwohl und um die Haltung in allen bäuerlichen Betrieben. Sie gehen von einer Bioeierproduktion in Höhe von 6 % in Niedersachsen aus; dies stellt nur einen bescheidenen Anteil dar. Vorausgesetzt, dass Ihre Maßnahmen greifen, erhöht sich das Angebot, und der Preis wird fallen. Mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie die Verbraucher dahin bewegen, dass sie mehr Bioeier kaufen und mehr Geld für die Eier bezahlen?

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Danke. - Herr Minister!

(Zuruf von der CDU: Schon wieder ein Zettel!)

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mir deshalb einen Zettel genommen, weil die Zahlen, die Sie behaupten, schon wieder nicht stimmen. Wir haben nicht 6 % Bioeier. Ich weiß gar nicht, wie Sie darauf kommen.

23,29 % aller registrierten Legehennenbetriebe sind Biobetriebe, haben also eine Betriebsnummer mit einer Null. Sie halten 11,5 % der Legehennen. Das ist gegenüber dem Vorjahr ein Zuwachs um etwa einen Prozentpunkt, von 1,89 Millionen auf 2,1 Millionen Hennen. Auf die Käfighaltung entfallen noch 14,14 % der Hühner, auf konventionelle Freilandhaltung 20,7 %. Wenn ich Freiland- und Biohaltung zusammenrechne, komme ich jetzt schon auf 32,3 % aller Hühner. Bei den Betriebszahlen machen Freiland- und Biobetriebe zusammen sogar jetzt schon mehr als die Hälfte aus.

Noch einmal: Letztes Jahr sind sowohl der konventionelle Eiermarkt als auch der Bioeiermarkt gewachsen. Freiland- und Biohaltung wachsen überproportional, weil die Verbraucher gezielt Freiland- und Bioeier kaufen. Der Biomarktanteil ist bei Eiern übrigens höher als bei allen anderen Produktgruppen.

Das liegt an der Kennzeichnung. Anders ist das nicht zu erklären. Denn bei verarbeiteten Eiern, bei

Bionudeln liegt der Marktanteil nicht bei 12 oder 14 %. Das heißt, die Kennzeichnung führt zu einer bewussten Kaufentscheidung.

Das führt zu besseren Preisen. Der Erzeugerpreis für Bioeier ist letztes Jahr noch einmal gestiegen, weil die Nachfrage so hoch ist, dass sie zurzeit kaum erfüllt werden kann.

Deshalb können wir Betriebe, die umsteigen wollen, weiterhin dazu ermuntern. Ich glaube, dass dieser Bereich weiterhin sehr wachsen wird. Ich habe da sehr großes Vertrauen in die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Zu glauben, dass man noch einmal zur Käfighaltung zurückkehren wird, halte ich für absurd. Da verdient man ja auch nichts. Deswegen machen das immer weniger.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Die nächste Frage stellt Clemens Große Macke von der CDU-Fraktion. Weitere Wortmeldungen zu Zusatzfragen liegen dann nicht mehr vor. Bitte schön, Herr Große Macke!

Clemens Große Macke (CDU):

Herzlichen Dank, Herr Präsident. - Herr Minister, da Sie eben noch einmal gesagt haben, dass die Legehennenhalter von Ihnen finanziell unterstützt werden, möchte ich mich ausdrücklich bedanken, dass Sie unsere diesbezügliche Initiative aufgenommen haben.

Ich stelle Ihnen eine ganz leichte Frage, weil Sie alle anderen Fragen nicht richtig beantwortet haben.

(Widerspruch bei den GRÜNEN - Wiard Siebels [SPD]: Was ist das denn für eine Bewertung?)

Vor dem Hintergrund, Herr Minister, dass Sie eben gesagt haben, 14 267 Legehennen sind keine - - -

(Wiard Siebels [SPD]: Das ist ja abenteuerlich!)

- Wenn abenteuerlich ist, dass 14 267 Legehennen keine Massentierhaltung sind,

(Wiard Siebels [SPD]: Es ist abenteuerlich, wie Sie Ihre Frage einleiten!)

frage ich, lieber Herr Minister: Wie viel Hektar macht der bei 2,6 Millionen Legehennen anfallende Dung aus, und tragen Sie dafür Sorge, dass

dieser Dung fach- und sachgerecht ausgebracht wird?

(Beifall bei der CDU - Lachen bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister!

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Damit es nicht wieder heißt, ich würde Bio bevorzugen, muss ich erst einmal sagen: Wie viel Kot eine Henne macht, hängt nicht davon ab, ob sie in Bio-, Freiland-, Boden- oder Käfighaltung lebt. Jedes Huhn scheidet gleich viel Nährstoffe aus. Aus jedem Huhn kommt hinten soundso viel Dung heraus. Jedenfalls ist mir nicht bekannt, dass ein Freilandhuhn mehr kotet als ein anderes Huhn.

Aber natürlich ist das ein reales Thema. Natürlich machen über 2 Millionen Bio- und über 4 Millionen Freilandhühner so viel Mist, wie 6 Millionen Hühner eben machen. Das ist klar.

(Zuruf von der CDU: Jede Menge Scheiß!)

Da ist übrigens auch die lobenswerte Innovation der Mobilställe ein großer Faktor.

Herr Große Macke, als Halter von Freilandlegehennen wissen Sie, dass die Hühner oft in der Nähe des Stalls bleiben. Das heißt, die Kotbelastung ist punktuell - direkt um den Stall herum - sehr hoch. Die Hühner verteilen den Kot nicht auf die ganze Fläche. Deshalb ist Ihre Flächenfrage ein bisschen absurd. Die Hühner bleiben in der Nähe des Stalls, weil sie Angst vor Greifvögeln haben. Deshalb koten sie dort sehr viel, und deshalb ist die Stickstoffbelastung dort punktuell sehr hoch.

Wenn ich einen Mobilstall bewege, dann bewege ich auch die Fläche, wo die Hühner koten. Die Hühner koten immer noch gleich viel, aber der Kot verteilt sich natürlich besser.

(Maximilian Schmidt [SPD]: Ah!)

Dann ist er nicht so konzentriert, dann stinkt es nicht so, und man hat keine punktuelle Überversorgung, sondern der Kot wird besser verteilt. Deshalb sind Hühnermobile auch ein Beitrag zur besseren Verteilung des Kotes.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Das muss natürlich auch in die Düngebilanzen eingerechnet werden. Der anfallende Kot, der anfallende Nährstoff muss ausgebracht werden. Wenn Hühner im Stall koten, geht es um Hühner-trockenkot usw. Der muss natürlich in die Düngebilanzen eingerechnet werden.

Aber noch einmal: Die Düngeverordnung unterscheidet nicht zwischen Freilandhühnern und Käfighühnern. Das ist auch richtig. Die anfallende Menge muss ordnungsgemäß verteilt werden.

Ich hoffe, ich habe damit alles zufriedenstellend erklären können.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Minister. - Hermann Grupe stellt die nächste Frage. Bitte schön!

(Thomas Schremmer [GRÜNE]: Herrmann, wie viele Schweine gibt es in Niedersachsen?)

Hermann Grupe (FDP):

Mit der Frage musst du noch ein bisschen warten. Ich bin noch nicht der Minister, der hier Fragen beantwortet.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Ich habe herausgehört: *noch* nicht. - Bitte schön!

Hermann Grupe (FDP):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Minister, ich habe zwei Fragen.

Zum einen: Wie schätzen Sie die internationalen Zusammenhänge ein? Können Importeure auf die Kennzeichnung verzichten? Welche Probleme sehen Sie in diesem Zusammenhang?

Zum anderen - eine ganz andere Frage -: Wie schätzen Sie die Chancen der Digitalisierung ein? Sehen Sie es ähnlich wie wir, dass sich aus ihr die große Chance ergibt, ein sehr differenziertes Angebot der Ernährungswirtschaft an den Verbraucher zu bekommen? Wenn ja, wie wollen Sie das fördern?

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister!

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur letzten Frage, zur Digitalisierung: Ich glaube, da sind wir uns sehr einig. Die Digitalisierung ist für alle Betriebe - konventionelle und Biobetriebe, kleine und große Betriebe - eine Riesenchance, auch im Hinblick auf das Tierwohl.

Ich fördere übrigens im Rahmen der Innovationspartnerschaften ein sensorgestütztes Verfahren, bei dem digital begutachtet wird, wohin die Schweine eigentlich immer gehen, wo sie sich bewegen. Es soll ausgewertet werden, ob man daraus Indikatoren für das Wohlbefinden der Tiere ableiten kann. Das ist eine große Technik.

Auch wenn es um die Vermeidung der Überdüngung und die Reduzierung von Nährstoffüberschüssen im Grundwasser geht, ist moderne Ausbringtechnik ganz wichtig. Wir fördern mehrere Tausend Betriebe, in denen die sogenannte Schlitztechnologie eingesetzt wird: Es werden Schlitzlöcher in den Ackerboden geritzt, und dann wird präzise gedüngt. Solche Präzisionstechnik ist gut für die Umwelt und gut für den Landwirt. Mit digitaler Technik düngt man nur so viel, wie die Pflanzen brauchen können. Damit diese Technik auch kleine und mittlere Betriebe nutzen können, müssen wir auch Maschinenringe fördern.

Auch die Hochschule Osnabrück forscht im Bereich der Digitalisierung im Biobereich. Das geht bis hin zu Robotern, die sensorgesteuert Unkräuter erkennen und sie dann wegdrücken. Dass man keine Pestizide einsetzen kann, heißt nicht, dass man mit der Hacke arbeiten muss. Wir wollen ja nicht zurück zu den Zeiten, in denen man ein Pferd oder ein Rind vor dem Pflug spannte. Wir wollen in der Bio- und in der konventionellen Landwirtschaft moderne Technik nützen. Da sind unsere Landwirte sehr weit vorn.

Auch die Düngerausbringung läuft jetzt immer öfter GPS-gestützt. So düngt man präzise, genau da, wo der Dünger gebraucht wird. Auch der Einsatz von Pestiziden oder Pflanzenschutzmitteln kann reduziert werden, wenn das Mittel exakt ausgebracht wird, auf die Pflanze.

Ich habe es schon einmal gesagt, und die Umweltverbände haben mich nicht dafür kritisiert: Ich habe eine neue Maschinenförderung geschaffen. Wir fördern jetzt z. B. im Alten Land Pflanzenschutzmittelspritzgeräte - Tunnelspritzgeräte, die eine 80- oder 90-prozentige Abdriftminderung aufweisen.

Damit helfen wir den Obstbauern, damit schützen wir die Gewässer, in die nicht so viele Pestizide gelangen, und mit diesem präzisen Einsatz minimieren wir die mit Pflanzenschutzmitteln verbundenen Gefahren.

Wir sind uns also sehr einig: Die Digitalisierung ist eine große Chance für alle Bereiche: für den Umweltschutz, für die Ökonomie und auch fürs Tierwohl.

Noch kurz zu Ihrer ersten Frage: Sie haben vollkommen recht - das ist übrigens auch die Kritik der Wirtschaft an Schmidts Label -: Wenn wir das nur für inländische Produkte machen, dann kriegen wir billige Massenware aus dem Ausland. Der Vorteil bei den Eiern ist ja, dass auch das ausländische Ei gekennzeichnet werden muss: Käfig-, Boden- oder Freilandhaltung.

Das Rechtsgutachten sagt übrigens auch, mit einer nationalen Pflichtkennzeichnung - wenn nur deutsches Schweinefleisch gekennzeichnet werden müsste - würden wir die Inländer diskriminieren. Deshalb muss das auch ausländische Ware betreffen. Das hat die EU-Kommission in Frankreich zugelassen. Dort müssen Fleisch und Milch jetzt ab einem bestimmten Anteil im Produkt nach Herkunft gekennzeichnet werden. Da muss dann also draufstehen, die Milch kommt aus Deutschland, aus Spanien usw. Das gilt auch für verarbeitete Produkte. Das hat die EU-Kommission zugelassen - im Binnenmarkt -, mit der Begründung: Das gilt für inländische genauso wie für ausländische Ware, das ist diskriminierungsfrei.

Also, der Experte Gundel hat das in seinem Gutachten für die Agrarminister durchgeprüft und kommt zu dem Schluss, dass es dann europarechtlich zulässig ist, wenn man es für alle macht, für inländische wie für ausländische Ware, auch für Ware, die von außerhalb der EU kommt. Es muss nur diskriminierungsfrei sein. Das heißt natürlich: Wenn einer ein Produkt aus dem Ausland nach Europa importiert, das die Tierschutzlabel-Standards erfüllt, dann kann man nicht sagen, der kriegt das Label nicht.

Es muss gleiche Standards für inländische wie auch für ausländische Ware geben. Ich glaube, das wäre für uns auch eine Chance, weil wir uns ja von dem abheben, was zurzeit aus dem Ausland kommt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Fragen liegen nicht vor. Es ist jetzt 10.35 Uhr. Die Fragestunde für diesen Tagungsabschnitt ist beendet.

Die Antworten der Landesregierung zu den Anfragen, die nicht mehr aufgerufen werden konnten, werden nach § 47 Abs. 6 unserer Geschäftsordnung zu Protokoll gegeben. Sie stehen Ihnen in Kürze im Intranet und im Internet als unkorrigierte Drucksache elektronisch zur Verfügung.¹

Meine Damen und Herren, ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 28:

Erste Beratung:

Gemeinnützigkeit der Freifunk-Initiativen anerkennen - Bürgerschaftliches Engagement fördern - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/7416

Zu diesem Antrag findet die erste Beratung statt. Die zweite Beratung soll vorgezogen werden. Dazu werde ich nach der Beratung noch etwas sagen.

Zur Einbringung hat sich der Kollege Maximilian Schmidt, SPD-Fraktion, gemeldet. Bitte schön!

Maximilian Schmidt (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Von freien Hühnern kommen wir jetzt zum freien WLAN. Ich finde es gut, dass sich die letzte Zusatzfrage in der Fragestunde um die Digitalisierung in der Landwirtschaft drehte. Die Grundlage dafür ist nämlich, dass wir überhaupt ein schnelles Netz haben. Darum geht es uns heute mit unserem Entschließungsantrag „Gemeinnützigkeit der Freifunk-Initiativen anerkennen - Bürgerschaftliches Engagement fördern“.

Meine Damen und Herren, Freifunk ist einfach eine geniale Kombination. Freies WLAN für alle, geschaffen durch Engagement von Bürgerinnen für Bürger, technische Innovation durch Ehrenamt - besser geht es kaum!

In Niedersachsen sind Dutzende Initiativen aktiv. Sie haben bereits mehrere Tausend Zugangspunkte zum Netz geschaffen. Wir im Landtag haben dies auch einstimmig anerkannt. Wir haben am

¹Die Antworten zu den Anfragen 2 bis 58, die nicht in der 124. Sitzung des Landtages am 3. März 2017 behandelt und daher zu Protokoll gegeben wurden, sind in der Drucksache 17/7520 abgedruckt.

8. März 2016, also ziemlich genau vor einem Jahr, einen Grundsatzbeschluss gefasst, dass wir Freifunk in Niedersachsen fördern wollen. Wir haben ein Förderprogramm aufgelegt. In 2016 wurden 100 000 Euro bereitgestellt. Heute kann ich Ihnen berichten, dass dieses Förderprogramm wirklich ein Riesenerfolg geworden ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

- Bei den Zahlen kann man gleich noch einmal klatschen; denn sie sind wirklich beeindruckend. Mit diesem Förderprogramm sind 1 150 neue Router für freies WLAN in Niedersachsen beschafft worden. Damit ist die Zahl der freien WLAN-Zugangspunkte nahezu verandert halbfacht worden. Mein großer Dank geht an das Breitband-Kompetenzzentrum in Osterholz, das dieses Förderprogramm zusammen mit dem niedersächsischen Wirtschaftsministerium an den Start gebracht hat. Heute, ein Jahr später, können wir sagen: Es war ein großer Erfolg.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Und weil dies so ist, meine Damen und Herren, lohnt es sich, gleich den nächsten Schritt zu machen. Der Zugang zum schnellen und mobilen Netz ist heutzutage selbstverständlich Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Genauso wie die Wasserversorgung und die Stromversorgung ist die Versorgung mit Internet elementar. Deshalb ist Freifunk nach unserem Verständnis auch im besten Sinne gemeinnützig.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Helge Limburg [GRÜNE]: Richtig!)

Bürgerinnen und Bürger errichten für andere offene WLAN-Zugangspunkte. Die Abgabenordnung des Bundes kennt für die Gemeinnützigkeit eine klare Begründung: Gemeinnützigkeit liegt dann vor, wenn Bürgerinnen und Bürger für andere selbstlos tätig werden - und das ist hier doch ganz klar der Fall! Bürgerinnen und Bürger schaffen freies WLAN für alle. Wenn das keine selbstlose Tätigkeit für andere ist, dann weiß ich es auch nicht.

Das hat nun andere Bundesländer - Nordrhein-Westfalen und Thüringen - veranlasst, eine Bundesratsinitiative zu starten, um die Abgabenordnung des Bundes zu ändern und die Freifunkinitiativen als gemeinnützig einzustufen. Die beiden Länder sind dabei aber nicht allein. Mittlerweile

haben sich weitere Bundesländer dazu geäußert. Auch Bremen, Schleswig-Holstein und das Saarland wollen diese Initiative unterstützen. Ich finde, auch wir sollten dabei sein.

Jetzt ist es Zeit zu handeln, und wir können ja auch Redezeit einsparen, wenn wir heute zügig eine gute Entscheidung treffen. Wir wollen, dass Freifunk gemeinnützig wird. Damit wollen wir einerseits die Vereine unterstützen, weil sie so besser Spenden einwerben können. Aber vor allen Dingen wollen wir damit das Engagement würdigen, das diese Bürgerinnen und Bürger erbringen.

Deswegen bringen wir diesen Antrag heute ein und bitten gleichzeitig darum, ihn per sofortiger Abstimmung - die ich zugleich beantrage - an den Start zu bringen, genauso wie wir es auch am 8. März 2016 einstimmig gemacht haben. Ich finde, wenn auch aus Niedersachsen das gemeinschaftliche Signal kommt, dass wir den Freifunk unterstützen und dass wir wollen, dass er künftig als gemeinnützig anerkannt wird, dann wäre das eine gute Sache.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und freue mich auf die Debatte. Vielleicht wird sie kurz, gefolgt von einem einstimmigen Beschluss.

Danke.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Schmidt. - Der nächste Redner ist Axel Miesner für die CDU-Fraktion. Bitte schön, Herr Miesner, Sie haben das Wort.

Axel Miesner (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielen Dank für die Möglichkeit, hier einen Beitrag zum Thema Freifunk zu leisten.

Ich möchte zunächst feststellen, dass Vereine und das Ehrenamt bei der CDU-Fraktion hier im Landtag einen hohen Stellenwert haben. Von daher sträuben wir uns auch nicht gegen Initiativen, mit denen eine Gemeinnützigkeit ermöglicht werden soll. Hier aber stellt sich die Frage, warum wir die Gemeinnützigkeit auf Freifunkvereine beschränken und nicht auch auf Initiativen ausdehnen sollten, die sich insgesamt um ein offenes WLAN kümmern und solche Angebote vor Ort schaffen.

Herr Schmidt, Sie haben das Breitband-Kompetenzzentrum erwähnt. Ich will zunächst feststellen,

wer das Breitband-Kompetenzzentrum in Osterholz-Scharmbeck auf den Weg gebracht hat: Das war die damalige CDU/FDP-geführte Landesregierung!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Schmidt, Sie sprechen vom schnellen Internet und von einer Verbesserung der Breitbandversorgung im Lande Niedersachsen. Sie waren ja so wie ich und andere Kolleginnen und Kollegen, die im Kreistag ihrer Heimatkommunen und als Landtagsabgeordnete tätig sind, in der letzten Woche in Celle, wo wir uns haben anhören müssen, dass der Breitbandausbau in Niedersachsen nur sehr schleppend vorangeht und dass das Land dafür auch keinerlei eigene Mittel in den Landeshaushalt eingestellt hat. Das belegt auch die Antwort auf eine Anfrage, die ich gestellt habe und die Ihnen in der Drucksache 17/7298 vorliegt. Sie müssen einfach mal zur Kenntnis nehmen, dass Sie nichts tun, um den Breitbandausbau in Niedersachsen zu fördern.

Wir hingegen haben den Antrag gestellt, 1 Milliarde Euro in diesen Bereich zu investieren, über mehrere Jahre verteilt. Diesen Antrag haben Sie im letzten Jahr im Rahmen der Haushaltsberatungen leider abgelehnt. Das, was hier passiert, ist schon sehr traurig.

(Zustimmung bei der CDU)

Zum Thema Freifunk als solches: Sie haben sich damit beschäftigt, wie man diesen Bereich weiter fördern kann - so wie wir uns insgesamt im Landtag im vergangenen Jahr damit beschäftigt haben. Aber Sie hätten sich besser vorbereiten müssen! Heute einen solchen Antrag zu stellen, ist, wenn man so will, reiner Aktionismus. Sie wissen - Sie haben es eben selbst gesagt -, dass die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Thüringen und andere hierzu schon initiativ geworden sind. Der Bundesrat hat sich bereits damit beschäftigt.

Das heißt, die Initiative, die Sie mit dem Antrag unterstützen wollen - so schreiben Sie es in Nr. 1 des Antrags -, ist schon längst auf den Weg gebracht. Von daher fragen wir uns, warum wir den Antrag heute beschließen sollen. Sie sagen doch sonst auch immer, dass Ihre Landesregierung bereits alles auf den Weg gebracht hat und es deshalb keiner weiteren Anträge bedarf. Das sind doch Ihre Textbausteine!

(Maximilian Schmidt [SPD]: Das ist ja armselig!)

Von daher ist es nicht erforderlich, dass wir bereits heute über den Antrag abstimmen. Das würde nichts an der Tatsache ändern, dass das Thema im Bundesrat besprochen, beraten und weiter auf den Weg gebracht wird. Ihr Verfahrensantrag ist reiner Aktionismus. Sie wollen zeigen: Schaut her, wir tun etwas für euch! - Aber das ist so, als würden Sie am Gras ziehen, damit es schneller wächst.

(Zustimmung bei der CDU)

Das machen wir nicht mit. Wir wollen das sachlich und fachlich im Ausschuss beraten. Die Sache ist es wert, dass wir uns ihr mit einer vernünftigen Ausschussberatungen annehmen, so wie sonst auch. Wenn wir die Punkte zusammengeführt haben, können wir uns gerne einig werden. Aber das mit einer sofortigen Abstimmung vorwegzunehmen, ist, wie gesagt, reiner Aktionismus. Der Bundesrat arbeitet auch ohne Ihre Anträge weiter. Von daher wenden wir uns gegen den Antrag auf sofortige Abstimmung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Axel Miesner. - Es liegt eine Bitte auf eine Kurzintervention vor. Herr Kollege Schmidt, bitte schön!

Maximilian Schmidt (SPD):

Herr Präsident! Verehrter Herr Miesner, ich lese Ihnen mal eine Frage vor, die ich vor Kurzem auf einer Internetseite gefunden habe: „Wie lange soll eigentlich noch beraten statt gehandelt werden?“ Diese Frage hat Bernd Althusmann zur Umsetzung der Digitalstrategie in Niedersachsen gestellt.

(Zustimmung bei der SPD - Christian Dürr [FDP] und Jörg Bode [FDP]: Berechtigte Frage! Recht hat der Mann! Sehr richtig!)

Heute handeln wir! Warum kriegen Sie es nicht hin, zuzustimmen?

(Christian Dürr [FDP]: Warum kriegt es diese Landesregierung eigentlich nicht hin, Herr Schmidt?)

Das Motto der Veranstaltung der IdeenExpo von gestern Abend lautete: „Mach doch einfach!“ - Heute sagen wir, wir wollen handeln - aber Sie wollen weiterhin reden!

Zur FDP: Sie fordern ja immer wieder „German Mut“ ein. Wir legen Ihnen etwas vor, bei dem bundesweit alle mitziehen würden. Es fehlt nur noch die Stimme von Niedersachsen - aber Sie wollen nicht!

Herr Toepffer hat hier häufig in Debatten eingefordert, auch im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, dass wir als Niedersachsen im Bund und in Europa klar Stellung beziehen, dass wir unsere Stimme erheben.

(Zustimmung bei der SPD und Beifall bei den GRÜNEN)

Genau das wollen wir nun - aber Sie wollen es nicht! Sie wollen weiterhin reden.

Da es Ihr Spitzenkandidat war, der solche Fragen stellt, müssten Sie eigentlich die Ersten sein, die sie beantworten. Denn wenn Sie nichts tun, lassen Sie Ihren Mann allein.

Wir würden heute etwas tun - Sie wollen es lassen! Das ist ein ganz schlechtes Signal an die Freifunkbewegung in Niedersachsen. Das ist wirklich traurig.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Axel Miesner, Sie möchten antworten. Bitte schön!

Axel Miesner (CDU):

Herr Kollege Schmidt, Ihre Reaktion zeigt, dass wir es auf den Punkt gebracht haben. Sie legen null Euro für den Breitbandausbau in Niedersachsen vor und wollen jetzt über eine sofortige Abstimmung Ihre eigene Landesregierung bitten, aktiv zu werden. Es ist ja wohl oberpeinlich,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

dass Ihre Landesregierung erst dann arbeitet und im Bundesrat aktiv wird, wenn Sie hier Beschlüsse fassen! Das ist doch lächerlich!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Jetzt hat sich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Belit Onay gemeldet. Bitte schön, Herr Onay, Sie haben das Wort.

Belit Onay (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der freie Zugang zum Internet ist eine der zentralen Teilhabe- und Gerechtigkeitsfragen; das haben wir hier schon gehört. Rot-Grün steht ausdrücklich dafür, Menschen am Internet teilhaben zu lassen und digitaler Teilhabe zu ermöglichen. Dabei ist Freifunk eines der zentralen Elemente.

Wir haben das im Landtag schon mehrfach diskutiert und im Haushalt mit 100 000 Euro für die Geräteausstattung bei den Freifunkinitiativen in der Fläche berücksichtigt. Dieses Förderprogramm ist so gut angekommen, dass wir es in den Folgejahren fortführen.

An der Stelle möchte ich auf Herrn Miesner reagieren. Lieber Herr Kollege, wir haben hier zum Thema Freifunk bereits betont - auch Sie haben das in Ihrer Rede eingangs gesagt; Sie sagten, dass auch die CDU-Fraktion hinter solchen Initiativen steht -, dass ein solches bürgerschaftliches Engagement gut ist, dass es zu unterstützen ist und dass davon die gesamte Gesellschaft profitiert.

Ich glaube, es steht uns gut zu Gesicht, dass wir als Parlament unsere Linie fortsetzen, den Freifunk weiterhin als unsere Initiative verstehen und ihn mit einer sofortigen Abstimmung begleiten. Ich habe aus Ihren Worten aber auch herausgehört, dass Sie genauso wie wir endloses Vertrauen in die Handlungsfähigkeit dieser Landesregierung haben. Als wichtiges Signal wäre das noch einmal sehr schön.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Freifunk ist jedoch mehr als nur ein kostenloser Internetzugang. Die Initiativen hier und vor Ort kümmern sich in ganz Niedersachsen meist in losen Strukturen um viele verschiedene Bereiche, z. B. um Unterkünfte für Geflüchtete, um Zugang in Behörden oder auf dem Marktplatz vor Ort, womit sie einen immensen Beitrag für die Integration Geflüchteter, aber auch für das Stadtmarketing in den Kommunen liefern. Allein in Hannover gibt es über 800 offene Zugangspunkte. Einer davon ist übrigens bei uns in der Grüne-Landtagsfraktion. Auch dort sind Sie natürlich herzlich willkommen, um ihn zu nutzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber die Freifunkinitiativen stoßen mit ihrem Engagement immer wieder auf Hürden und Schwierigkeiten, so z. B. auf Probleme mit den Finanzbe-

hörden, wenn sie immer noch - wie in den 90er-Jahren - als lose Zusammenschlüsse betrachtet werden.

Es ist jedoch klar: Freifunkvereine dienen mit ihrem Engagement ohne jedes finanzielles oder kommerzielles Interesse der Allgemeinheit. Die Nichtanerkennung als gemeinnützig führt jedoch dazu, dass die Vereine keine Spendenquittungen ausstellen können. Dadurch sind die Vereine weniger attraktiv für Spender. Das hindert sie langfristig an ihrem Engagement und am Wachsen. Deshalb ist es ein wichtiges Signal, diese Vereine als gemeinnützig einzustufen. Der Kollege Max Schmidt hat es schon erwähnt.

Laut Abgabenordnung verfolgt eine Körperschaft wie etwa ein Verein gemeinnützige Zwecke, wenn die Tätigkeit darauf ausgerichtet ist, die Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet selbstlos zu fördern. Diese selbstlose Arbeit sehen wir gerade bei den Freifunkinitiativen. Deshalb möchte ich noch einmal ganz ausdrücklich dafür appellieren, schon heute ein gemeinsames wichtiges Zeichen zu setzen und die sofortige Abstimmung mitzutragen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Onay. - Jetzt hat sich Christian Dürr für die FDP-Fraktion gemeldet. Bitte schön!

Christian Dürr (FDP):

Herzlichen Dank. - Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Schmidt, es ist richtig, im Großen und Ganzen sind wir uns in der Sache einig, dass Freifunk vom Niedersächsischen Landtag unterstützt werden sollte. Ich möchte nur der Ordnung halber darauf hinweisen, dass am Ende des Tages sehr wohl auch ein Finanzamt die Gemeinnützigkeit anerkennen muss und der Gesetzgeber das nicht von sich aus beschließen kann. So einfach ist die Welt auch nicht.

(Zustimmung bei der FDP)

Deswegen kann ich auch den Kollegen Miesner verstehen, wenn er sagt, es besteht Beratungsbedarf im Ausschuss.

Natürlich sind Freifunk und insbesondere das ehrenamtliche Engagement dafür unterstützenswert. Freifunk ist eine sinnvolle Ergänzung, auch was die WLAN-Anbindung im ländlichen Raum betrifft. Wir wollen auf der einen Seite eine sinnvolle Ergänzung. Wir wollen aber auf der anderen Seite keine Wettbewerbsverzerrung für kommerzielle Angebote; das ist auch klar. Freies WLAN in der Öffentlichkeit ist durchaus auch ein marktgängiges Produkt. In Bayern gibt es solche Initiativen, wenn ich es richtig weiß. Bevor der Staat anfängt, freie WLAN-Netze einzurichten, ist es mir lieber, dass es das Ehrenamt macht. Das soll selbstverständlich unterstützt werden. Gleichwohl kann dieser Antrag nicht von der Untätigkeit der Niedersächsischen Landesregierung beim Thema „Digitale Agenda“ ablenken.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Mit Verlaub: Bis 2020 sind 50 Mbit/s geplant. Das wurde groß gefeiert. Südkorea will bis 2020 Anschlüsse von 10 Gbit/s haben. Wir haben in Niedersachsen Breitbandanschlüsse in Fahrradgeschwindigkeit. Das mag die Grünen freuen. Wir benötigen aber Highspeed, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das muss das Ziel sein.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU - Zuruf von Helge Limburg [GRÜNE])

In der Landesregierung sitzen digitale Analphabeten, meine Damen und Herren. Kein einziges Kabinettsmitglied scheint wirklich Ahnung vom Thema zu haben oder sich der Sache anzunehmen - um das in aller Deutlichkeit zu sagen. Ich will das auch in Richtung der Kollegen von der SPD sagen. Sigmar Gabriel hat es als Bundeswirtschaftsminister doch komplett versemgelt, beim Thema Störerhaftung endlich eine sichere Rechtsgrundlage zu schaffen.

(Jörg Bode [FDP]: Genau!)

Komplett versemgelt hat es die SPD! Sie hat nichts hinbekommen!

(Beifall bei der FDP)

Das ist die Grundlage, Herr Schmidt. Eine vernünftige Regelung beim Thema Störerhaftung ist übrigens am Ende des Tages auch wieder die Grundlage für Freifunk, damit diese Initiativen rechtssicher agieren können. Was bringt es einem Freifunkverein, wenn er - von mir aus auch mit staatlicher Unterstützung und als gemeinnützig aner-

kanter Verein - freies WLAN anbietet, dann aber von Abmahnanwälten in Haftung genommen wird, wenn jemand illegale Downloads macht? - Das bringt uns überhaupt nichts. Ich weiß, dass sich die Bundesregierung jetzt wieder auf den Weg macht. Aber zur Wahrheit gehört: Das größte Hindernis, um Freifunkvereinen in Deutschland zu helfen und diese zu unterstützen, damit sie ein vernünftiges freies WLAN für die Bürgerinnen und Bürger anbieten können, war bisher immer noch die SPD.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Dürr. - Jetzt hat sich der Minister gemeldet. Herr Minister Schneider, bitte schön!

Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Um das Ganze wieder auf den Kern zurückzuführen: Es geht hier um die Gemeinnützigkeit von Freifunkinitiativen - um nichts anderes! Deswegen spricht der Finanzminister, weil wir damit ein steuerliches Problem ansprechen.

Die Landesregierung unterstützt die Freifunkinitiativen und sieht hier großes gesellschaftliches und wirtschaftliches Potenzial. Das geht über Förderung, soll aber auch über steuerliche Erleichterungen geschehen. Bisher funktioniert das nicht. Es gibt keine steuerliche Förderung des Freifunks. Freifunkvereine können nach geltendem Recht nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen als gemeinnützig im Sinne des Steuerrechts angesehen werden. Es gibt einen Katalog in der Abgabenordnung; der Freifunk ist darin aber nicht erwähnt. Es gibt also keinen Katalogzweck. Nach vorherrschender Auffassung ist auch die Öffnungsklausel in der Abgabenordnung hier nicht einschlägig.

Also funktioniert es derzeit nur, wenn der Freifunkverein einen anderen Katalogzweck in den Vordergrund stellt, also z. B. Bildung oder Flüchtlingshilfe. Der eigentliche Freifunk muss diesem Zweck untergeordnet sein. So ist die gegenwärtige Rechtslage. Ohne steuerliche Gemeinnützigkeit ist es natürlich einem Verein verwehrt, steuerlich begünstigte Mitgliedsbeiträge oder Spenden zu empfangen. Das ist ein entscheidender Nachteil beim Ausbau der freien WLAN-Netze.

Wie ist die Situation? - Der Bundesrat wird nächste Woche Freitag, am 10. März, über die Einbringung

eines Gesetzentwurfs beraten und - davon gehe ich aus - darüber positiv beschließen, der zum Ziel hat, die Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Freifunk als neuen Katalogzweck in die Abgabenordnung aufzunehmen. Die Freifunkinitiativen, die sich als Körperschaft - in der Regel als Verein - organisiert haben, könnten dann künftig allein wegen der Förderung des Freifunks und nicht für einen anderen Zweck als gemeinnützig anerkannt werden. Das Finanzamt kommt dann nicht in Schwierigkeiten, wenn der Katalog das vorsieht.

Damit wäre also ein weiterer wichtiger Schritt für die Unterstützung des Freifunks getan. Der Entschließungsantrag der Regierungsfractionen will erreichen, dass dies eintritt und die steuerliche Förderung möglich gemacht wird. Die Landesregierung soll - so der Antrag - entsprechende Bundesratsinitiativen unterstützen. Ich kann mitteilen, dass die Landesregierung dies nicht nur tun will, sondern auch schon getan hat. - Die Kollegen der FDP hören nicht zu. Vielleicht wäre das aber ganz nützlich, weil sie ja hier darüber diskutiert haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben dem Bundesrat im Finanzausschuss in der letzten Woche mit deutlicher Mehrheit empfohlen, den Gesetzentwurf beim Deutschen Bundestag einzubringen. Für Niedersachsen habe ich den Gesetzesantrag im Finanzausschuss unterstützt, obwohl es fachlicherseits die eine oder andere Einwendung gegen die steuerliche Förderung gegeben hat. Ich habe ihn deshalb unterstützt, weil wir meinen, das bürgerschaftliche Engagement unterstützen zu sollen. Für die Landesregierung begrüße ich den Antrag der Regierungsfractionen und hoffe, dass er vielleicht gleich - - -

(Einige Abgeordnete der FDP sprechen miteinander)

- Aber die Zweifel bleiben, weil niemand zuhört, wie wir gerade wieder sehen.

(Zurufe von der CDU)

- Nein, auf Ihrer Seite nicht. Nur mir gegenüber. Die haben nicht zugehört.

(Jens Nacke [CDU]: Herr Minister, Sie dürfen hier reden, wann Sie wollen! Aber niemand ist verpflichtet, Ihnen zuzuhören!)

Worum es jetzt eigentlich geht, ist untergegangen. Von daher habe ich Zweifel, dass heute eine breite Zustimmung zustande kommt. Ich habe aber keinen Zweifel, dass sie am Ende zustande kommt,

wenn man sich darauf konzentriert, worum es eigentlich geht. Es geht nämlich darum, den Katalogzweck der Gemeinnützigkeit zu erweitern. Dagegen hat sich niemand gewandt. Das ist aber der Kern dieses Antrags. Am Ende wird es hoffentlich klappen. Im Bundesrat wird es dafür jedenfalls mit der Stimme Niedersachsens eine breite Mehrheit geben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Minister. - Damit sind wir am Ende der Beratung.

Ich habe vorhin darauf hingewiesen, die Fraktionen von SPD und Grünen haben beantragt, heute die zweite Beratung durchzuführen. Sie kennen die Geschäftsordnung. Das kann nur geschehen, wenn nicht mindestens 30 Mitglieder widersprechen. Sie haben für die Fraktion ihren Widerspruch erklärt. Das sind mehr als 30 Abgeordnete. Damit ist widersprochen.

Wir kommen deswegen zur Ausschussüberweisung.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag an den Ausschuss für Bundes- und Europangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung zu überweisen. Wer dieser Empfehlung folgen möchte, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 29:

Erste (und abschließende) Beratung:

.niedersachsen - eine digitale Heimat für unser Land - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/7417

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Kollege Maximilian Schmidt. Bitte schön!

Maximilian Schmidt (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Jetzt geht es, könnte man fast meinen, um eine ziemlich patriotische Angelegenheit. Wir in Niedersachsen müssen uns kümmern. Worum geht es? - Nordrhein-Westfalen hat sie, Bayern hat sie, Berlin hat sie, Hamburg hat sie, sogar das Saarland hat sie - eine eigene Adresse im Netz. Ich finde, in diesem

Punkt können wir nicht zurückstehen. Niedersachsen ist Digitalland erster Güte.

(Christian Dürr [FDP]: Leider nicht!)

Wir haben eine Digitalstrategie gestartet. Wir sind CeBIT-Standort, und wir bewerben uns derzeit um die Ansiedlung des Deutschen Internetinstituts. Das ist richtig, wichtig und gut. Deshalb starten wir heute eine weitere Initiative für eine - sprichwörtlich - digitale Heimat für unser Land im Netz. Wir wollen für unser Land im Netz eine eigene Top-Level-Domain.

Was ist der technische Hintergrund? - Im sogenannten Domain Name System (DNS) sind alle Internetadressen registriert. Sie wären eigentlich nur Nummern, dort aber werden sie in Namen übersetzt. Sie wissen vielleicht, dass es die „.de“-Domain gibt. Vor Jahren gab es in Deutschland nur diese, natürlich aber auch international. In Deutschland aber gab es nur diese „.de“-Domain. Mittlerweile sind über diese Domain mehr als 16 Millionen Namen registriert mit der Folge, dass die Namen inzwischen knapp werden. In der Folge kommt es auch zu teuren Rechtsstreitigkeiten, weil Namen für Unternehmen, Personen oder Institutionen bereits belegt sind und dann geklagt wird, wer das Namensrecht hat.

Deswegen sind in der Folge sogenannte generische Domains oder geoTLDs eingeführt worden, in den letzten Jahren auch für Kommunen, Regionen und Bundesländer. Genau dort setzen wir an. Wir wollen eine eigene Niedersachsen-Domain.

Was wäre die Folge? - Damit könnten Unternehmen, Organisationen und andere mehr - z. B. auch Freiberufler - ihre Verbundenheit zu Niedersachsen auch im Netz zum Ausdruck bringen. Das wäre es doch, wenn beispielsweise Start-ups mit einer Niedersachsen-Domain arbeiten würden. Ich finde, das wäre die beste Werbung für unser Land.

(Beifall bei der SPD - Christian Dürr [FDP]: Warum macht die Landesregierung das dann nicht?)

Das Ziel unseres Antrags ist, hierfür einen Start zu machen.

Was muss passieren? - Es muss nicht einfach nur beschlossen werden, sondern es muss auch eine Reihe von Dingen geklärt werden. Man muss Partner finden, die das technisch abwickeln können. Man muss mit der ICANN - das ist die internationale Domain-Registrierungsstelle - sprechen, damit diese Domain dort registriert werden kann. Man

muss aber auch eine Reihe offener Rechtsfragen klären, um z. B. Missbrauch auszuschließen. Wir wollen nämlich nicht, dass sich verfassungsfeindliche Organisationen, Rechtsradikale oder - darüber ist gestern schon diskutiert worden - irgendwelche „Reichsbürger“ eine Domain mit der offiziellen Endung „niedersachsen“ beschaffen können. Missbrauch muss an dieser Stelle ausgeschlossen werden.

Wir wollen heute den Start machen. Die Details wollen wir im Ausschuss diskutieren. Schlussendlich finde ich: Uns in Niedersachsen stünde es gut zu Gesicht, wenn wir, wie auch schon andere Bundesländer, eine eigene Adresse, eine - sprichwörtlich - eigene Heimat im Netz hätten. Dann würde es auch heißen: Niedersachsen. Klar. Wir haben auch eine eigene Adresse im Netz.

Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Schmidt. - Das Wort hat für die CDU-Fraktion Clemens Lammerskitten. Bitte schön!

Clemens Lammerskitten (CDU):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ein toller Antrag!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr Schmidt hat es gerade schon beschrieben. Wir als CDU fragen uns, warum es diese Top-Level-Domain bislang noch nicht gibt.

(Zustimmung bei der FDP)

Deswegen will ich anhand einiger Beispiele noch einmal die Vorteile deutlich machen, die auch Herr Schmidt gerade dargestellt hat. Auch für die CDU-Landtagsfraktion hätte das einen Vorteil. Unsere Internetadresse lautet zurzeit „cdu-fraktion-niedersachsen.de“. Zukünftig würde sie „cdu-fraktion.niedersachsen“ lauten.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN - Helge Limburg [GRÜNE]: Ja, genau! - Maximilian Schmidt [SPD]: Ja, das ist eine Domain! Technik, die begeistert!)

Den gleichen Vorteil hätten die SPD-Fraktion und auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Bei der FDP-Fraktion wäre ich mir nicht so ganz sicher, weil die FDP-Fraktion - dazu hören wir aber gleich noch Herrn Dürr - die Internetadresse „fdp-fraktion-nds.de“ hat. Sie müsste sie dann in „fdp-fraktion.niedersachsen“ ändern, weil „nds“ nicht möglich ist. Denn - das wurde eben schon beschrieben - diejenige Stelle, die diese Adressen vergibt, hat klare Regularien.

Eines der wichtigsten Unternehmen in Niedersachsen hätte z. B. die Möglichkeit, aus einer Internetadresse mit vier Buchstaben - das gibt es ganz selten: vw.de - folgende Internetadresse zu machen: vw.niedersachsen. Das hätte also nur Vorteile, wie Herr Schmidt es beschrieben hat.

(Maximilian Schmidt [SPD]: Das entscheidet doch jeder selbst!)

Es wird auch ziemlich schnell deutlich, dass man am Ende nicht nur eine Adresse braucht, sondern zwei. Denn man wird die bisherige Adresse ja nicht aufgeben, sondern man braucht eine zusätzliche Adresse.

Da man zusätzliche Adressen braucht, geht es auch um Geld; denn damit kann man auch Geld verdienen. Herr Schmidt hat all das bereits beschrieben. Derjenige, der sich bei dieser internationalen Organisation in Los Angeles eine Adresse besorgen will, kann sich dort bewerben und zahlt dafür 185 000 Dollar. Seit 2012 ist das möglich. Niedersachsen hat das aber nicht wie Hamburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen, das Ruhrgebiet, Bayern oder all die anderen, die eben genannt worden sind, beantragt, sondern Niedersachsen kann sich im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens ab 2019 wieder bewerben.

An all die Dinge, die Sie in Ihrem Antrag aufgelistet haben, können wir nur einen Haken machen; denn das, was Sie feststellen, stimmt. Davon, dass der Landtag das gut findet, gehe ich aus. Dass man sich vorher über die Auswirkungen Gedanken macht, ist für mich eine völlige Selbstverständlichkeit.

(Jörg Bode [FDP]: Bei der Regierung nicht!)

Nach den Beschreibungen von Herrn Schmidt bin ich davon ausgegangen, dass sich Leute in der Staatskanzlei oder an anderer Stelle der Landesregierung über diese Dinge Gedanken machen und dass man für Dinge, die normal sind, nicht einen Startschuss des Landtags braucht.

Ich komme aus der Kommunalverwaltung. Dort nennen wir solche Vorgänge „Geschäfte der laufenden Verwaltung“, und wir erwarten von unserem Hauptverwaltungsbeamten, dass er sich um diese Dinge kümmert.

Genauso erwarten wir von unserer Regierung, dass sie diese Dinge schon längst bearbeitet hätte, und dass sie weiß, wie so etwas geht. Wenn man zehn Minuten Zeit investiert und im Internet ein bisschen sucht, dann kommt man sehr schnell z. B. zu dem Kooperationsvertrag der Stadt Hamburg mit dem Provider. In Hamburg gibt es ein Transparenzgesetz; dort ist der Vertrag sogar veröffentlicht worden. Für jede Adresse, die mit „hamburg“ verkauft wird, bekommt die Stadt Hamburg 3 Euro oder 6 Euro, wenn eine bestimmte Anzahl von Adressen überschritten worden ist.

Daran wird deutlich: Es geht um Geld und um Geldverdienen. Wenn es demnächst die Adresse „niedersachsen“ gibt, gehen wir davon aus, dass dies in einem transparenten Verfahren geschieht.

(Belit Onay [GRÜNE]: Wie auch sonst?)

Wir gehen ferner davon aus, dass das Land nicht Kosten für private Institutionen übernimmt.

Von daher beantrage ich, weil es bei diesem Antrag eigentlich nichts mehr zu beraten gibt, die sofortige Abstimmung über diesen Antrag.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Maximilian Schmidt [SPD]: Das können wir machen!)

Wir wollen, dass der eine oder andere von den Vorteilen bei diesem wichtigen und interessanten Thema - ich habe es dargestellt: für die CDU-Fraktion ist es auf jeden Fall interessant - möglichst schnell profitiert.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Danke, Herr Lammerskitten. - Es liegt die Bitte um eine Kurzintervention vor. Bitte schön, Herr Schmidt! Sie haben das Wort.

Maximilian Schmidt (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde, man kann sich in diesem Hause, in dem häufig Streit herrscht, gelegentlich auch bedanken. Ich möchte mich bei dem Kollegen Lammerskitten ganz herzlich dafür bedanken, dass er an dieser

Stelle wirklich Weitsicht bewiesen hat. Die habe ich bei dem Kollegen Miesner vorher leider nicht feststellen können. Aber das ändert ja nichts daran.

Von daher: Herzlichen Dank! Ja, wir können das gerne heute sofort beschließen, und wir können das sofort auf den Weg bringen.

(Christian Dürr [FDP]: Sie haben gemerkt, dass er sich über Sie lustig gemacht hat, oder?)

Jetzt ist die Frage, was die FDP noch dazu beizutragen hat.

(Christian Dürr [FDP]: Oh, das verrate ich Ihnen gleich!)

Wenn Sie jetzt erneut die Blockierer sind, dann wird es nichts. Sie müssen jetzt beweisen, ob wir es wirklich heute machen können.

Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD - Christian Dürr [FDP]: Ich fühle den Druck!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Schmidt. - Herr Lammerskitten, das war eben an Sie gerichtet. Deswegen haben Sie die Möglichkeit, jetzt zu antworten. Bitte schön!

Clemens Lammerskitten (CDU):

Herr Schmidt, vielen Dank für das Kompliment! Nur eine kleine Korrektur von mir: Nicht nur in dieser Angelegenheit beweise ich Weitsicht, sondern diejenigen, die mich kennen, wissen, dass ich das immer tue.

Danke.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Die nächste Wortmeldung kommt von Belit Onay für Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön!

Belit Onay (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich bedanke mich ganz herzlich bei Herrn Lammerskitten für das klare Signal in dieser Sache. Ich glaube, ich brauche das Ganze jetzt nicht unnötig in die Länge zu ziehen. Das ist ein wichtiges Thema.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Jens Nacke [CDU]: Sehr richtige Erkenntnis!)

- Diesen Moment merke ich mir, dass Herr Nacke einmal für mich applaudiert! Das treibt mir fast die Tränen in die Augen.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Das sollte dir zu denken geben!)

Dennoch vielleicht ein, zwei Sätze, weil das von Herrn Lammerskitten auch kritisiert worden ist. Sie haben ja gesagt, das sei für die Verwaltung ein Thema des laufenden Geschäfts. Ich möchte das noch einmal ausdrücklich geraderücken.

Gerade in einem touristisch geprägten Land wie Niedersachsen, in dem wir viele Konzerne, viele Unternehmen haben, die natürlich auch eine Erkennbarkeit brauchen, wünschen wir uns eine deutliche Verbindung zu unserem Land Niedersachsen, und zwar auch über die Web-Adresse, sozusagen das Aushängeschild in der heutigen Zeit. Da muss es eine entsprechende Möglichkeit geben, zumal in der Onlinewelt viele Kürzel mit der „de“-Adresse kaum noch zu bekommen sind. Deshalb glaube ich, dass das, gerade auch was Marketing - das haben Sie ja auch erwähnt - und die Repräsentativität angeht, ein wichtiges Thema ist und dass damit ein wichtiges Signal gesetzt wird.

Ich freue mich natürlich auch über Adressen wie „Lammerskitten.niedersachsen“ oder darüber, wenn andere Abgeordnete oder die Fraktionen das nutzen. Ich glaube, das ist ein wichtiges Thema für die Wiedererkennbarkeit unseres Landes auch in der Onlinewelt. Von daher können wir auch dem Wunsch nach sofortiger Abstimmung folgen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Jetzt hat sich Christian Dürr zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Christian Dürr (FDP):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Schmidt, weil Sie es nicht gemerkt haben, will ich es einmal aussprechen: Der Kollege Lammerskitten hat sich vollkommen zu Recht über Sie lustig gemacht. Das war der Punkt.

(Beifall bei der FDP)

Schön, dass Sie sich dafür bedanken. Aber das zeigt die Absurdität. Ich müsste eigentlich mit einer

goldenen Figur hier vorne stehen: Dieser Antrag, meine Damen und Herren, verdient den Oscar für den bisher überflüssigsten Antrag in dieser Legislaturperiode.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Es geht um exekutives Handeln, das, nebenbei gesagt, längst hätte geschehen können. Ich frage mich, warum die Landesregierung sich nicht längst auf den Weg gemacht haben, wie es die anderen genannten Länder getan haben. Ich frage mich, was da noch zu prüfen ist. Die Sache ist glasklar. Da kann man nichts dagegen haben.

Aber wissen Sie, welches das Hauptproblem ist, das heute Morgen noch einmal zum Vorschein gekommen ist? - Das ist die Art und Weise, wie sich die SPD-Landtagsfraktion hier im Haus als Regierungsfraktion versteht. Das ist das Hauptproblem. Es reicht doch nicht aus, Regierungsarbeit zu paraphrasieren. Ich erwarte von einer Regierungsfraktion auch, dass sie die Landesregierung durch echte Eigeninitiativen treibt, meine Damen und Herren. Wir erleben hier seit dreieinhalb Jahren, dass das nicht stattfindet.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich will uns allen und den Menschen draußen ersparen, dass an dieser Stelle Lebenszeit überflüssigerweise verschwendet wird. - Der Kollege Schmidt hat sich undankenswerterweise jetzt noch einmal zu Wort gemeldet. Ich bedaure das sehr. Wir könnten hier schneller sein.

Meine Damen und Herren, auch ich beantrage sofortige Abstimmung und kann für meine Fraktion erklären, dass wir diesem Antrag natürlich zustimmen, damit er so schnell wie möglich abgehakt werden kann.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Dürr. - Herr Schmidt! Sie kennen die Geschäftsordnung.

Maximilian Schmidt (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muss mich nach der Geschäftsordnung für die antragstellende Fraktion zu Wort melden und auch die sofortige Abstimmung beantragen, was ich hiermit gerne tue.

Herr Dürr, Sie sind wirklich der langjährige Inhaber der Auszeichnung „Größter Schreihals“. Ich nehme

das zur Kenntnis. Aber schön, dass Sie zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD - Christian Dürr
[FDP]: Sie sind einfach nur peinlich!
Sie sind peinlich mit Ihren Anträgen!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Danke schön.

Meine Damen und Herren, ich habe vorhin die Geschäftsordnungsregularien erklärt: Wenn nicht 30 Mitglieder widersprechen, können wir sofort abstimmen. - Ich sehe, dass alle einverstanden sind, sodass wir sofort abstimmen können.

(Zuruf von Jens Nacke [CDU])

- Jetzt sind wir bei der Abstimmung, Herr Kollege Nacke. Alle, die gerne einen Zwischenruf machen wollen, können das noch machen. Aber dann stimmen wir ab.

(Zuruf von der FDP: Mach schnell! -
Jens Nacke [CDU]: Weg damit!)

Wer dem Antrag in der vorliegenden Form zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Gibt es nicht. Enthaltungen? - Gibt es auch nicht. Dann ist der Antrag schnell abgehandelt und beschlossen worden.

Reinhold Hilbers von der CDU-Fraktion hat sich **zur Geschäftsordnung** gemeldet. Bitte schön, Herr Hilbers! Sie haben das Wort.

Reinhold Hilbers (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich zur Geschäftsordnung gemeldet, weil es um eine Antwort von Agrar- und Verbraucherschutzminister Meyer geht, die er gestern hier im Parlament gegeben hat.

Im Rahmen des Tagesordnungspunktes zur Wohnimmobilienkreditrichtlinie hat Agrarminister Meyer auf meine Frage hin, welche Rolle er im Bundesrat gespielt habe und was er konkret im Bundesrat veranlasst habe, um dieses Thema in die richtige Richtung zu lenken, geantwortet - ich zitiere aus dem vorläufigen Protokoll -:

„Die Sitzungen des Bundesrats werden ja nicht nur im Internet übertragen, man kann sogar die Protokolle nachlesen. Gucken Sie nach! Es gab zum Tagesordnungspunkt ‚Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie‘ den Redebeitrag eines niedersächsi-

schen Ministers, nämlich von mir. Ich habe da sogar eine Rede gehalten, in der ich auf diese Problematik hingewiesen habe. Das können Sie gerne im Protokoll nachlesen. Aus Zeitgründen erspare ich es mir, das jetzt zu wiederholen.“

Wir haben das entsprechend nachgesehen. Nach unserer Recherche stand der Punkt am 25. September auf der Tagesordnungspunkt. Dort waren sowohl Agrarminister Meyer als auch Minister Schneider anwesend. Am 26. Februar finden wir dazu keine Wortmeldung Niedersachsens. Wir finden am 14. Oktober 2016 dazu keine Wortmeldung Niedersachsens. Auch am 10. Februar gab es dazu keine Wortmeldung. Dann haben wir in das Protokoll der Sitzung vom 25. September 2015 hineingeschaut,

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Darum ging es ja und nicht um die anderen Termine!)

als das Ganze dort behandelt worden ist, wozu Agrarminister Meyer gesagt hat, er habe dort eine Rede gehalten. Das Protokoll weist aus, dass sowohl Herr Meyer als auch Herr Schneider, Herr Wenzel, Frau Niewisch-Lennartz, Frau Rundt und Minister Pistorius dort waren. Am Ende des Protokoll, nachdem Frau Dr. Schwall-Düren als einzige einen Wortbeitrag geleistet hat, heißt es - ich zitiere aus dem Bundesratsprotokoll -:

„Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Minister Schneider (Niedersachsen) gibt für Minister Meyer eine Erklärung zu Protokoll ab.“

Dann wird abgestimmt. Herr Minister Meyer hat also keine Rede im Bundesrat gehalten! Herr Minister Meyer hat nicht Position bezogen! Meine Damen und Herren, wieder einmal hat Minister Meyer hier das Parlament offensichtlich nicht korrekt über das unterrichtet, was dort stattgefunden hat, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Miriam Staudte [GRÜNE]: Das ist doch jetzt Haarspalterei!)

Wenn nicht klargestellt werden kann, wie Ihre Rolle dort gewesen ist, dann stelle ich fest, dass Sie hier wieder Dinge zum Besten gegeben haben, die nicht den Tatsachen entsprechen. Das kann sich dieses Parlament von Ihnen nicht gefallen lassen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wenn Sie uns auffordern, es nachzulesen, und sagen, wir hätten das im Internet verfolgen können, während Sie aber durch Herrn Minister Schneider eine Protokollerklärung haben abgeben lassen, weil Sie offensichtlich nicht mehr da waren - einen anderen Grund kann es dafür ja nicht gegeben haben -,

(Jens Nacke [CDU]: Früher Feierabend!)

kann ich nur sagen: Dann haben Sie vielleicht nicht nur Ihre Pflicht nicht getan, weil Sie bei dem Punkt nicht dageblieben sind, sondern Sie haben auch das Parlament wieder einmal nicht vernünftig unterrichtet. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen, Herr Meyer. Dafür haben Sie sich hier zu entschuldigen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Miriam Staudte [GRÜNE]: Sturm im Wasserglas!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Herr Minister Meyer, Sie haben das Wort. Bitte sehr.

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Bundesrat - ich glaube, sogar im Bundestag, aber nicht im Landtag; darüber wollen wir jetzt aber nicht diskutieren - gibt es die Möglichkeit, Reden zu Protokoll zu geben.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Sie haben gesagt, Sie haben die Rede gehalten!)

Das ist dann keine Protokollerklärung, sondern das ist eine formell gehaltene Rede.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Sie ist dann Teil des Redeprotokolls. Das ist dann so.

(Ulf Thiele [CDU]: Sie haben gesagt, wir hätten uns das Video im Livestream anschauen können! - Weitere Zurufe von der CDU)

Es ist im Bundesrat üblich, dass Minister Reden von anderen zu Protokoll geben. Ich verstehe mich mit Peter-Jürgen Schneider gut, und z. B. bei der Wohnimmobilienkreditrichtlinie haben wir die gleiche Haltung. Es war eine ausgefertigte Rede, aber keine Protokollerklärung, wie es sie auch gibt. Das

machen Länder so. Reden - das ist ganz üblich, und das war auch in Ihrer Regierungszeit so - kann man im Bundesrat zu Protokoll geben.

(Christian Dürr [FDP]: Aber wie kann man die im Livestream anschauen? -
Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Aber wie kann man die im Video sehen?)

In diesem Fall ist es so. Diese Reden gelten formal als gehalten. Sie stehen dann auch im Protokoll. Man kann das mitbekommen, wenn man sich die Sitzung anschaut. Dann würde es heißen: Eine Rede von Minister Meyer wird zu Protokoll gegeben. Das ist das übliche Verfahren.

Ich kann ja Ihre Aufregung verstehen. Weil: Lesen Sie noch einmal nach! Lesen Sie noch einmal nach! - Sie haben gesagt, wir hätten nichts getan. Es bleibt weiterhin so: Obwohl wir das alles gemacht haben und all die Änderungsanträge gestellt haben, gab es von Ihnen keine Reaktion.

Von daher bleibt es dabei, dass wir dort eine Rede zu Protokoll gegeben haben, und damit gilt sie im Bundesrat als gehalten. Im Landtag ist das anders.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Christian Dürr [FDP]: Wie kann man die im Video ansehen, Herr Meyer? Sagen Sie das doch einmal! Reden Sie doch nicht um den heißen Brei herum! Sie haben hier wieder die Unwahrheit gesagt! Sie können sich doch als Regierungsmitglied nicht hier hinstellen und ständig die Unwahrheit sagen! Das geht nicht! - Gegenruf von Belit Onay [GRÜNE]: Solche Reden halten, aber sich über unseren Antrag aufregen!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Meine Damen und Herren, jeder hat die Möglichkeit, sich zu Wort zu melden. Das ist auch geschehen. Jetzt rufe ich einmal die Reihenfolge der Wortmeldungen zur Geschäftsordnung auf: Kollege Hilbers, Kollege Nacke und Kollege Bode. Ob es weitere Wortmeldungen gibt, werden wir sehen. - Bitte schön, Herr Kollege Hilbers!

(Zuruf von der SPD: Er soll sich jetzt entschuldigen!)

Reinhold Hilbers (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das was Minister Meyer hier abgeliefert hat, passt auf keine Kuhhaut.

(Zustimmung bei der CDU - Widerspruch von den GRÜNEN - Filiz Polat [GRÜNE]: So ist das, wenn man nicht mehr weiter weiß!)

Er hat hier gestern in aller Deutlichkeit behauptet - - -

(Zuruf von den GRÜNEN: Sie sind ja dumm, Herr Hilbers! - Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Meine Damen und Herren, ich wiederhole meine Auffassung: Sie können Zwischenrufe machen, wie Sie wollen. Aber wenn der Redner nicht zu Wort kommt, muss ich eingreifen.

Er kommt jetzt zu Wort - dafür werde ich sorgen -, so wie alle Redner, die sich möglicherweise noch melden, auch zu Wort kommen werden.

Herr Hilbers, Sie haben jetzt das Wort, und Sie können jetzt zur Geschäftsordnung reden.

Reinhold Hilbers (CDU):

Danke, Herr Präsident. - Herr Meyer, das war mehr eine Ausrede als eine Erklärung, was Sie hier abgeliefert haben.

(Zurufe von den GRÜNEN: Nein!)

- Natürlich!

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ich lese das noch einmal vor. Vielleicht darf ich das einfach noch einmal vortragen. Herr Meyer hat hier gesagt, die Sitzungen des Bundesrates würden ja nicht nur im Internet übertragen; man könne sie sogar im Protokoll nachlesen.

(Beifall bei der CDU - Anja Piel [GRÜNE]: Ja, das ist doch alles, was Sie brauchen! - Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Er hat behauptet, wir hätten es uns sogar im Internet anschauen können. Alles was wir gesehen hätten, wäre wahrscheinlich der Rücken von Agrarminister Meyer gewesen, als er die Sitzung frühzeitig verlassen hat. Es kann doch nicht wahr sein, dass der Minister uns hier abfrühstücken will mit einer - - -

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Anja Piel [GRÜNE]: Das ist Wortklauberei! Das ist albern, ehrlich! - Weitere

Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

- Das ist nicht Wortklauberei. Was Ihr Minister macht, ist professionelles Anschein-Erwecken. Er behauptet, er habe dort eine Rede gehalten, hat aber gar keine gehalten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Fortgesetzte Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Meine Damen und Herren, wir sind jetzt in der Situation, in der der Redner nicht zu Wort kommt. Wer jetzt weiter den Redner so stört, dass er nicht zu Wort kommt, dem erteile ich einen Ordnungsruf! Andere Möglichkeiten haben wir heute nicht. Deswegen werden wir genau verfolgen, wer jetzt den Redner an seinem Wortbeitrag hindert.

(Detlef Tanke [SPD]: Aber man könnte es verstehen! - Weitere Zurufe von der SPD)

Bitte sehr, Herr Hilbers, 3:40 Minuten!

Reinhold Hilbers (CDU):

Meine Damen und Herren, auch Sie von Rot-Grün können sich das doch nicht gefallen lassen, wenn hier jemand auftritt und sagt, er habe dort eine Rede gehalten, obwohl er von Minister Schneider lediglich einen Zettel hat abgeben lassen.

(Anja Piel [GRÜNE]: Herr Hilbers! - Zurufe von den GRÜNEN)

Dann sage ich hier: „Ich habe dort eine Rede zu Protokoll gegeben“ und nicht: „Ich habe dort eine Rede gehalten“, und verweise auch noch auf den Livestream.

(Anja Piel [GRÜNE]: Das ist nur, weil Sie die Gepflogenheiten des Bundesrats nicht kennen! Das gerät ja hier zum Klamauk!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bleibe dabei: Agrarminister Meyer hat wieder einmal dem Parlament nicht die Wahrheit gesagt. Das ist Fakt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt zwei Wortmeldungen der CDU-Fraktion gehabt. Ich bin

gerade darauf hingewiesen worden, dass wir das nacheinander machen können. Es spricht nichts dagegen, Herr Geschäftsführer, dass eine Fraktion ständig zur Geschäftsordnung redet.

(Zuruf: Ja, zur Geschäftsordnung! Das muss dann wohl Tonne gewesen sein, oder?)

- Sie können sich ja gleich noch einmal melden.

Herr Nacke noch einmal. Ich weise darauf hin: Auch der zweite Redner ist von der CDU-Fraktion. Dann kommt Herr Bode, und dann schauen wir, ob Sie von den Regierungsfractionen etwas dazu sagen wollen. - Bitte sehr!

(Ottmar von Holtz [GRÜNE]: 30 Sekunden!)

Jens Nacke (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Meyer, Sie machen es sich an dieser Stelle etwas zu leicht.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Nein!)

Natürlich kennen auch wir die Abläufe im Bundesrat.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Nein! - Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

- Frau Kollegin Menge, Sie haben eben schon einen Zuruf getätigt der eines Ordnungsrufs würdig war. Sie können froh sein, dass der Herr Präsident das nicht gehört hat. Sie wissen das ganz genau.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

- Wenn der Zwischenruf erfolgt: „Herr Hilbers, Sie sind ja dumm!“, ist das eines Ordnungsrufs würdig. Oder wollen Sie das bestreiten? - Genau das hat Frau Menge eben dazwischengerufen.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Es ist nicht Ihre Aufgabe, den Kolleginnen zu drohen!
- Marco Brunotte [SPD]: Weggelaufen sind Sie!
- Zurufe von der SPD - Jörg Bode [FDP]: Aber solche Zurufe sind auch unmöglich!
- Gegenruf von Filiz Polat [GRÜNE]: Aber das ist die Aufgabe des Präsidiums und nicht die von Herrn Nacke!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Nacke, fahren Sie bitte fort!

Jens Nacke (CDU):

Frau Kollegin Polat, ich habe große Zweifel, ob Sie nun gerade diejenige sind, die das in dieser Form ansprechen muss. Denken Sie einmal ein bisschen zurück.

(Beifall bei der CDU - Filiz Polat [GRÜNE]: Das ist auch nicht Ihre Aufgabe! - Miriam Staudte [GRÜNE]: Was soll das denn schon wieder heißen? Mann, Mann, Mann! Das ist eine der ehrenhaftesten Abgeordneten hier! Da können Sie sich einmal eine Scheibe abschneiden, Sie immer mit Ihren aufgeblasenen Reden!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Kollege Nacke, ich darf Sie bitten, zur Geschäftsordnung zu sprechen. Das ist nämlich erforderlich, und das können Sie jetzt in dem üblichen Zeitrahmen tun. Bitte sehr!

Jens Nacke (CDU):

Ich will das tun, Herr Präsident, wenn mir dazu von SPD und GRÜNEN die Gelegenheit gelassen wird.

(Zuruf von der SPD: Oh!)

Herr Meyer, Sie machen es sich zu einfach. Natürlich kennen wir die Abläufe im Bundesrat. Deswegen wissen wir sehr genau, dass es einen entscheidenden Unterschied macht, ob sich eine Landesregierung entscheidet, nicht das Wort zu ergreifen, sondern die Rede lediglich zu Protokoll zu geben, oder aber ob sie sich bewusst entscheidet, zu einem Thema im Bundesrat zu sprechen, weil es ihr wichtig ist.

Sie haben versucht, hier am Rednerpult den Eindruck zu erwecken, dass sich die Landesregierung bei der Wohnimmobilienkreditrichtlinie besonders eingebracht hat.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Er hat sich für das Thema eingesetzt, da haben Sie noch alle geschlafen!)

Die Wahrheit ist, wie dem Protokoll zu entnehmen ist, dass Sie genau das nicht getan haben, dass Sie sich nicht gekümmert haben.

(Anja Piel [GRÜNE]: Herr Nacke, als wenn sich dieser Landwirtschaftsminister hinter der Hecke verschanzen

würde! Das ist nicht zu glauben! Das ist ein unhaltbarer Vorwurf! Ehrlich!

Damit haben Sie diesem Landtag die Unwahrheit gesagt. Das ist einfach so, und das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

Wir haben am Mittwoch über den laxen Umgang des Ministerpräsident mit der Wahrheit gesprochen, und heute haben wir Sie dabei erwischt, Herr Minister.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Nacke. - Jetzt hat sich für die FDP-Fraktion Herr Bode gemeldet. Herr Bode, bitte schön!

(Johanne Modder [SPD]: Er müsste eigentlich die Abläufe im Bundesrat kennen!)

Jörg Bode (FDP):

Frau Modder, keine Sorge. Die kenne ich. Ich habe im Bundesrat sowohl geredet als auch Reden zu Protokoll gegeben.

(Zurufe von der SPD: Oh! - Zuruf von Johanne Modder [SPD] - Gegenruf von Jens Nacke [CDU]: Mach Dich doch nicht lächerlich, Hanne! Du weißt genau, dass es etwas anderes ist!)

Das sind unterschiedliche Vorgänge.

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Meyer, es geht ja gar nicht um die Frage, ob Sie sich als zuständiger Ressortminister durch einen Entschließungsantrag im Bundesrat und auch durch Positionierungen zu dem Thema im Bundesrat eingebracht haben. Das ist unstrittig, weil Sie es getan haben. Das ist auch deshalb bemerkenswert, weil Sie damit sogar einmal das Richtige getan haben. Deshalb will man das hier auch durchaus anerkennen.

Tatsächlich aber geht es darum - das erleben wir nicht nur bei Ihnen, sondern auch bei anderen Mitgliedern der Landesregierung -, wie diese Landesregierung das Parlament unterrichtet, sei es in Antworten auf Mündliche oder Schriftliche Anfragen, oder sei es hier, von diesem Platz aus, in der Debatte.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Konkret!)

Dabei erfüllen Sie schlichtweg die Vorgaben, die für die Spielregeln zwischen Regierung und Parlament und zwischen Regierung und Opposition in der Verfassung festgeschrieben sind, erneut nicht.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie tun das ohne Not nicht.

(Wiard Siebels [SPD]: Das ist jetzt ein anderes Thema! Das hat mit dem anderen nichts zu tun!)

Sie wollten sich gestern in der Debatte noch einen Tuck besser darstellen, als es tatsächlich abgelaufen ist.

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN - Helge Limburg [GRÜNE]: Noch besser, als wir schon sind! Das geht doch gar nicht!)

- Herr Limburg, ich habe es doch gesagt: Es ist doch gar nicht zu kritisieren, dass sich Herr Minister Meyer bei dem Thema eingebracht hat. Aber als er sich dann noch besser darstellen wollte, hat er uns hier gesagt, er habe im Bundesrat das Wort ergriffen, um noch einmal Einfluss zu nehmen und eine Abstimmung zu beeinflussen, die nicht in unserem Sinne, nicht in Niedersachsens Sinne ausgegangen ist. Das hat er tatsächlich aber nicht getan. Das war eine - in Amerika würde man sagen - alternative Rede, die gehalten worden ist oder auch nicht gehalten worden ist. Es war aber nicht das, was hier im Plenum gestern von der Landesregierung tatsächlich gesagt worden ist.

(Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann übernimmt den Vorsitz)

Die Landesregierung muss schon sehr genau sein, wenn sie in der Debatte auf eine Frage eines Abgeordneten antwortet. Das gilt sowohl für den Ministerpräsidenten als auch für seine Minister. Ich stelle fest, dass Sie auch gestern erneut ohne Not diesem Anspruch nicht gerecht geworden sind, und fordere Sie, Herr Meyer, auf, einfach hier nach vorne zu kommen und zu sagen: Sorry, da habe ich gestern im Überschwang der Debatte vielleicht etwas ein bisschen falsch dargestellt, und ich korrigiere es, es war anders gemeint. - Das würde von Größe zeugen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wenn Sie einräumen würden, gestern einfach in einer freien Rede im Überschwang ein bisschen zu

viel gesagt zu haben, dann würden Sie wahrscheinlich sogar den Applaus des ganzen Hauses bekommen - wenn Sie diese Größe tatsächlich zeigen würden.

In Wahrheit kommen Sie heute hier her und sagen: „Na ja, da hat man jetzt vielleicht die Bundesratsabläufe falsch verstanden; eine Rede ist auch, wenn ich nicht rede. Eine Rede ist für mich auch, wenn Minister Schneider für mich einen Zettel abgibt“. Es war übrigens wahrscheinlich nicht einmal Minister Schneider, sondern es waren die Mitarbeiter der Verwaltung der entsprechenden Landesvertretung.

(Petra Tiemann [SPD]: Es wird ja immer abstruser!)

Von daher: Sie haben eben nicht die Größe! Weil Sie diese Größe nicht haben, führen wir hier diese Debatte. Am Ende kann man nur sagen: Entweder Sie kommen jetzt hier nach vorne und sagen schlicht und ergreifend „Da habe ich mich gestern vergaloppiert. Sorry. Es war anders gemeint“, oder aber aus Ziegen-Meyer ist Fake-Reden-Meyer geworden.

(Beifall und Heiterkeit bei der FDP und bei der CDU - Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Das hat aber lange gedauert, bis Sie diesen Begriff anbringen konnten!)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Im Rahmen dieser Debatte zur Geschäftsordnung, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat jetzt der Kollege Tonne das Wort.

(Ulrich Watermann [SPD]: Für den Begriff, den Herr Bode eben gewählt hat, haben andere hier schon einen Ordnungsruf gekriegt!)

Grant Hendrik Tonne (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich frage mich seit zehn Minuten, wie verzweifelt Sie eigentlich sein müssen, um hier am Freitagvormittag eine solche Geschäftsordnungsdebatte aufzuziehen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Reinhold Hilbers [CDU]: Textbaustein Nummer eins!)

Darüber hinaus, Herr Hilbers, sage ich Ihnen: Es ist eine Unverschämtheit, sich hier hinzustellen und entweder die Abläufe im Bundesrat nicht zu

kennen oder sie zu kennen, aber sie bewusst anders zu interpretieren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Frank Oesterhelweg [CDU]: Er hat einfach nur die Unwahrheit gesagt! Geben Sie das doch einmal zu!)

Ich rate Ihnen, bevor Sie sich hier das nächste Mal hinstellen und einen so peinlichen Auftritt hinlegen, nachzulesen, was er gesagt hat. Herr Meyer hat nämlich mit keinem Wort gesagt, dass man seine Rede hätte im Internet nachvollziehen können. Er hat gesagt: Die Reden des Bundesrates kann man auch im Internet sehen. - Das ist ein Unterschied. Sie vermischen das hier. Ich vermute, Sie machen das willentlich und wissentlich.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich will Ihnen noch etwas mitgeben - vielleicht ist auch das eine Neuerung -: Man kann gehaltene Reden nachlesen und man kann zu Protokoll gegebene Reden nachlesen. Herr Hilbers, beides ist möglich.

(Zuruf: Das kann man nicht erkennen!)

- Das ist richtig: Das kann man nicht sehen! - Aber beides ist eine Rede. Davon hat Herr Meyer gesprochen.

(Jörg Bode [FDP]: Aber es ist eben ein Unterschied!)

Ich sage es noch einmal: Die Verzweiflung auf Ihrer Seite muss wirklich groß sein.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Bode, in früheren Protokollen des Parlaments ist nachzulesen, dass für die Bezeichnung des Kollegen Meyer, Abgeordneter und Minister, als „Ziegen-Meyer“ ein Ordnungsruf erteilt wurde. Diesen erteile ich Ihnen auch.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Dann aber bitte auch für den Zwischenruf von Frau Menge! Das war ganz klar!)

Im Rahmen der Geschäftsordnungsdebatte hat jetzt der Kollege Limburg das Wort.

(Jens Nacke [CDU]: Herr Präsident, das ist eine totale Ungleichbehandlung! Frau Menge hatte gesagt, Herr Hilbers sei dumm! Dafür hat es keinen Ordnungsruf gegeben! Das ist eine totale Ungleichbehandlung!)

- Herr Kollege Nacke, wir müssen nicht feilschen. Ich kann als amtierender Präsident nur das würdigen, was zu meiner Sitzungsleitungszeit passiert. Das andere müssen Sie dann bitte an den Sitzungsleiter des vorigen Sitzungsleitungsabschnitts richten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Herr Präsident, fragen Sie sie, ob sie das gesagt hat!)

Jetzt hat der Kollege Limburg das Wort.

(Unruhe bei der CDU und bei der FDP)

- Jetzt warten wir, bis hier im Parlament Ruhe eingekehrt ist.

(Jens Nacke [CDU]: Das ist eine totale Ungleichbehandlung! - Ulf Thiele [CDU]: Immer das Gleiche!)

- Herr Kollege! - Jetzt bitte, Herr Limburg!

Helge Limburg (GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Nacke, Herr Dr. Birkner, angesichts der Bedeutung des Themas, das wir gerade diskutiert haben, rege ich an, dass Sie einen Untersuchungsausschuss oder Ähnliches beantragen, um diese wichtige Frage zu klären. Dann können wir jetzt hier in der Debatte weitermachen, und Sie können in irgendeinem abhörsicheren Raum im Keller dieses Gebäudes darüber diskutieren.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, es fällt mir schwer, ernst zu bleiben und die Empörung der Kolleginnen und Kollegen der Opposition auch nur im Ansatz nachzuvollziehen.

(Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Das ist so unfassbar lächerlich!)

Lieber Herr Hilbers, lieber Herr Nacke, lieber Herr Dr. Birkner, lieber Herr Bode, Sie alle sind - „leider“, muss man in einer solchen Situation sagen - nicht Mitglieder des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen. Dieser Ausschuss war vor

einiger Zeit in der Bundeshauptstadt Berlin. Dort ist auch der Sitz des deutschen Bundesrates. Wir haben eine Führung durch diesen Bundesrat und eine Erklärung der Prozeduren des Bundesrates genossen. Ich rege Ihnen allen an, so etwas auch einmal mitzumachen; denn dann hätten Sie, liebe Kollegen, wohl besser verstanden, was der Minister Ihnen gestern und heute erläutert hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es gab gestern eine Zwischenfrage zu einer Rede, die darauf zielte, was der Minister gemacht habe. Der Minister hat darauf hingewiesen, dass die Sitzungen des Bundesrates nicht nur im Internet zu finden sind, sondern auch nachgelesen werden können, und dass man dort eine Rede von ihm nachlesen kann.

(Jörg Bode [FDP]: Nein! Das hat er nicht gesagt! Er hat gesagt: Ich habe eine Rede gehalten! - Jens Nacke [CDU]: „Gehalten“ hat er gesagt!)

Er hat es Ihnen heute Morgen noch einmal erläutert und es, sofern es Missverständnisse gab, klargestellt. Damit ist es doch nun aber gut.

Ich kann die Strategie und Taktik hinter Ihren Beiträgen nicht so richtig verstehen. Wir haben heute erst wenige Tagesordnungspunkte geschafft. Es stehen noch Themen von der FDP auf der Tagesordnung, ein Punkt zum Wassergesetz von der FDP und der CDU, ein Entschließungsantrag der CDU zum Thema DITIB. Es sind doch genug Themen, mit denen Sie versuchen können, in der Öffentlichkeit zu landen. Den Sinn, mit dieser Geschäftsordnungsdebatte zu versuchen, in der Öffentlichkeit Erfolg zu haben, kann ich nicht nachvollziehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben hier häufig über den Wert von Parlamentarismus und Demokratie und über die wichtige Bedeutung von Parlamentsrechten gestritten.

(Detlef Tanke [SPD]: Genau!)

Wer an einem solchen - es fällt mir schwer, ein parlamentarisch zulässiges Wort dafür zu finden -

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Punkt allen Ernstes in der Lage ist, sich hier so zu echauffieren und eine Grundsatzdebatte über Rechte von Opposition und Parlament hochzuzie-

hen, der schadet in Wahrheit genau diesem Parlamentarismus, den er vorgibt schützen zu wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Detlef Tanke [SPD]: Bravo!)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Wir sind uns nicht ganz im Klaren, ob es weitere Wortmeldungen zum Antrag von Herrn Hilbers zur Geschäftsordnung gibt. - Ja, das war so. Bitte, Herr Hilbers! Dann haben auch Sie noch einmal das Wort.

(Detlef Tanke [SPD]: Herr Hilbers! - Wiard Siebels [SPD]: Der will sich jetzt entschuldigen!)

Reinhold Hilbers (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Tonne, was Sie hier vorgetragen haben, glich mehr einem Textbaustein dessen, was Sie schon bei früheren Anlässen, bei denen wir hierüber gesprochen haben, ausgeführt haben.

(Wiard Siebels [SPD]: Diese Rede haben Sie schon zehnmal gehalten!)

Ich will nur der Klarheit wegen einmal sagen, was im Protokoll steht.

(Johanne Modder [SPD]: Ist das jetzt eine Bewerbungsrede? - Miriam Staudte [GRÜNE]: Es zum dritten Mal vorzulesen, macht es auch nicht besser!)

- Vielleicht hören Sie einfach zu! Ich zitiere aus dem vorläufigen Protokoll. Meyer:

„Ich habe da sogar eine Rede gehalten, in der ich auf diese Problematik hingewiesen habe.“

Richtig hätte es heißen müssen: Ich habe da eine Rede zu Protokoll geben! - Das soll Herr Meyer hier wenigstens klarstellen.

(Zurufe von der SPD und den Grünen - Detlef Tanke [SPD]: Ich empfehle da die Sendung mit der Maus!)

Er soll sich heute dafür entschuldigen, dass das Parlament hier falsch unterrichtet worden ist.

(Anja Piel [GRÜNE]: Die Rede gilt als gehalten, wenn sie zu Protokoll gegeben ist! - Gegenruf von Jens Nacke [CDU]: Ihr könnt diese Trickserie doch

nicht gutheißen! Er hat keine Rede gehalten! Das wisst ihr!)

- Genau! Wenn es nicht schon zum wiederholten Mal so gewesen wäre, hätte es gar nicht für so viel Aufsehen gesorgt. Wir haben es hier doch schon häufiger erlebt - nicht nur bei Agrarminister Meyer, auch bei anderen -, dass das Parlament nicht korrekt unterrichtet worden ist und dass diese Landesregierung es bei der Unterrichtung des Parlaments mit der Wahrheit nicht so genau nimmt.

Das ist der Punkt, den Sie klarzustellen haben. Weil eine Frage nicht korrekt beantwortet worden ist, erwarte ich eine Entschuldigung von Agrarminister Meyer - hier und heute!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, alle die vom § 75 Gebrauch machen wollten, haben das Wort bekommen, alle haben die Redezeit eingehalten. Es sind keine Anträge gestellt, sondern Appelle geäußert worden.

Weitere Wortmeldungen zur Geschäftsordnung, so stelle ich fest, gibt es nicht, sodass wir nach dieser Geschäftsordnungsdebatte die Tagesordnung fortsetzen.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 30:

Erste Beratung:

Bildung von Eigentum erleichtern - Für einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/7419

Zur Einbringung dieses Antrages erteile ich der FDP-Fraktion das Wort. Es spricht der Kollege Christian Grascha.

(Unruhe)

- Nach der Aufregung der Geschäftsordnungsdebatte, Herr Grascha, warten Sie jetzt so lange, bis Ruhe im Saal eingekehrt ist und die, die weiter diskutieren wollen, den Saal verlassen haben. Sie haben es verdient, für diesen Sachbeitrag zu Ihrem Entschließungsantrag das Gehör des Hauses zu finden. Das geht nur, wenn störende Unruhe unterbleibt.

Ruhe ist jetzt weitgehend hergestellt. Herr Grascha, Sie haben das Wort!

Christian Grascha (FDP):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Bundesrepublik Deutschland ist traditionell eher eine Mieternation. Die Eigentumsquote in unserem Land liegt bei lediglich 45 %. Das ist im OECD-Vergleich ein relativ geringer Wert. Nur die Schweiz lassen wir unter den vergleichbaren Ländern noch hinter uns.

Diese Quote stagniert bedauerlicherweise seit 2010, obwohl wir ein wirtschaftliches Umfeld mit vielen sicheren Arbeitsplätzen und zusätzlichen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen haben und aufgrund der Niedrigzinsphase das Baugeld so günstig ist wie nie.

Trotz dieser traumhaften Rahmenbedingungen für mehr Eigentum stagniert die Quote seit 2010. Gerade für einkommensschwächere Gruppen sehen die Zahlen noch schlechter aus. Seit 1990 geht die Zahl der Eigentümer bei der einkommensschwächeren Gruppe sogar zurück. Um 8 % ist die Anzahl der Eigentümer seit 1990 gesunken.

Auch in Niedersachsen ist die Situation so, dass wir hier über mangelnden Wohnraum diskutieren müssen. Der Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft hat sich am 23. Februar in der HAZ wie folgt eingelassen: Es fehlen zusätzliche Wohnungen, es fehlt zusätzlicher Wohnraum, gerade für Menschen mit kleinen Einkommen. Der Bedarf wird hier auf 40 000 Wohnungen geschätzt.

Deswegen ist das Ziel unserer Fraktion, dass jeder hier in diesem Land die Möglichkeit haben muss, Eigentum zu erwerben, in den eigenen vier Wänden zu wohnen. Das ist es ein wichtiger Baustein. Gerade mit Blick auf die Altersvorsorge ist es ein politisches Ziel, es nicht nur Spitzenverdienern zu ermöglichen, in den eigenen vier Wänden zu wohnen. Es muss auch jungen Familien mit geringerem Einkommen möglich sein, in den eigenen vier Wänden zu leben.

Es stellt sich die Frage: Woran liegt das eigentlich? - Es liegt daran, dass ein relativ hoher Kapitalbedarf besteht. Die Banken setzen entsprechende Quoten für benötigtes Eigenkapital fest, und dazu kommen Nebenkosten, die das Ganze noch schwieriger machen. Der Notar muss bezahlt werden, der Makler muss bezahlt werden, und der Staat greift hier auch noch zu - die Grunderwerbsteuer muss bezahlt werden.

Um einen internationalen Vergleich zu bringen: Beim Erwerb einer Immobilie im Wert von 250 000 Euro betragen die Nebenkosten z. B. in unserem

Nachbarland der Niederlande 6 500 Euro. In Deutschland betragen die Nebenkosten 29 000 Euro. Sie sind also deutlich höher als in den Niederlanden. Diese 29 000 Euro müssen zusätzlich zum Eigenkapital, das sowieso zur Verfügung stehen muss, gezahlt werden.

Das ist für viele, insbesondere junge Familien, eine massive Hürde. Diese Hürde muss gesenkt werden, und die Möglichkeiten zur Eigentumsbildung müssen verbessert werden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die Grunderwerbsteuer ist hierbei ein massiver Kostentreiber. Die Entwicklung der Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer seit 2005 ist massiv. Von 2005 bis heute gibt es bundesweit eine 160-prozentige Steigerung der Grunderwerbsteuereinnahmen: von 4,8 Milliarden Euro auf 12,4 Milliarden Euro. Deswegen muss, so fordern wir, ein Teil dieser Steuermehreinnahmen an die Mitte der Gesellschaft zurückgegeben werden, damit Eigentumsbildung erleichtert wird.

Die Grunderwerbsteuer ist - das wird durch diese Zahlen deutlich - tatsächlich nur eine fiskalische Einnahmequelle für den Staat. Normalerweise sollen Steuern auch eine Lenkungswirkung haben, bzw. es soll das Leistungsfähigkeitsprinzip gelten. Das alles spielt bei der Grunderwerbsteuer aber keine Rolle; denn sie ist, jedenfalls in dieser Höhe, weder gerecht noch gerechtfertigt. Der einzige Grund ihrer Erhebung ist, Einnahmen für den Staat zu generieren, also ein ausschließlich fiskalischer Grund.

Deswegen schlagen wir eine zielgerichtete Förderung vor, und zwar einen Freibetrag in Höhe von 500 000 Euro für die erste privat genutzte Immobilie einzuführen. Das würde die Eigentumsbildung erleichtern. Wir als Freie Demokraten wollen kein Volkseigentum, sondern wir wollen ein Volk von Eigentümern.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP-Fraktionen in den Landtagen haben deswegen eine Studie beim Institut der Deutschen Wirtschaft in Auftrag gegeben. Darin werden verschiedene Möglichkeiten aufgeführt, wie die Eigentumsbildung durch Veränderungen bei der Grunderwerbsteuer verbessert werden kann. Die favorisierte Variante ist, wie gesagt, der Freibetrag in einer Größenordnung von 500 000 Euro.

Um das Steuererhöhungsrisiko möglichst zu minimieren - denn wenn ein Freibetrag eingeführt wür-

de, könnte das die Bundesländer ja motivieren, an der Steuerschraube zu drehen -, schlagen wir eine bundeseinheitliche Regelung vor. Es muss ein bundeseinheitlicher Freibetrag eingeführt werden, und der Bund muss sich an den Minderausgaben in der Größenordnung von den ursprünglichen 3,5 % beteiligen. Das würde das Risiko weiterer Steuererhöhungen deutlich reduzieren.

Jetzt stellt sich die Frage, wie andere unseren Vorschlag bewerten. Und da erfahren wir doch eine breite Zustimmung: Haus & Grund im Bund, aber auch in Niedersachsen unterstützt den Vorschlag der FDP-Fraktion. Der Bund der Steuerzahler begrüßt unsere Initiative, die Belastungen von Familien beim Grunderwerb zu reduzieren und die Eigentumsbildung zu vereinfachen. Und wenn ich es richtig gelesen habe, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, dann steht auch in Ihrem Programmentwurf, dass zumindest in Erwägung gezogen wird - das befindet sich ja in den Parteien noch in der Diskussion -, einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer einzuführen.

Das alles sind positive Signale, deswegen sind wir fest davon überzeugt, dass unsere Initiative tatsächlich die Chance bietet, ein breites Votum hier im Haus zu finden, um die Eigentumsbildung zu erleichtern.

Ich will das abschließend anhand eines persönlichen Beispiels deutlich machen. Ich hatte vor Kurzem Kontakt mit einer Familie aus dem Landkreis Northeim, die sich in einer relativ klassischen Situation befand: Es handelt sich um eine vierköpfige Familie. Der Mann arbeitet in der Industrie. Die Frau ist zurzeit in Elternzeit. Die Tochter ist vier Monate alt, und der Sohn ist vier Jahre alt.

Diese Familie wollte sich ein Einfamilienhaus für 200 000 Euro kaufen. Sie ist zu ihrer Bank gegangen, die gesagt hat: Sie brauchen ungefähr 40 000 Euro Eigenkapital. - Dann haben sie ausgerechnet, dass zusätzlich zu dem Eigenkapital, das die Bank fordert, noch Nebenkosten dazukommen, und zwar in einer Größenordnung von ungefähr 20 000 Euro. Das heißt, sie brauchten Eigenkapital in einer Höhe von insgesamt 60 000 Euro.

Diese Familie hat sich in den letzten Jahren sehr mühsam, auch mit der Unterstützung der Eltern, Eigenkapital in einer Größenordnung von 50 000 Euro angespart. Für diese Familie war es aber zu diesem Zeitpunkt nicht möglich, Eigentum zu erwerben.

Für genau diese Menschen haben wir diese Initiative ergriffen. Wir wollen es auch diesen Menschen ermöglichen, in den eigenen vier Wänden zu leben.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Grascha. - Das Wort hat jetzt für die SPD-Fraktion Herr Kollege Frank Henning.

Frank Henning (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP, so haben wir gerade gehört, sorgt sich um junge Familien und möchte deshalb die Grunderwerbsteuer mit einem Freibetrag von 500 000 Euro versehen und damit faktisch abschaffen.

(Jörg Hillmer [CDU]: Warum das denn?)

Junge Familien müssten angeblich wegen der Grunderwerbsteuerbelastung - das haben wir gerade sehr plastisch von Ihnen geschildert bekommen, und jetzt zitiere ich wörtlich aus Ihrem Antrag - „entweder Abstriche beim Objekt oder der Lage machen, stärker kreditfinanzieren oder auf das Eigentum verzichten.“ Ob das so ist, will ich einmal dahingestellt sein lassen, Herr Grascha.

(Christian Dürr [FDP]: Sie sind so weit weg von der Mitte!- Jörg Bode [FDP]: Das ist so! - Christian Grascha [FDP]: Mit Ihrer Abgeordnetendiät können Sie sich das natürlich leisten!)

- Sie können sich ja gleich noch zu Wort melden, Herr Kollege.

Viel interessanter finde ich zunächst einmal, dass diese Aussage gar nicht von der FDP-Landtagsfraktion stammt, sondern im Original eine wörtliche Aussage von Kai Warnecke, Präsident von Haus & Grund Deutschland, ist. Das heißt, die Idee zu diesem Antrag stammt gar nicht von Ihnen selbst, Herr Grascha, sondern Sie kopieren wörtlich, übernehmen die Forderung von Haus & Grund und verkaufen das als Ihren Antrag, mit dem Sie das ganze Land Niedersachsen beschäftigen.

Gleichlautende bzw. ähnliche Anträge, von Haus & Grund abgekupfert, befinden sich in der Beratung in den Landtagen von Bremen, Berlin, Rheinland-Pfalz, Hamburg und Hessen, zum Teil interessanterweise wortgleich oder zumindest ähnlich, einge-

bracht von den jeweiligen Landtagsfraktionen der AfD.

Wenn man sich Ihrem Antrag inhaltlich nähern will, kann man das aus meiner Sicht aus zweierlei Perspektive tun: zum einen aus fiskalischer Sicht mit Blick auf den Landeshaushalt, zum anderen aber auch aus Sicht der betroffenen Familien.

Aus Sicht des Landeshaushalts ist zunächst einmal festzustellen, dass wir beispielsweise im Ist 2016 immerhin 908 Millionen Euro an Grunderwerbsteuereinnahmen zu verzeichnen hatten. Damit ist die Grunderwerbsteuer eine der wichtigsten Einnahmequellen des Landes Niedersachsen.

Sie wollen nach Ihren Berechnungen durch Einführung eines Grunderwerbsteuerfreibetrages von 500 000 Euro auf etwa 102 Millionen Euro im Landeshaushalt verzichten. Damit machen Sie vor allem ein Geschäft zulasten Dritter. Der Bund soll nämlich die Einnahmeausfälle des Landes mit 239 Millionen Euro kompensieren. - Na, herzlichen Glückwunsch, meine Damen und Herren! Der Bund wird sich bei Ihnen bedanken, und Finanzminister Schäuble wird „Hurra!“ schreien, wenn er hört, dass Sie ihm diese 239 Millionen Euro abnehmen wollen.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Ihnen sind die Familien egal?)

Aus meiner Sicht ist das abenteuerlich, was Sie da vorschlagen. Mit seriöser Finanzpolitik hat das nichts mehr zu tun. Sie wollen Ihre Steuergeschenke auch noch durch Dritte finanzieren lassen. Diese Geschäfte zulasten Dritter werden wir nicht mitmachen.

(Christian Grascha [FDP]: Für das Klientel der jungen Familien!)

Übrigens zur Klarstellung, Herr Grascha: Sie haben ja vorhin gesagt, die Grunderwerbsteuer sei nicht rechtens.

(Christian Grascha [FDP]: Das habe ich gar nicht gesagt!)

- Herr Grascha, melden Sie sich doch bitte einfach zu Wort, und seien Sie nicht so aufgeregt!

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Es war die CDU/FDP-Landesregierung, die den Grunderwerbsteuersatz im Jahre 2011 von 3,5 % auf 4,5 % erhöht hat. Wir haben ihn 2013 lediglich um einen halben Prozentpunkt auf 5 % aufgerundet.

(Christian Grascha [FDP]: Sie haben doch noch viel mehr gefordert!)

Wenn Sie sich wirklich um die jungen Familien in diesem Land sorgen würden, dann hätten Sie bereits 2011 Ihre Steuererhöhungspolitik einstellen können, meine Damen und Herren.

Nebenbei bemerkt, Herr Grascha: Welchen Teil des Sozialstaats haben Sie eigentlich nicht verstanden? - Sie fordern einen Freibetrag von 500 000 Euro: Was für Wohnungen sollen das eigentlich sein? - Fragen Sie doch mal unseren jungen Kollegen Max Schmidt - er ist leider gerade nicht hier -, der sich gerade im ländlichen Raum von Celle ein schmuckes Einfamilienhaus baut, was er gedenkt, für sein Haus auszugeben, oder fragen Sie eine junge Familie, was sie überhaupt für ein Einfamilienhaus ausgeben kann. Aber selbst in Ballungsräumen wie Osnabrück sind 500 000 Euro eher dem gehobenen Luxussegment zuzuordnen. Den Normalverdiener, den kleinen Häuslebauer, haben Sie doch gar nicht im Blick.

In Wahrheit geht es Ihnen wieder einmal um Interessenpolitik zugunsten einer gut verdienenden Mövenpick-Klientel, der Sie beim Erwerb ihrer Luxusimmobilien auch noch die Grunderwerbsteuer schenken wollen.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Eine Familie? Wie reden Sie denn über die Leute? Wie reden Sie denn über die Bürger?)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Henning, Herr Grascha möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen.

Frank Henning (SPD):

Betrachten wir doch erst einmal - - -

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Grascha möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen.

Frank Henning (SPD):

Nein, das möchte ich nicht.

(Zuruf von der CDU: Ich dachte, er soll sich melden! Jetzt macht er es, und das ist auch verkehrt!)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Aber ich muss zunächst die Möglichkeit haben, das zu fragen. - Jetzt dürfen Sie fortsetzen, wenn Sie das verneinen.

Frank Henning (SPD):

Sie haben die Lenkungsmöglichkeiten angesprochen. Sie wollen angeblich junge Familien dadurch fördern, dass Sie ihnen die Grunderwerbsteuer in Höhe von 5 % erlassen. Nehmen wir einmal an, dass sich eine junge Familie in Osnabrück ein Einfamilienhaus für 300 000 Euro kauft. Dann macht die Grunderwerbsteuer 15 000 Euro aus. Bei einer angenommenen Kreditfinanzierung dieses Bauvorhabens, die üblicherweise 30 Jahre läuft und 1 % Tilgung umfasst sowie eine geschätzte Zinsbelastung in Höhe von 2 % bei 20-jähriger Zinsbindung, macht die Grunderwerbsteuer kreditfinanziert genau 37,50 Euro im Monat aus.

(Christian Grascha [FDP]: Das ist eine Menge Geld für viele!)

Glauben Sie ernsthaft, dass ein junger Familienvater in 37,50 Euro im Monat einen Anreiz zur Eigentumbildung sieht?

(Christian Grascha [FDP]: Das ist eine Menge Geld für viele Menschen!)

Das ist absolut lächerlich.

(Christian Grascha [FDP]: So was Arrogantes! So was Abgehobenes! Man, man, man, was ist das für ein Schwachsinn!)

Sie erreichen überhaupt keine Lenkungswirkung, sondern Sie produzieren Mitnahmeeffekte für Ihre Mövenpick-Klientel.

Einen weiteren Aspekt gilt es zu beachten. Sie werden auch sonst nicht müde, Herr Grascha, vor ausufernder und überbordender Bürokratie zu warnen. Aber wenn es um Ihre Klientel beim Kauf von Luxuswohnungen geht, wollen Sie dieses Bürokratiemonster offensichtlich gar nicht sehen.

(Christian Dürr [FDP]: Eine ganz normale Familie! Die Mitte der Gesellschaft!)

Wer soll, wenn man z. B. einmal im Leben eine Eigentumswohnung zum Selbstbewohnen kauft, überwachen, unter welchem Namen und in welcher Stadt das der Fall war und ob Ihr steuerpolitisches Geschenk entgegengenommen wurde? Was

ist, wenn die Wohnung ursprünglich zum Selbstbewohnen gedacht war und am Ende doch vermietet wird?

(Christian Dürr [FDP]: Ihre Rede muss man ganz dringend veröffentlichen! - Christian Grascha [FDP]: Sie sind so abgehoben!)

Sie schlagen eine Beschäftigungstherapie für Finanzbeamte vor, die landauf, landab schauen können, was aus diesen Leuten und aus diesen Wohnungen eigentlich geworden ist.

Sie schreiben, Sie wollen die Bildung von Eigentum und Vermögen erleichtern.

(Christian Dürr [FDP]: Sie wollen keine Menschen mit Eigentum!)

Genau diese Vermögens- und Eigentumbildung breiter Bevölkerungsschichten ist unser Ziel.

(Christian Dürr [FDP]: Sie wollen die Menschen am Tropf der Sozialleistungen haben! Das ist Ihr Ziel!)

Man erreicht es aber nicht, indem man Bauwillige um 37 Euro im Monat bereichert, sondern man erreicht es nach fester Überzeugung der SPD-Fraktion, indem man dort ansetzt, wo Vermögen und Eigentum gebildet werden können, nämlich bei der Arbeit.

Deshalb steht die SPD für gute Arbeit, die anständig bezahlt werden muss. Eine unserer ersten Maßnahmen war die Einführung des Mindestlohns. Sie hat nämlich wirklich etwas gebracht. Mit dieser Maßnahme und vielen anderen Maßnahmen betreibt man Vermögensbildung, und man macht es nicht so, wie Sie es wollen, indem man Vermögen einfach steuerlos verschiebt.

(Christian Dürr [FDP]: Durch den Mindestlohn betreibt man Vermögensbildung? Was ist das denn für ein Quatsch? Man kann mit dem Mindestlohn doch kein Vermögen aufbauen! Sie sind Lichtjahre von der Realität der Menschen entfernt!)

Die SPD-Fraktion unterstützt darüber hinaus den Vorstoß unserer Bundestagsfraktion.

(Christian Dürr [FDP]: Sie wollen Mieter, keine Eigentümer - schon klar!)

- Herr Dürr, es wäre schön, wenn Sie zuhören würden, anstatt immer nur dazwischenzuquatschen.

Wir unterstützen den Vorstoß unserer Bundestagsfraktion, die Rechte der Mieterinnen und Mieter zu stärken und die Behandlung der Nebenkosten beim Immobilienkauf zu reformieren. Wir wollen nämlich Familien und Normalverdiener entlasten.

(Christian Dürr [FDP]: Nur die Mieter, nicht die Eigentümer - schon klar!)

Das Prinzip bei den Maklergebühren, die übrigens deutlich höher sind, als die von Ihnen genannte Grunderwerbsteuer in Höhe von 5 %, „Wer bestellt, der bezahlt“, soll künftig auch bei Kaufverträgen gelten. Die Gebühren sollen also entsprechend getragen werden. Wir begrüßen das außerordentlich.

Im Übrigen begrüßen wir den Vorschlag aus Berlin, eine Pauschalierung der Höhe der Kosten für Notare und Grundbucheintragungen vorzunehmen. Sie könnten auch darüber nachdenken, ob das der richtige Weg sein könnte.

Meine Damen und Herren, der soziale Wohnungsbau wird in Niedersachsen zukünftig verstärkt durch Tilgungszuschüsse gefördert. Die Wohnraumförderbestimmungen sollen angepasst werden. Der Sozialausschuss hat in diesen Tagen entsprechende Entwürfe des Änderungserlasses erhalten. Für diese Tilgungszuschüsse stellt der Bund für die Jahre 2017 und 2018 weitere Fördergelder in Höhe von 46 Millionen Euro bereit. Barbara Hendricks hat zugesagt, dieses Geld zu überweisen.

(Zurufe von der CDU)

Bereits in den vergangenen beiden Jahren wurden durch diese Landesregierung die Mittel für den sozialen Wohnungsbau auf fast 400 Millionen Euro aufgestockt. Bis zum Jahr 2019 stehen für die soziale Wohnraumförderung somit mehr als 800 Millionen Euro Landes- und Bundesmittel zur Verfügung.

(Zurufe von Reinhold Hilbers [CDU] und Dr. Max Matthiesen [CDU])

Das ist eine enorme Steigerung im Vergleich zur CDU/FDP-Vorgängerregierung, die für den sozialen Wohnungsbau nur 40 Millionen Euro zur Verfügung gestellt hat.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Alles aus Berlin!)

Wir brauchen diese Mittel dringend, um bezahlbaren Wohnraum für Familien und andere Haushalte zu schaffen, die sich Ihre teuren Luxuseigentumswohnungen mit Preisen von 500 000 Euro niemals leisten und von der Abschaffung der Grunderwerbsteuer niemals werden profitieren können.

(Christian Grascha [FDP]: Das ist alles ganz unbürokratisch!)

- Herr Grascha, den Rest diskutieren wir im Haushaltsausschuss.

(Christian Grascha [FDP]: Sie sind richtig peinlich! Wissen Sie das? - Christian Dürr [FDP]: Ich lasse mir später erstmal das Protokoll geben!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Henning. - Auf Ihre Rede hin hat sich der Kollege Grascha für eine Kurzintervention zu Wort gemeldet. Dazu haben Sie, Herr Grascha, jetzt die Gelegenheit. Sie kennen die entsprechenden Regeln der Geschäftsordnung. Bitte!

Christian Grascha (FDP):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ihre Rede, Herr Henning, hat gezeigt, wie weit Sie eigentlich von den Menschen weg sind.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Sie reden hier mit Blick auf die Einführung des Mindestlohns in Höhe von 8,50 Euro pro Stunde davon, dass sich die Menschen damit Vermögen bilden könnten. Soll ich Ihnen einmal sagen, wie viel Bruttoeinkommen eine Tätigkeit zum Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro pro Stunde erbringt?

(Zuruf von der SPD: Ach, das wissen Sie?)

Das ergibt ein Bruttoeinkommen in Höhe von 1 360 Euro.

(Christian Dürr [FDP]: Davon soll jemand Vermögen bilden können? Das ist doch absurd!)

Wie soll man damit Vermögen bilden, geschweige denn Eigentum erwerben? - Das ist doch so weit weg von den Menschen! Das ist die ehemalige Arbeiterpartei SPD!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Aber ich habe mich noch aus einem anderen Grund zu Wort gemeldet. Wir haben nämlich eine Studie beim Institut der Deutschen Wirtschaft in Auftrag gegeben.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Seid ihr jetzt für einen höheren Mindestlohn, oder was ist der Hintergrund?)

Darin ist uns der Vorschlag gemacht worden, dass ein Freibetrag für Käufe in einer Größenordnung von 500 000 Euro eingeführt werden könnte.

Ihrer Argumentation nach ist es möglich, über einen Freibetrag in einer Größenordnung von 200 000 Euro oder 300 000 Euro zu sprechen. Damit sind wir sofort einverstanden. Wenn das die einzige Kritik ist, die Sie an unserem Antrag haben, können wir sofort einen gemeinsamen Antrag beschließen.

Irgendwo muss man eine Grenze ziehen. Aber Ihre Vorwürfe, dass es um Luxuswohnungen geht, laufen komplett ins Leere. Uns geht es um die Mitte der Gesellschaft, um den ganz normalen Menschen, der morgens aufsteht, zur Arbeit geht und abends seine Kinder ins Bett bringt. Ihm soll es ermöglicht werden, in den eigenen vier Wänden zu leben.

Aber Sie sind offensichtlich so weit weg von den Menschen, dass man es gar nicht mehr beschreiben kann.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Henning möchte von der Möglichkeit der Erwidern Gebrauch machen. Auch Sie haben 90 Sekunden, Herr Henning.

Frank Henning (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer sich von der Gesellschaft entfernt hat, sieht man schon daran, dass Sie von der FDP sich plötzlich über den Mindestlohn Gedanken machen. Aber ohne uns gäbe es den Mindestlohn gar nicht. Sie haben den Mindestlohn damals abgelehnt; das will ich an dieser Stelle sehr deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD - Christian Dürr [FDP]: Sie reden von Vermögensbildung! Das ist Gaga, was Sie erzählen! Was für ein Abgeordneter sind Sie eigentlich? Das ist ja furchtbar! Und solche Leute stellt die SPD auf? Unfassbar!)

Dass Sie sich über den Mindestlohn Gedanken machen, ist der Witz schlechthin. - Ich habe das nur als Beispiel dafür gebracht, dass wir auf dem Arbeitsmarkt für die hart arbeitenden Menschen in diesem Land ein vernünftiges Entgelt zahlen müssen. Dann können sie sich von diesem Entgelt auch eine vernünftige Wohnung leisten.

Herr Grascha, 500 000 Euro? - Ich weiß nicht, wo Sie leben.

(Christian Dürr [FDP]: Es geht um „bis zu“ 500 000 Euro! Sie können nicht mal lesen! Welche Ausbildung haben Sie eigentlich?)

Bei einer Wohnung für 500 000 Euro handelt es sich für mich um eine Luxuseigentumswohnung.

(Christian Grascha [FDP]: Bis 500 000 Euro!)

Die bekommen Sie zwar in Osnabrück, aber das ist nur für ein bestimmtes Teilsegment finanzierbar.

(Zuruf von Christian Dürr [FDP])

- Melden Sie sich doch zu Wort, Herr Dürr! Es nervt mich wirklich, dass Sie nur noch dazwischenquatschen.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

500 000 Euro - ich bleibe dabei - kostet eine Luxuseigentumswohnung. Das betrifft nicht die Probleme, die die Menschen draußen haben. Das Problem ist, dass wir zu niedrige Gehälter haben. Das Problem ist, dass wir in Ballungszentren erheblichen Wohnungsmangel oder sogar Wohnungsnot haben. Da greift das von Ihnen vorgeschlagene Instrument, die Grunderwerbsteuer zu erlassen, viel zu kurz.

Ich habe Ihnen vorgerechnet, dass Sie die Menschen monatlich um 37 Euro entlasten wollen. Gerade in den Ballungszentren haben wir ein erhebliches Problem mit der Wohnungsnot.

Wir haben ein Wohnungsbauproblem. Da ist der soziale Wohnungsbau ein viel besseres Instrument, ebenso wie eine wirksame Mietpreisbremse im Übrigen.

Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Henning. - Es geht mit den Wortmeldungen der Fraktionen weiter. Für die CDU-Fraktion ist jetzt der Kollege Reinhold Hilbers dran, dem ich jetzt das Wort erteile.

Reinhold Hilbers (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Wortbeitrag von Herrn Henning hat mir gezeigt, wie weit er eigentlich entfernt ist:

(Frank Henning [SPD]: Das ist eine Wiederholung! Das haben wir schon gehört!)

von der gesellschaftlichen Mitte, von den Arbeitnehmerinnen und den Arbeitnehmern, von den Facharbeitern in den ländlichen Regionen.

In den ländlichen Regionen - ich komme aus einer solchen - bauen durchaus Facharbeiterinnen und Facharbeiter ihre Einfamilienhäuser. In den ländlichen Regionen ist das gang und gäbe. Dort liegen die Eigentumsquoten um 60 % oder 70 %. Herr Henning, Sie sind mit dem, was sie geäußert haben, fernab von dem, was in der Realität stattfindet.

(Zustimmung bei der CDU - Frank Henning [SPD]: Die kosten dann 500 000 Euro?)

Ich halte das im Antrag geforderte Vorhaben der FDP für einen interessanten Vorschlag, der auch in Unionskreisen diskutiert wird. Es geht darum, ein Recht einzuräumen, einmal im Leben selbstgenutztes Wohneigentum grunderwerbsteuerfrei zu erwerben. Dieses Instrument der Eigentums- und Wohnraumförderung sollte durchaus in den Instrumentenkatalog aufgenommen werden. Warum soll man nur Zuwendungen gewähren? - Man kann auch steuerliche Vorteile gewähren, um Anreize für den Erwerb von Eigentum zu schaffen.

Die Höhe der Grunderwerbsteuer kennt seit einigen Jahren nur die Entwicklung nach oben. In Niedersachsen liegt sie bei 5 %. Das Aufkommen

ist in den letzten Jahren erheblich angestiegen. Allein Ihre Erhöhung spült Ihnen 93 Millionen Euro mehr in die Kasse. 2010 lag das Aufkommen in Niedersachsen bei knapp 400 Millionen Euro, zukünftig wird es etwa 1 Milliarde Euro betragen. Die Steigerungen liegen deutlich über dem bei Steuerbeträgen Üblichen. Bei den Steuerbeträgen sehen Sie, dass das eine sehr aufwachsende Steuer ist.

Die Grunderwerbsteuer ist auch bei der Betrachtung des Länderfinanzausgleichs sehr interessant. Durch das Normierungsverfahren geht diese Steuer nämlich nicht in der Höhe in die Berechnungen ein, in der sie tatsächlich aufkommt. Vielmehr haben die Länder, deren Hebesätze über dem Durchschnitt der Bundesländer liegen, einen Vorteil, weil man mit dem durchschnittlichen Hebesatz rechnet. Sie werden damit ärmer gerechnet, als sie tatsächlich sind. Somit haben diese Länder nach dem Finanzausgleich mehr Geld in der Kasse. Die Länder, die sich arm rechnen können, haben also einen Vorteil.

Der Länderfinanzausgleich sollte einmal bewirken, dass es keine Schraube nach unten gibt. Jetzt entwickelt sich aber eher eine Schraube nach oben.

Es ist volkswirtschaftlich und gesellschaftspolitisch durchaus von Bedeutung, das Wohneigentum zu stärken und die Wohneigentumsquote zu steigern. Herr Henning, Sie setzen hier nur auf Zuschüsse zum Bau von Mietwohnungen. Das zeigt, dass Sie ein verkehrtes Verhältnis zum Eigentum haben. Eigentum in der Hand breiter Kreise der Bevölkerung fördert die Alterssicherung in ganz erheblichem Umfang und trägt dazu bei, dass Vermögen in unserer Gesellschaft gut und gerecht verteilt ist. Die Stärkung des Wohneigentums ist also durchaus ein volkswirtschaftliches Anliegen, das zu fördern sich lohnt.

(Zustimmung bei der CDU)

Ein Hemmnis für die Schaffung von Wohneigentum sind Erwerbsnebenkosten, die in den vergangenen Jahren ganz erheblich angestiegen sind. Die Grunderwerbsteuer ist bei den Erwerbsnebenkosten ein ganz wesentlicher Faktor. Man muss daran arbeiten, sie ein Stück weit abzusenken, um das Eigenkapital derjenigen zu schonen, die in Wohneigentum investieren wollen.

Herr Grascha hat recht: Die Eigentumsquote, die Eigentumsbildung hat in den letzten Jahren stagniert - und das, obwohl der Kauf eines Einfamilienhauses zur Selbstnutzung im Kostenvergleich mit

der Miete in den vergangenen Jahren auch aufgrund niedriger Zinsen ganz erheblich günstiger geworden ist. Da gibt es erhebliche Kostenunterschiede. Diese Entwicklung sollten wir unterstützen. Aber die Kaufpreise von Häusern sind angestiegen, und die Nebenkosten sind angestiegen.

Wenn ich für 250 000 Euro ein Eigenheim erwerben will, muss ich 12 500 Euro Grunderwerbsteuer zahlen. Bei der Finanzierung spielen solche Beträge schon eine Rolle: Komme ich noch in den Bereich der Kreditfähigkeit? Ist mein Eigenkapital ausreichend?

Die Banken stellen bei der Wohnraumfinanzierung in der Regel auf den Beleihungswert ab. Der liegt in der Regel 20 % unter dem Verkehrswert, weil die Banken ihr Geld in jedem Fall wiederbekommen möchten. Darauf stellt man dann noch mit einer Beleihungsgrenze von in der Regel 80 % ab. Das heißt, ich muss 36 % Eigenkapital in ein solches Geschäft einbringen.

Nicht jeder hat 50 000 Euro auf der Kante liegen. Dann spielt es eben eine Rolle, ob ich 10 000, 12 000, 15 000, 20 000 Euro bei der Steuer sparen und stattdessen in die Finanzierung einfließen lassen kann, um den Eigenkapitalanteil zu erbringen, den ich erbringen muss, um die Beleihungsgrenze einzuhalten. Wenn ich das kann, habe ich einen erheblichen Vorteil. Das müssen Sie einfach sehen. Das lassen Sie bei Ihren Diskussionen leider außen vor.

Wenn Sie dies ermöglichen, steigern Sie die Attraktivität des Wohneigentums. Das ist schon ein ganz interessanter Punkt. Das wird, wie gesagt, auch in Unionskreisen diskutieren - nicht nur unter den Finanzpolitikern, sondern auch unter denen, die die Wahlaussagen auf Bundes- und Landesebene vorbereiten. Im Bereich der Wohnbauförderung ist dies ein ganz wesentliches Instrument, neben unserem Baukindergeld, das insbesondere auf Kinder abstellt.

In Kreisen unserer Bundestagsfraktion wird auch diskutiert, dass man die Mindereinnahmen dadurch teilweise ausgleichen könnte, dass man Restriktionen bei den Share Deals einführt, die Missbrauch minimieren oder ausschließen.

Über die Höchstgrenzen und über die Ausgestaltung, die der FDP-Antrag vorsieht, kann man sicherlich diskutieren. Das werden wir im Ausschuss tun. Dabei geht es darum, wo die Grenzen liegen und wo sie sinnvoll angesiedelt sind.

Uns geht es darum, dass der Ersterwerb von Wohneigentum zur Selbstnutzung von der Grunderwerbsteuer befreit wird. Zu handhaben ist das ganz einfach. Ich erinnere daran, dass es damals auch möglich war, dafür zu sorgen, dass jeder die Eigenheimzulage nur einmal bekommt. Das konnte man über die Steuernummer ganz einfach regeln. Auch diese Steuerbefreiung wäre ganz einfach zu regeln, ohne dass man großen Verwaltungsaufwand auf sich nehmen müsste.

Das Aufkommen der Grunderwerbsteuer in Niedersachsen ist von 2012 bis 2017 um 62 % gestiegen. Das macht deutlich, dass wir Möglichkeiten haben, hier gestalterisch tätig zu werden.

Sie sollten nicht immer nur darauf abzielen, den Mietwohnungsbau zu fördern und Mietpreisbremsen einzuführen. Nein, ermutigen Sie die Menschen, Eigentum zu schaffen! Ermutigen Sie die Menschen, sich für ihr eigenes Wohl einzusetzen! Das ist Ludwig Erhard, das ist soziale Marktwirtschaft, Teilhabe aller!

(Zustimmung bei der CDU)

Schließen Sie nicht immer bestimmte Einkommens- und Bevölkerungsgruppen von solchen Entwicklungen aus! Verdammen Sie sie nicht dazu, mit Mietwohnraum zurechtzukommen!

(Zustimmung bei der FDP)

Nein, dies ist ein sinnvoller Antrag, den zu diskutieren sich lohnt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Hilbers. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich dem Kollegen Gerald Heere das Wort.

Gerald Heere (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Idee, bei der Grunderwerbsteuer einen Freibetrag einzuführen, um die Eigentumsquote zu erhöhen, ist ein diskutabler Ansatz.

Ist das allerdings wirklich das beste Instrument, um den privaten Ersterwerb zu fördern? Sind andere Förderinstrumente nicht effektiver? - Gesetz den Fall, man führt wirklich einen Freibetrag ein: Welche Höhe ist angemessen, damit der Freibetrag zielgenau wirkt?

Herr Grascha, mal ehrlich: Bei Ihnen von der FDP muss man immer aufpassen, dass Sie nicht tolle Ziele plakatieren, während Sie eigentlich nur neue Steuerschlupflöcher für eine Klientel schaffen wollen. Das würden wir nicht mitmachen.

(Christian Dürr [FDP]: Sie bezeichnen Familien als Klientel, Herr Kollege?)

- Nein, nein, Herr Dürr. Hier geht es nicht um Familien,

(Christian Grascha [FDP]: Diese Vorwürfe langweilen mich, muss ich ganz ehrlich sagen!)

sondern um die Frage: Wie gestaltet man so etwas aus, damit es nicht am Ende Unternehmen und Luxusimmobilien zugutekommt?

(Christian Dürr [FDP]: Wie soll das Unternehmen zugutekommen? Es geht um selbstgenutztes Wohneigentum!)

Da muss man bei Ihnen und Ihrer Historie - Mövenpick-Steuer usw. - immer aufpassen.

(Christian Dürr [FDP]: Bei Ihnen muss man auch dauernd skeptisch sein, dass Sie nicht alles verbieten wollen! Was ist das für eine Debattengrundlage?)

Das sollten Sie schon wahrnehmen.

Überrascht war ich von Ihrem Vorschlag einer Gegenfinanzierung der Steuerausfälle: Der Bund soll die Mindereinnahmen auf der Basis eines Steuersatzes von 3,5 % kompensieren - immerhin.

Ich verweise aber darauf, dass die Mindereinnahmen deutlich höher wären, weil die Grunderwerbsteuer bei uns 5 % beträgt. Für diese Ausfälle machen Sie keine Vorschläge.

(Christian Grascha [FDP]: Das ist halt die Entlastung!)

Ich erinnere mich übrigens an diverse Auftritte vor allen Dingen von Vertretern der FDP, bei denen beklagt wurde, dass Rot-Grün vom Bund eine Gegenfinanzierung oder Kompensation für was auch immer gefordert hat. Da waren wir diejenigen, die angeblich immer nur in Berlin die Hand aufmachen. Jetzt adressieren Sie selber Berlin. Chapeau! Sie lernen. Das ist doch mal gut.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie uns aber das nächste Mal wieder diesen Vorwurf machen, dann werde ich den Antrag herausholen, den Sie heute gestellt haben, und ihn Ihnen vor die Nase halten.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Heere, eine günstige Gelegenheit, bevor Sie den nächsten Gedanken aufgreifen!

Gerald Heere (GRÜNE):

Immer gerne.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Grascha, Sie haben es erkannt: Er lässt Ihre Zwischenfrage zu. Bitte!

Christian Grascha (FDP):

Herzlichen Dank, Herr Kollege Heere, dass Sie die Zwischenfrage möglich machen.

Sie haben uns hier gerade eben vorgeworfen, dass wir eine Gegenfinanzierung von der Bundesebene zumindest anstreben. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass das Grunderwerbsteuergesetz ein Bundesgesetz ist und dass nur darin ein Freibetrag - oder eine Öffnungsklausel für die Länder - festgelegt werden kann! Denn nach dem Grundgesetz sind die Länder nur in der Lage, den Steuersatz festzulegen. Alles andere ist Bundesrecht. Von daher muss diese Initiative auf der Bundesebene bearbeitet werden, wenn sie denn von Niedersachsen ausgeht.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Heere, bitte!

Gerald Heere (GRÜNE):

Sehr geehrter Kollege Grascha, überhaupt kein Widerspruch! Ich habe Sie sogar gelobt und gesagt: „Chapeau! Sie lernen.“

(Christian Grascha [FDP]: Ein bisschen vergiftet!)

In vergangenen, vergleichbaren Fällen haben Sie immer jegliche Gegenfinanzierungsansprüche gegenüber Berlin abgelehnt.

(Christian Grascha [FDP]: Das sind keine vergleichbaren Fälle!)

Man könnte diesen Freibetrag ja auch ohne Kompensation, ohne Gegenfinanzierung einführen. Das war in der Vergangenheit Ihre Politik.

Es freut mich, dass Sie das ein Stück weit geändert haben. Dafür habe ich Sie sogar gelobt. Ich habe aber darauf hingewiesen, dass ich mir das für das nächste Mal merken werde, wenn Sie wieder sagen: Sie gucken immer nur nach Berlin!

(Christian Grascha [FDP]: Das sind keine vergleichbaren Fälle!)

- Es sind sehr wohl vergleichbare Fälle. Insofern sind wir auf einer guten Ebene.

Ich bin übrigens sehr gespannt, was Sie von einem noch besseren Kompensationsvorschlag halten, mit dem man auch noch ein Steuerschlupfloch schließen könnte: von der Einschränkung von Share Deals.

Herr Hilbers hat eben in einem Nebensatz schon auf Share Deals hingewiesen. Wenn eine Fläche an eine GmbH übertragen wird und jemand weniger als 95 % dieses Unternehmens kauft, muss er keinerlei Grunderwerbsteuer zahlen, obwohl die Fläche den Besitzer wechselt - kein Steueraufkommen! Angeblich sollen 20 % aller Grundstücksgeschäfte so ablaufen. Wenn man das einschränken würde, könnte man die Förderung eines Erwerbs von Grundeigentum - mit welchem zielgerichteten Instrument auch immer - gut gegenfinanzieren.

Share Deals sind auch in der Landwirtschaft ein echtes Problem. - Schön, dass Herr Grupe zuhört. - Erst kürzlich kamen Berichte aus Brandenburg, wo eine Rückversicherung 94,9 % der Anteile an einer Firma mit 2 300 ha landwirtschaftlichen Flächen gekauft hat. Da sind dem Fiskus fast 2 Millionen Euro Steuern entgangen. Wenn Sie dabei mitmachen würden, so etwas einzuschränken, könnte man durchaus noch weitergehende Ausfälle gegenfinanzieren. Ich setze darauf, dass die landwirtschaftlichen Akteure ein Interesse daran haben, dem Phänomen des Land Grabbing entgegenzuwirken.

Ich bin insbesondere in dieser Hinsicht sehr gespannt auf die Ausschussberatungen. Ich freue mich darauf.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Kollege Heere. - Für die Landesregierung erteile ich jetzt Herrn Finanzminister Schneider das Wort.

Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister:

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie Sie wissen, dürfen die Bundesländer seit dem 1. September 2006 die Steuersätze selbst festlegen. Davor lagen sie bundeseinheitlich bei 3,5 %.

Die erste Erhöhung - Herr Henning hat darauf hingewiesen - haben wir in Niedersachsen 2011 gesehen. Die CDU und die FDP erhöhten um einen Prozentpunkt. Insofern ist das, was ich heute höre, schon erstaunlich. Damals hatten Sie offensichtlich nicht erkannt, dass eine Erhöhung um einen Prozentpunkt die Hauskäufer je nach Objekt einige Tausend Euro zusätzlich kostet.

(Christian Grascha [FDP]: Vielleicht hat sich die haushaltspolitische Lage seitdem auch ein Stück weit geändert!)

Im Januar 2014 hat diese Koalition dann noch einmal einen halben Prozentpunkt draufgepackt. Jetzt haben wir einen Steuersatz von 5 %. Im Bundesvergleich haben weitere fünf Länder einen Steuersatz von 5 %, drei Länder einen niedrigeren und sieben Länder einen höheren. Wir liegen also unter dem Durchschnitt.

Beim Aufkommen liegen wir, auch in den nächsten Jahren, oberhalb von 900 Millionen Euro. Das ist für den Landeshaushalt eine erhebliche Summe. Und dann ist zu berücksichtigen, dass hier nicht der normale Verteilungsmodus für die Kommunen greift, mit 15,5 %, sondern dass in diesem Fall ein Drittel an die Kommunen geht. Das würde bedeuten: Wenn wir die Steuerausfälle berücksichtigen - und dass es sie geben wird, hat die FDP ja selbst vorgetragen -, haben wir rund 250 Millionen Euro Verlust beim Land und 125 Millionen Euro bei den Kommunen des Landes. Das sind zusammengerechnet und etwas abgerundet die 375 Millionen Euro, die Sie in Ihrem Papier selbst nennen.

Einen solchen Ausfall können das Land und die Kommunen des Landes aber nicht verkraften. Die Idee, dass der Bund diesen Ausfall mit Hunderten von Millionen Euro kompensiert, ist, ehrlich gesagt, abenteuerlich. Wir haben gerade die Verhandlungen über die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen abgeschlossen. Das Gesetzgebungsverfahren ist unterwegs. Was Sie hier vorgezeichnet haben, ist absolut aussichtslos. Deswegen ist auch das Modell in sich nicht akzeptabel.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Und noch etwas: Herr Hilbers und auch die FDP haben ja kunstvolle Betrachtungen angestellt. Aber dabei die Erhöhung des Aufkommens zu strapazieren, ist natürlich völlig neben der Sache. Denn der einzelne Grundstücks- oder Hauskäufer ist ein Einzelfall. Für ihn ist der Steuersatz, also die 5 %, maßgeblich. Tatsächlich beweist die Tatsache, dass wir einen solchen Aufwuchs haben, genau das Gegenteil von dem, was Sie damit beweisen wollten. Sie beweist nämlich, dass die Zahl der Grundstücksgeschäfte erheblich angestiegen ist. Daher kommt das hohe Aufkommen. Das hat mit dem Steuersatz und dem individuellen Erwerb erst einmal gar nichts zu tun.

Im Übrigen: So simpel, wie Ihr Vorschlag zunächst zu sein scheint, ist er nicht. Das gilt z. B. für die Administrierbarkeit. Sehen Sie sich das mal genauer an! Ihren Vorschlag umzusetzen, würde eine erhebliche Bürokratie nach sich ziehen. Ich nenne nur eine kleine Auswahl der komplexen Fragestellungen, die dann zu betrachten wären:

500 000 Euro - je Person oder je Paar? - Ich finde die Antwort nicht.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Je Steuer-
nummer! - Christian Grascha [FDP]:
Pro Kopf!)

Inanspruchnahme durch jedermann oder nur durch Familien? Nur Haushalte mit Kindern? Nur für reine Wohngrundstücke? - Was ist, wenn wir Mischnutzungen haben?

Ist Selbstnutzung erforderlich, oder kann man die so erworbene Wohnung oder das Haus weitervermieten?

Ist der volle Freibetrag verbraucht, wenn man bei einem Ersterwerb nur in geringer Höhe tätig geworden ist?

Gibt es Ausnahmen für berufs- oder familienbedingte Wohnungswechsel?

Und so geht es weiter. - Wir müssen eine bundesweite Erfassung aller dieser Vorgänge organisieren - einmal im Leben; die Menschen ziehen um - und müssen das über Jahrzehnte nachhalten.

Länderindividuelle Freibeträge sind nicht möglich - darauf hat Herr Grascha dankenswerterweise schon hingewiesen -, weil die Länder an der Stelle nur sehr eingeschränkt autonom sind. Sie sind es nämlich nur hinsichtlich der Bestimmung des Steuersatzes. Im Übrigen ist das durch den Bund zu regeln.

Was bleibt als Gesamteinschätzung, meine Damen und Herren? - Die FDP möchte steuerliche Leckerlis verteilen und ignoriert dabei administrative, steuerliche und haushaltspolitische Grundsätze.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den
GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die FDP-Fraktion hat um zusätzliche Redezeit gebeten, die ich ihr selbstverständlich gewähre. Maximal zwei Minuten, Herr Kollege Grascha!

Christian Grascha (FDP):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Finanzminister Schneider, ich würde gerne noch einmal auf zwei Punkte zu sprechen kommen.

Sie haben gesagt, die Einführung eines Freibetrags sei total unrealistisch. Dem möchte ich entgegenhalten: Das entscheidet am 24. September der Wähler. Die Debatte hat ja schon gezeigt, dass diese Forderung nicht nur von meiner Partei erhoben wird, sondern dass sie auch von der CDU unterstützt wird. Wenn diese Forderung also auch Teil des Wahlprogramms der CDU wird, wird sie schon von zwei Parteien unterstützt.

(Zuruf von der SPD: Aber das ist noch
nicht die Mehrheit!)

Also warten wir mal ab, wie der Deutsche Bundestag nach dem 24. September zusammengesetzt sein wird. Das würde ich an dieser Stelle jedenfalls nicht vorwegnehmen.

Zweitens haben Sie uns vorgeworfen, dass wir es waren, die im Jahr 2011 den Steuersatz von 3,5 auf 4,5 % erhöht haben. Das ist so, aber das ist mittlerweile auch ein halbes Jahrzehnt her! Ich will einmal versuchen, Sie in die damalige Zeit zurückzubeamen. 2011 hatten wir eine Finanz- und Wirtschaftskrise hinter uns, in der die Steuereinnahmen massiv eingebrochen waren. Die damalige schwarz-gelbe Landesregierung hatte eine Sparrunde in einer Größenordnung von 350 Millionen Euro aufgelegt, um den Haushalt einigermaßen in den Griff zu kriegen. - Sie, Herr Schneider, wissen ja gar nicht mehr, was eine Sparrunde ist.

(Zustimmung bei der FDP und bei der
CDU)

350 Millionen Euro hatten wir eingespart. Teil dieses Sparpakets war, den Grunderwerbsteuersatz anzuheben. Dass das damals nicht unser Herzensanliegen war, muss ich hier nicht unterstreichen. Aber die politische und haushaltspolitische Landschaft war eben eine völlig andere als heute.

Seitdem sind die Steuereinnahmen des Landes um 6,5 Milliarden Euro gestiegen. Außerdem liegen die Zinsausgaben um 500 Millionen Euro niedriger. Die haushaltspolitische Situation ist also eine ganz andere, und in diese Landschaft passt es sehr wohl hinein, die Bildung von Wohneigentum von bis zu 500 000 Euro zu unterstützen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Von der gleichen Regelung der Geschäftsordnung möchte auch die CDU-Fraktion Gebrauch machen. Ebenfalls maximal zwei Minuten, Herr Kollege Hilbers!

Reinhold Hilbers (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Schneider, wer Probleme sucht, wird natürlich immer welche finden. Aber ich sehe die administrative Handhabung analog zu der bei der damaligen Eigenheimzulage. Die Eigenheimzulage wurde pro Person gewährt, und es gab auch eine Regelung für gemeinsam genutztes Wohneigentum. Das Ganze lief über die Steuernummer. Es war vom bürokratischen Aufwand her überhaupt kein Problem, das zu bewerkstelligen. Das würde auch hier möglich sein.

Zweitens. Natürlich hat die Höhe des Aufkommens etwas damit zu tun, ob man Spielräume bei den Prozentsätzen hat! Ich gebe Ihnen ja recht, dass wir in Niedersachsen einen mittleren Prozentsatz haben. Aber: Das Aufkommen ist in wenigen Jahren von 398 Millionen Euro auf 983 Millionen Euro gestiegen ist. Sie können doch niemandem weismachen, dass dieser Anstieg - der natürlich auch durch eine steigende Anzahl von Grundstücksgeschäften bedingt ist - keine Spielräume eröffnet, den Steuersatz abzusenken.

Sie haben doch jetzt viel mehr in der Kasse, als die von uns gestellte Landesregierung damals hatte, als über die Erhöhung diskutiert worden ist. Ihnen stehen gegenüber 2012 5 Milliarden Euro mehr aus Steuereinnahmen zur Verfügung, und Sie

haben eine halbe Milliarde Euro weniger Zinsausgaben. Beides ist schon angesprochen worden. Deshalb ist durchaus darüber nachzudenken, ob diese Position nicht genutzt werden kann, um die Bildung von Wohneigentum ein wenig zu fördern.

Das kommt mir bei all den Diskussionen über die Wohnraumförderung bei Ihnen viel zu kurz.

(Zustimmung bei der CDU)

Aber auch das ist eine berechtigte Form der Wohnbauförderung. Es geht darum, bei den Bürgerinnen und Bürgern Eigentum zu schaffen, erst recht in Zeiten, in denen sich die Kosten für selbst genutzten Wohnraum erheblich günstiger als in der Vergangenheit entwickeln und im Vergleich zur Miete positiv darstellen. In solchen Zeiten sollten wir es mehr Menschen ermöglichen, Wohneigentum zu erwerben.

Das muss das Ziel unserer Politik sein. Von daher finde ich es sehr gut, dass wir über diese Frage diskutieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank. - Da die Debatte noch nicht beendet ist, kann auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die angemeldete zusätzliche Redezeit in Anspruch nehmen. Herr Heere, ebenfalls maximal zwei Minuten!

Gerald Heere (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Hilbers, es ist schon interessant, wie wir von einer Debatte über die gezielte Förderung von Wohneigentum, insbesondere für den Ersterwerb durch Familien, zu einer allgemeinen Debatte über die Senkung des Grunderwerbsteuersatzes gekommen sind. Insofern finde ich Ihre Argumentation an dieser Stelle schwierig. Da sollten Sie auch sehr aufpassen; denn eine Senkung des Grunderwerbsteuersatzes war gerade nicht die Zielsetzung der FDP. Da möchte ich sie ausdrücklich in Schutz nehmen. - Ich habe eben angedeutet, dass wir die Zielsetzung bis zu einem gewissen Grade teilen. Aber in dieser Hinsicht, Herr Hilbers, kommen wir nicht zusammen.

Zweitens möchte ich noch einmal betonen, gerade nach den Ausführungen des Finanzministers, dass hierbei administrative Aspekte zu beachten sind. Selbst wenn man das Geld zur Verfügung hätte - ich habe eben Möglichkeiten der Gegenfinanzie-

rung dargestellt -, müsste man überlegen, ob dieser Freibetrag tatsächlich das richtige Instrument ist oder ob es nicht andere Instrumente der Wohnraumförderung gibt - z. B. über das Sozialministerium -, die einfach passgenauer und bürokratieärmer sind. Auch darüber sollte man in dem Kontext diskutieren.

An dieser Stelle jedenfalls möchte ich mich nicht pauschal dazu äußern, ob das das richtige Instrument ist. Ich finde, damit nehmen wir bereits ein Stück weit die Ausschussberatung vorweg. Das Weitere sollten wir aber dort klären.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen. - Weitere Wortmeldungen gibt es zu diesem Tagesordnungspunkt nicht.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Der Ältestenrat empfiehlt Ihnen, den Ausschuss für Haushalt und Finanzen mit diesem Entschließungsantrag zu befassen. Wer so entscheiden möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das entspricht der nach der Geschäftsordnung notwendigen Zahl und wird so geschehen.

Ich rufe dann vereinbarungsgemäß zusammen auf:

Tagesordnungspunkt 31:

Erste Beratung:

Wasserschutz gemeinsam mit den Landwirten voranbringen - Entwurf zur Änderung des Niedersächsischen Wassergesetzes zurückziehen

- Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/7420

Tagesordnungspunkt 32:

Erste Beratung:

Landwirte vor der stillen Enteignung bewahren - Entwurf zur Novellierung des Wassergesetzes darf nicht in den Landtag eingebracht werden -

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/7421

Die Einbringungen erfolgen in der Reihenfolge des Eingangs der Anträge. Als Erstes hat für die FDP-Fraktion der Kollege Hermann Grupe das Wort. Bitte!

Hermann Grupe (FDP):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, demzufolge auf einem 5 m breiten Streifen jegliche Düngung und jegliche Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln verboten werden sollen.

Da wir bereits gestern im Rahmen einer Dringlichen Anfrage darüber diskutiert haben, kann ich mich heute kurzfassen. Wir haben darauf hingewiesen, dass von einer solchen Maßnahme in Niedersachsen 80 000 ha betroffen wären. Je nach Bewertung der Böden entspricht das einem Wert von 2 bis 4 Milliarden Euro. Da man auf diesen Flächen in wirtschaftlicher Hinsicht dann nichts mehr unternehmen kann, wäre das nichts anderes als eine kalte Enteignung, und zwar nicht nur für die Landwirte, sondern für sämtliche Grundeigentümer in Niedersachsen.

Schon gestern haben wir darauf hingewiesen, dass es hierzu in der Landesregierung offenbar keine einheitliche Beurteilung gibt. Der Wirtschaftsminister hat sehr deutlich gemacht, dass er mehr als skeptisch ist. Er hat gesagt, das hätte dramatische Folgen, weil zum Teil bis zu 20 % der landwirtschaftlichen Flächen einzelner Betriebe nicht mehr bewirtschaftet werden könnten. Das wäre ein ungeheurer Verlust. Die geplante Novelle dürfe man auf keinen Fall so umsetzen. Irgendwann gehe es den Landwirten an die Existenzgrundlage. - So Herr Minister Lies! Meine Damen und Herren, ich könnte es nicht besser sagen.

(Zustimmung bei der CDU)

Wenn man sich in den entsprechenden Regionen umhört - dort gibt es häufig sehr schmale Wiesen, weil diese Flächen erst durch Entwässerungsgräben nutzbar gemacht worden sind -, erkennt man, dass der Anteil, der dort verloren gehen würde, noch wesentlich größer ist.

Nun haben wir gestern mit großer Freude zur Kenntnis genommen, dass der Umweltminister die Dinge inhaltlich offensichtlich ähnlich sieht.

(Jörg Bode [FDP]: Genau!)

Er hat uns schließlich empfohlen, für diese Streifen einfach Agrarumweltprogramme aufzulegen.

Aber genau das ist es doch, was wir tun wollen! Genau das ist das Ziel unseres Antrages, Herr Minister. Wir können zwar Agrarumweltprogramme auflegen, aber bekommen dafür dann keine Entschädigung mehr. Denn wenn Sie für diese Fläche

ein Verbot erlassen, ist sie im Rahmen des Agrarumweltprogramms nicht mehr ausgleichsfähig.

(Jörg Bode [FDP]: Eben!)

Sie haben in der gestrigen Debatte sehr deutlich gemacht, dass Sie das gar nicht wollen. Deswegen die Nr. 1 unseres Antrags! Das müsste doch einstimmig verabschiedet werden! Darin fordern wir Sie nämlich auf, den Entwurf des neuen Wassergesetzes zurückzuziehen. Denn dieses Wassergesetz steht allem, was Sie hier gestern zu Protokoll gegeben haben, im Weg. Ich freue mich insofern auf die Ausschussberatung.

(Beifall bei der FDP)

Herr Minister, in aller Ernsthaftigkeit: In dem Ziel, dass unsere Düngemittel und unsere Pflanzenschutzmittel nicht im Grundwasser, nicht im Oberflächenwasser und nicht in der Luft landen - oder wo immer sie auch nicht hingehören -, sind wir uns doch völlig einig. Und durch modernste Technik haben wir doch auch sehr gute Chancen, dieses Ziel zu verwirklichen. Die Digitalisierung bietet die Möglichkeit, sehr zielgenau zu arbeiten. Der Landwirtschaftsminister - der im Moment leider nicht da ist - hat vorhin doch selbst Beispiele für den Bioanbau genannt. Man könne Unkräuter gezielt in den Boden drücken, hat er gesagt. - Das war übrigens auch für mich neu.

Wir haben eine Menge Möglichkeiten. Deshalb benötigen wir keine solch altertümliche Regelung, wie die, auf einem bestimmten Streifen alles zu verbieten.

Noch entscheidender ist aber die Nr. 2 unseres Antrags. Wenn wir Erfolg haben wollen, Herr Minister, dann müssen wir es mit denjenigen, die dort wirtschaften, gemeinsam machen. Wir müssen die Landwirte dafür gewinnen; denn im Einzelfall muss man wegen unserer vielfältigen Landschaft vor Ort beurteilen, wie man es erreicht, einerseits vernünftige Erträge zu erzielen und andererseits so verträglich wie möglich mit der Natur und der Umwelt umzugehen.

Ich sehe nach der gestrigen Debatte eine große Einigkeit. Sie haben es in der Hand, die Grundvoraussetzungen zu schaffen - indem Sie unsere Forderung erfüllen und das Gesetz zurückziehen! Dann können wir über die Thematik sehr konstruktiv beraten und sie hoffentlich gemeinschaftlich beschließen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Grupe. - Zur Einbringung des Antrags unter TOP 32 hat Herr Kollege Frank Oesterhelweg für die CDU-Fraktion das Wort.

Frank Oesterhelweg (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Minister Stefan Wenzel betritt den Plenarsaal)

- Verehrter Herr Fachminister Wenzel, herzlich willkommen! Und Herr Meyer? - Der ist wohl noch unterwegs.

(Jörg Bode [FDP]: Der düngt noch!)

Was wir hier im Augenblick erleben, ist ein neues Theaterstück in der langen Reihe der Trauerspiele, die diese Landesregierung im Bereich der Agrar- und Umweltpolitik aufführt.

(Beifall bei der CDU)

Landes-Raumordnungsprogramm, Landwirtschaftskammergesetz einschließlich Landwirtschaftskammerfinanzierung, Wassergesetz - alles geschieht nach dem gleichen Muster. Aber dazu komme ich später noch.

Gleich vorab, damit ich es um Gottes Willen nicht vergesse - deswegen wäre es schön gewesen, wenn auch der Agrarminister hier wäre -: Wir beantragen, die Entschließungsanträge federführend im Umweltausschuss und mitberatend im Agrarausschuss zu behandeln.

(Hermann Grupe [FDP]: Sehr gut!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei diesem Gesetzentwurf gehen Sinn, Zweck und Ziel manchmal etwas durcheinander. Geht es nun um Grundwasser, um Oberflächenwasser oder um Meeresschutz? Wir bekommen da ganz unterschiedliche Signale.

Der Kollege Dr. Deneke-Jöhrens und andere haben schon oft gesagt, dass die Maßstäbe, die Sie bei der Beurteilung der jetzigen Situation anbringen, nicht passen, weil Sie Statistiken über die Gewässerqualität doch recht großzügig auslegen. Ich will es einmal vorsichtig sagen, aber wie es mit der Wahrheit ist, haben wir heute Morgen ja bei Herrn Meyer erleben dürfen.

Es gibt ganz unterschiedliche Signale. Der Wasserverbandtag, Fachleute und die Landwirtschaft

sind skeptisch. Alle sind skeptisch, wie diese Maßnahmen wohl wirken, was wir wohl wirklich erreichen. Gibt es Studien zu diesem Thema? - Das Landvolk schreibt in einem internen Brief vom 22. Februar: „Das Ministerium will allerdings noch eine Unterlage über die Wirkung von Gewässer-Randstreifen beibringen.“ - Diese Unterlage liegt, wenn ich das richtig sehe, bis heute nicht vor. Das heißt, man ist im Blindflug unterwegs!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt diverse Mittel im Rahmen der ordnungsgemäßen Landwirtschaft und des landwirtschaftlichen Fachrechts, um unsere Umwelt und unsere Gewässer zu schützen. Die meisten Landwirte machen das auch schon sehr erfolgreich.

Herr Kollege Grupe hat es angesprochen. Ihr Wassergesetz in Zahlen: 5-m-Randstreifen an Gewässern dritter Ordnung, das macht 80 000 ha. Bei 69 ha Durchschnittsgröße reden wir über 1 150 Betriebe. Einige verlieren 20 bis 25 % ihrer Fläche. Bei gut 1 000 Betrieben reden wir über 2 000 Arbeitsplätze. Und wir reden über 1 000 Familien. Aber das interessiert Sie sonst ja auch nicht. Wir reden über 1 000 Schicksale landwirtschaftlicher Familien! Im Klartext, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wir reden hier über Enteignung!

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Auf einen Streich, Herr Minister, machen Sie zumindest rechnerisch über 1 000 Betriebe hier in Niedersachsen platt.

(Volker Bajus [GRÜNE]: Es geht um die Sicherheit von 8 Millionen Menschen!)

- Darum geht es nicht, Herr Kollege. Sie wissen offensichtlich nicht, wozu Sie dazwischenrufen.

(Zuruf von Volker Bajus [GRÜNE])

Und es geht ja noch weiter. Sie reden von Entwicklungskorridoren von bis zu 25 m. Aber wie sieht es mit Entschädigungen aus? - Fehlanzeige! Wie sieht es mit der Wiederherstellung von Uferbefestigungen aus? - Fehlanzeige! Im Klartext: Auch hier gibt es wieder Enteignungen.

Glauben Sie tatsächlich, dass eine größere Erosion bei Hochwasserwellen tatsächlich zur Verbesserung der Wasserqualität beiträgt? - Wir alle wissen doch, dass das Unsinn ist.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Oesterhelweg, einen kleinen Moment! Ihr Kollege Dammann-Tamke möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen.

Frank Oesterhelweg (CDU):

Selbstverständlich, Herr Kollege.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Bitte schön!

Helmut Dammann-Tamke (CDU):

Vielen Dank. - Herr Kollege Oesterhelweg, stimmen Sie mit mir überein, dass es, da 80 000 ha landwirtschaftliche Nutzfläche zur Disposition stehen, sinnvoll wäre, wenn auch der niedersächsische Landwirtschaftsminister dieser Debatte beiwohnen würde?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Sie dürfen fortsetzen. Bitte!

Frank Oesterhelweg (CDU):

Danke schön, Herr Präsident.

Da stimme ich voll mit Ihnen überein. Ich hatte es selbst etwas eleganter angedeutet, weil ich ihm die Chance geben wollte, in der ersten Minute dieser Rede noch den Saal zu betreten. Aber das hat er vielleicht auch nicht mitbekommen. Vielleicht ruft der Herr Staatssekretär ihn an. Dann könnte er sich zum Schluss noch in die Debatte einbringen. Das wäre erfreulich.

(Zurufe: Da ist er doch!)

- Ach, der Herr Minister diktiert seine Auffassung schon der Presse. Jawohl, da oben ist er! Er ist zumindest im Raum.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das nächste Stichwort ist die Gewässerunterhaltung. Sie soll reglementiert werden. Es soll mehr Kompetenzen für die Landkreise und weniger für die Unterhaltungsverbände geben. Das heißt, die fachlich kompetenten Leute im Bereich Gewässerunterhaltung werden entmachtet. Die Gewässerunterhaltung wird erschwert. All das, was wir hier im Rahmen des Hochwasserschutzes veranstalten, wird ad absurdum geführt.

Ich erinnere mich noch sehr genau an einen Betrieb in meinem Wahlkreis in Dettum. Dieser Gemüsebauer hatte einen Schaden von 100 000 Euro

zu verzeichnen, weil das Hochwasser, das vor ein paar Jahren durchging, einfach nicht abfließen wollte - weil Sie nicht bereit waren, nicht bereit sind und in Zukunft nicht bereit sein werden, Gewässer ordnungsgemäß zu unterhalten.

(Helmut Dammann-Tamke [CDU]:
Genau so ist es!)

Diese Leute sind die Leidtragenden, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und irgendwann sind auch die Ortslagen die Leidtragenden. Spätestens dann werden Sie sich für den Unsinn, den Sie hier ständig verzapfen, vor einer größeren Gruppe von Menschen verantworten müssen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es gibt überhaupt keine Folgenabschätzung. Wie sind die Auswirkungen auf die Betriebe? - Der Aufwand steigt, die Flächen sind weg, die Unterhaltungskosten steigen, und wahrscheinlich kommt auch mehr Bürokratie hinzu. Und Sie? - Alles im Blindflug!

Wie sieht es dann, wenn die Betriebsleiter zur Bank gehen, weil sie einen Kredit brauchen - in der aktuellen Situation kommt das nicht ganz selten vor -, mit der Kreditwürdigkeit oder der Beleihungsfähigkeit dieser Betriebe aus? - Das geht bei Ihrer Politik, die Sie hier über die Jahre verzapft haben, gegen Null. Also: Der Druck wird weiter erhöht, und weitere Betriebe werden die Segel streichen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Fläche weg, Bank verweigert sich, Vorkaufsrechte kommen auch noch dazu, über Feldmieten wollen wir gar nicht reden, Gewässerentwicklung. Fazit: Nicht nur enteignungsgleiche Eingriffe, nein, es sind Enteignungen!

Auch wenn Sie es vielleicht nicht gerne hören, sage ich es dennoch einmal so deutlich, weil ich mich noch gut daran erinnern kann: Warum ist Ihr Kreuzzug gegen die Landwirtschaft so kompliziert, meine Damen und Herren? - Das System ein paar Kilometer weiter östlich meines Heimatortes war wesentlich einfacher. Dort hat man es den Leuten weggenommen. Dort musste man sich dann wenigstens nicht mehr krumm machen. Das, was Sie hier mit den Landwirten machen, ist zynisch. Es ist unter aller Kanone, wie mit arbeitenden Menschen hier in diesem Lande umgegangen wird.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Zurufe von den GRÜNEN)

Da können Sie sich aufblasen, wie Sie wollen - von dieser Thematik haben Sie offensichtlich über-

haupt keine Ahnung. Sie haben auch kein Gespür dafür, was die Menschen, die auch in den landwirtschaftlichen Betrieben hart arbeiten, denken, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Was
Sie hier reden, ist absolut zynisch!)

Wie sind die Auswirkungen auf die Agrarstruktur? Was soll eigentlich Ihr Agrarstrukturgesetz? - Mit dem, was Sie hier machen - Verknappung der Flächen, Anstieg der Flächenpreise, Druck auf die Betriebe, resignierende Nachfolger, die aussteigen -, öffnen Sie geradezu Tür und Tor für Großbetriebe und Fremdinvestoren. Sie erreichen überhaupt nichts von dem, was Sie den Menschen immer erzählen.

Ich muss Ihnen ganz klar sagen, meine Damen und Herren: Goethes Zauberlehrling war im Vergleich zu Ihnen ein Waisenknabe.

(Zustimmung bei der CDU und bei der
FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin nicht so optimistisch wie der Kollege Grupe. Ich teile aber die Auffassung, die in der NWZ von Herrn Reichenbachs zu lesen war: Der Minister geht mit dem Wassergesetz baden. - Jetzt, da Ihnen das Wasser bis zum Halse steht, beginnen Sie, nach den Strohhalmen zu greifen. Wir hören von regionalen Ausnahmen. Auch Frau Piel hat sie schon einmal angedeutet. Ich glaube nicht, dass das rechtlich so einfach ist. Welche Gebiete zum Zuge kommen, wissen wir sowieso nicht. Das Landvolk schreibt intern - ich zitiere -: Eine Definition dieser Gebiete hatte das Ministerium bei einem Gespräch weder vorbereitet, noch zeigte man sich der Forderung nach einer solchen Definition aufgeschlossen. - Aha! Das ist die wahre Geschichte!

Gestern haben wir etwas über Kooperationen und freiwillige Vereinbarungen gehört. Ja, wunderbar! Offensichtlich haben Sie unsere Pressemitteilung und unsere Anträge gelesen. Das lässt hoffen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir als Praktiker wissen auch aufgrund persönlicher Erfahrungen, wie gut das mit Kooperationen z. B. in Wasserschutzgebieten läuft.

Wir haben gestern nach Finanzierungen und nach Finanzierungsgrößenordnungen pro Hektar, pro Quadratmeter und in der Summe gefragt. Eine Antwort haben wir, meine Damen und Herren, aber leider nicht bekommen.

Gestern haben wir auch etwas über das Thema der Kombinierbarkeit mit anderen Programmen gehört. Auch vorhin ist das noch einmal kurz angesprochen worden. Als ob man alle möglichen Programme, Zuschüsse und vielleicht auch Erleichterungen auf einen Haufen packen könnte, um den Menschen, den Landwirten das Leben einfacher zu machen!

(Vizepräsident Karl-Heinz Klare übernimmt den Vorsitz)

Sicherlich wissen wir alle doch aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass hier zumindest die Stichworte „Doppelförderung“ und „Anrechenbarkeit“ nicht ganz außer Acht gelassen werden dürfen.

(Zustimmung bei der FDP)

Zoff in der Koalition. Ist das wirklich so? - MU und ML stimmen sich ab. Das Kabinett winkt die ganze Sache durch. Der nette Herr Ministerpräsident Weil winkt es durch. Der nette Herr Lies winkt es durch. Auch die nette Frau Modder, die ja dabei sitzt, winkt es durch. Das kommt uns ja aus anderen Fällen bekannt vor. Herr Lies spricht in der Presse von - Zitat - „dramatischen Folgen“. Und Frau Piel sagt dann am 9. Februar - Zitat -: „Es ist irritierend, dass der Wirtschaftsminister einen Gesetzentwurf öffentlich kritisiert, den er intern im Kabinett wie selbstverständlich mitträgt“.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Frau Janssen-Kucz ist da nicht so vornehm zurückhaltend und sagt: „Schuster, bleib bei deinen Leisten!“ Oder ein bisschen freier übersetzt: Halt die Klappe, Olaf! - Das ist die Wahrheit: Maulkorb für den Wirtschaftsminister!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ist das echt, oder ist das doch ein recht durchschaubares Schauspiel? - Drehbuch und Regie gleichen sich: LROP, Landwirtschaftskammergesetz - ich habe es aufgezählt. Die Grünen kommen mit einer Maximalforderung um die Ecke und bedienen ihre Klientel. Die SPD-Granden winken stickum alles so mit durch. Dann kommt eine öffentliche Kritik auch der Opposition. Dann legen sich die Sozialdemokraten in die Seile und rudern zurück und bedienen ihre Klientel. Es gibt sogar ein paar Landwirte, die das auch noch gut finden. Sie spielen „Guter Mann - böser Mann“. Das erleben wir nicht nur hier im Landtag, sondern das erleben wir in jedem billigen Krimi im Vorabend-

programm, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich sage Ihnen eines noch einmal ganz deutlich - das können Sie in Ihrer Kurzintervention gleich mit unterbringen -: Geht es Ihnen bei diesem Programm und bei anderen wirklich um Natur- und Umweltschutz? - Nein, ich glaube nicht. Ihnen geht mit der Kernkraft ein Thema verloren. Um als Partei politisch und vielleicht auch wirtschaftlich zu überleben, brauchen Sie ein neues Feindbild. Das ist und bleibt die niedersächsische Landwirtschaft, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie bedienen zugleich auch Ihre innerparteilichen Machtkämpfe und überlegen, wer da wohl am besten um die Kurve kommen könnte. Angesichts Ihrer verschiedenen Interessen, die ich aufgezählt habe, ist es Ihnen völlig egal, ob ein paar Tausend Bauernfamilien über die Klinge springen oder nicht. Ich finde das mehr als bedauerlich, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir werden das politisch nicht zulassen.

Wir fordern eine Überarbeitung. Wir fordern realistische Maßnahmen. Wir fordern die Einbeziehung der Betroffenen. Wir fordern freiwillige Vereinbarungen und praxisnahe Lösungen. Wir fordern eine Folgenabschätzung, und wir fordern eine vernünftige Forschung am Problem. Ihren Entwurf, meine sehr verehrten Damen und Herren, lehnen wir ab, weil er keine Probleme löst, sondern weil er für die Landwirte und sogar für die Umwelt eher neue Probleme schafft.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Oesterhelweg. - Jetzt hat sich Volker Bajus zu einer Kurzintervention gemeldet. Bitte schön!

Volker Bajus (GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Oesterhelweg, was war das gerade?

(Zurufe von der CDU: Eine Rede!)

Das war ein einziger Ritt durchs Jammertal, und ich habe nicht einen einzigen konstruktiven Vorschlag zur Lösung der Probleme gehört.

(Zuruf von der CDU: Sie haben gar nicht zugehört!)

Da haben Sie recht: Unsere Landwirtschaft steht unter Druck, und zwar ganz erheblich. Es macht doch aber keinen Sinn, von den Problemen, die wir gemeinsam haben, abzulenken, indem ich denjenigen, der diese Probleme benennt und Lösungsvorschläge macht, kräftig prügele. Damit löse ich keine Probleme, sondern damit schaffe ich noch viel mehr Probleme.

Wenn Sie sich dann auch noch hier hinstellen und sagen, dass das, was wir hier vorschlagen, schlimmer als die Zwangskollektivierung in der ehemaligen DDR sei, dann ist das keine sachgerechte Debatte, sondern das ist - das sage ich Ihnen ganz ehrlich - komplett daneben.

Sie wollen die Menschen verstören. Sie wollen ihnen noch mehr Angst machen. Sie kümmern sich nicht um ihre Sorgen. Sie kümmern sich auch nicht um die Sorgen, was das Thema „gesunder Wasserkreislauf“ angeht, an dem auch die Landwirtschaft ein großes Interesse hat. Ihnen ist aber auch das Schicksal von 8 Millionen Niedersächsinen und Niedersachsen egal, die auf eine sichere Wasserversorgung angewiesen sind und eine gute Umwelt wollen. Das wollen die Landwirte in diesem Land auch.

Fangen Sie endlich an, gemeinsam mit uns konstruktive Vorschläge zu erarbeiten,

(Beifall bei den GRÜNEN)

statt solch eine Propaganda zu verbreiten, wie Sie es hier getan haben! Schämen Sie sich für den Vergleich mit der ehemaligen DDR! Da war die Umwelt ganz am Ende. Das wissen auch Sie. Nehmen Sie insofern diesen Vergleich zurück, wenn Sie hier auch nur ein bisschen Manns genug dafür sind! Das sind Sie wahrscheinlich aber nicht, wie ich Sie kenne, sondern Sie kennen nur einen Ritt, nämlich den Ritt durchs Jammertal. Herrje!

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Editha Lorberg [CDU]: Jetzt reicht es aber! So etwas Rüpelhaftes!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Ich gehe davon aus, dass Herr Oesterhelweg antworten möchte. Bitte schön!

Frank Oesterhelweg (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie sind wahrlich in der Lage, Ihr eigenes Niveau noch zu unterbieten, Herr Kollege. Das ist wirklich nicht einfach.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich bleibe dabei - und zumindest da bin ich Manns genug -: Dieses Beispiel aus der ehemaligen DDR passt durchaus. Dazu stehe ich. Davon nehme ich nicht ein Wort zurück - damit das hier ganz klar ist, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Unfassbar!)

Wenn Sie uns vorwerfen, wir wollten die Menschen verstören, dann sage ich Ihnen: Sie wollen hier landwirtschaftliche Familien zerstören, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt so zu tun, als ob hier nichts zur Sache gesagt wurde - entschuldigen Sie mal: Sie haben noch nicht einmal die Probleme definiert. Sie haben noch nicht einmal die entsprechenden Gutachten. Sie sind wirklich im Blindflug unterwegs.

Haben Sie eigentlich überhaupt nicht zugehört? - Wir wollen gerade diese freiwilligen Vereinbarungen. Angeblich wollen Sie das auch. Dann funktioniert es, und sonst funktioniert es nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zustimmung bei der CDU)

Wenn wir nichts für den Hochwasserschutz tun, dann erreichen wir auch nichts für die Gewässer. Gucken Sie sich einmal an, wie Gewässer nach Hochwasserwellen aussehen, welche Nährstoffe und Bodenbestandteile dann im Wasser sind! Sie haben offensichtlich von der Praxis überhaupt keine Ahnung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben hier oft genug und immer wieder darauf hingewiesen: Landwirtschaftliches Fachrecht, gute landwirtschaftliche Praxis, daran müssen wir arbeiten. Daran müssen wir auch gemeinsam arbeiten.

Bloß, mit Ihren Maßnahmen, meine Damen und Herren, erreichen Sie genau das Gegenteil.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Jetzt hat sich für die SPD-Fraktion Sigrid Rakow gemeldet. Bitte schön!

Sigrid Rakow (SPD):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allen Dingen Herr Oesterhelweg! Welch ein Theater, welch eine Aufführung! Das war ja schon eine etwas höhere Qualität, zumindest an Lautstärke und an Heftigkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es kommt ja an vielen Stellen vor. Unter der großen Überschrift „Ich bin empört!“ finden derzeit allerorten Aufführungen statt. Wenn ich nach Übersee gucke: Da gibt es einen Präsidenten, der über die Presse empört ist. Dann gibt es einen fremdsprachigen Präsidenten - mehr aus dem Süden -, der auch über die Presse und über Satire empört ist, und er hat noch mehr Gründe, empört zu sein. Hier ist jetzt die CDU unglaublich empört.

(Zuruf von der SPD: Die aber auch!)

- Die FDP aber nur ein bisschen. Die macht ja auch ein bisschen auf Konsens. Da ist die Empörung dann doch eher nur im letzten Akt vorhanden.

Meine Damen und Herren, diese ganze inszenierte Empörung ist ja auch in Ordnung. Sie ist in diesen Räumlichkeiten ja auch ganz nett, hilft aber eigentlich nur, wenn man die jeweils andere Seite dann auch überzeugt, sodass sie nachgibt; denn ansonsten ist ja letzten Endes das ganze Stück für die Katz.

Ich gehe einmal davon aus, dass in allen drei Fällen, die ich eben beispielhaft angeführt habe, die jeweils andere Seite nicht nachgeben wird und sich nicht beeindruckt lassen wird, sodass hier zwar eine Aufführung war, aber damit ist es dann auch gut. Ich denke, wir sollten das Theater hier jetzt verlassen und zur niedersächsischen Realität zurückkehren.

Nun zu den Entschließungsanträgen. Derzeit ist ein Entwurf zum Niedersächsischen Wassergesetz in der Verbändeanhörung unterwegs, nichts weiter. Da ist noch nicht einmal etwas fertig. Stefan Wenzel hat gestern gesagt, eine abschließende Ent-

scheidung der Landesregierung bleibt abzuwarten. Das heißt im Grunde genommen, Sie reden im Moment über ungelegte Eier. Ich meine, man ahnt, wie sie aussehen. Aber da ist noch nichts im Raume.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jörg Hillmer [CDU]: Und so etwas verschickt die Landesregierung?)

Sie reden über Dinge, die nicht fertig sind, und sollten die Geduld haben, zu warten, bis sie tatsächlich als Entwurf vorliegen. Sie kennen ja selber das Verfahren: Der Gesetzentwurf kommt dann in das parlamentarische Verfahren. Dann sind Sie auch gefordert, dabei mitzuarbeiten, ein für alle verträgliches Gesetz zu formulieren. Das ist die Stelle - nicht der Klamauk hier und heute.

Es gibt in dieser ganzen Diskussion ja auch noch weitere Gesichtspunkte. Sie haben sich auf die Landwirtschaft bezogen. Da gehört aber noch ein bisschen mehr hinein. Auch das hat der Minister gestern schon angedeutet. Es geht um ein Wassergesetz. Dabei gibt es eine Grundlage, die „Wasserrahmenrichtlinie“ heißt. Die können wir ja nicht einfach außer Acht lassen, nur weil Ihre Interessen in eine andere Richtung gehen. Ich möchte hier nur einen Satz aus der Wasserrahmenrichtlinie zitieren. Da steht:

„Der Schutz und die nachhaltige Bewirtschaftung von Gewässern müssen stärker in andere politische Maßnahmen der Gemeinschaft integriert werden, so z. B. in die Energiepolitik, die Verkehrspolitik, die Landwirtschaftspolitik, die Fischereipolitik, die Regionalpolitik und die Fremdenverkehrspolitik.“

Das heißt, wir haben hier einen sehr breiten Rahmen, auf was wir Rücksicht nehmen müssen und was wir alles in unsere Diskussion einbeziehen müssen. Das geht weit über die Landwirtschaft hinaus. Sie, meine Damen und Herren von der CDU, ignorieren das völlig.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Frau Rakow, darf ich Sie kurz unterbrechen? Herr Dammann-Tamke würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Sigrid Rakow (SPD):

Ja, bitte. Aber ob ich sie beantworte, weiß ich noch nicht.

(Heiterkeit)

Helmut Dammann-Tamke (CDU):

Vielen Dank, Frau Kollegin Rakow. - Können Sie uns erklären - der Minister konnte es gestern nicht -, warum auf einer Karte des NLWKN, Stand 2015, die überwältigende Mehrheit der Oberflächengewässer in Niedersachsen so dargestellt wird, dass sie sich in einem guten Zustand befinden?

Sigrid Rakow (SPD):

Ich kann Ihnen Daten nennen, die die Bundesregierung herausgegeben hat und die besagen, dass 82 % der Oberflächengewässer in einem schlechten Zustand sind. Ich habe auch noch weitere Zahlen - wir diskutieren hier ja immer mal über die Zahlen -, die sich jeweils unterscheiden. Aber allen ist gemeinsam: Der Zustand der Oberflächengewässer ist nicht gut genug. Wir halten die Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie nicht ein. Wir schaffen es nicht, bis 2021 die entsprechende Qualität herzustellen. Darum haben wir ja schon Verlängerung beantragt. Wir werden es wahrscheinlich nicht einmal bis 2027 schaffen. Das alles ist sicherlich Grund genug, dass wir uns miteinander - ich plädiere immer für ein Miteinander - eine Menge Gedanken darüber machen, wie wir denn dahin kommen, dass die Qualität so ist, wie sie sein sollte.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Karte des NLWKN zu erklären, maße ich mir jetzt aber nicht an. Ich fand es auch schön, dass Herr Oesterhelweg gerade gesagt hat, dass dieses Thema vorrangig in den Umweltausschuss gehört. Das sehe ich ganz genauso.

(Helmut Dammann-Tamke [CDU]:
Das sehen wir auch so!)

Wir werden uns, was die Landwirtschaft betrifft, vielleicht an anderer Stelle grundlegend Gedanken darüber machen können - wir werden es wahrscheinlich auch müssen und sollten es sehr bald tun -, welche Rolle sie in Niedersachsen im Rahmen der gesamten Welternährung und auch unter all den Umweltaspekten spielt, die irgendwo zu berücksichtigen sind. Ich mache mir da nichts vor. Die Probleme sind da. Die sehe ich durchaus, und

die sieht auch meine Fraktion durchaus. Aber ich denke, das ist jetzt nicht der Rahmen, dass wir uns im Zusammenhang mit dem Wassergesetz jetzt diese grundlegenden Gedanken machen. Aber ansonsten immer gerne.

Meine Damen und Herren, ich habe eben das Stück „Ich bin empört!“ angesprochen. Auch ich möchte da eine Rolle mitspielen. Das kam mir in dem Moment in den Sinn, als ich den CDU-Antrag gelesen habe. Darin steht doch tatsächlich, dass die Landesregierung erst dann einen neuen Entwurf zum NWG vorlegen soll, wenn sichergestellt ist, dass dieser mit fachlicher Expertise begründet ist. - Da geht einem schon der Hut hoch! Da unterstellen Sie doch, dass Mitarbeiter des Ministeriums völlig ahnungslos da sitzen und einen Gesetzentwurf schreiben. Meine Damen und Herren, das ist an Unverschämtheit wirklich nicht zu überbieten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Mitarbeiter derart herabzuqualifizieren, wenn Ihnen ein Gesetzentwurf nicht gefällt, ist wirklich ein extrem schlechter Stil.

(Zustimmung bei der SPD)

Schreiben Sie erst einmal einen vernünftigen Antrag, bevor Sie sich zum Richter aufschwingen!

Ich komme kurz zu dem FDP-Antrag, Herr Grupe. Wir unterhalten uns ja gleich noch einmal, habe ich gerade gesehen. Sie haben zumindest im ersten Teil der Überschrift etwas Wunderbares geschrieben: „Wasserschutz gemeinsam mit den Landwirten voranbringen“. Ja, bitte! Das machen wir gerne. Wir haben schon viele Gespräche mit Landwirten geführt. Wir sind miteinander auf einem sehr guten Weg. Ich glaube, da brauchen wir uns auch nichts vorhalten zu lassen.

Es geht aber noch weiter. Beim Wassergesetz müssen wir ja - ich habe eben aus der Wasserrahmenrichtlinie zitiert - noch weitere Gruppen berücksichtigen: Umweltverbände, Tourismus, Wasserwirtschaft, Sportfischer, die niedersächsischen Bürgerinnen und Bürger, die gerne Trinkwasser nutzen möchten, und viele andere mehr. Wenn die einen Entschließungsantrag schreiben würden, dann stünde darin: Gewässerrandstreifen von 5 m sind ein kleiner Lichtblick, mehr wäre besser! - Da würde stehen: Die Ausweisung von Entwicklungskorridoren ist ein guter Ansatz; macht Gebrauch davon! - Da würde stehen: Maßnahmen zum Erhalt und zur Verbesserung der ökologischen Funktion der niedersächsischen Gewässer-

landschaft begrüßen wir ausdrücklich! - Ich könnte das noch weiter fortsetzen. Auch die Wasserversorger würden sagen, dass sie sich um die Qualität des Wassers Sorgen machen und dass wir uns dort mehr Mühe geben sollten.

Die Tourismuswirtschaft legt Wert darauf, dass die Gewässer immer eine gute Badequalität haben. Dies sind alles Aspekte, die wir nicht einfach übersehen dürfen.

Man könnte jetzt einen schönen Entschließungsantrag schreiben. Das müssen wir aber nicht; denn ich gehe davon aus, dass in absehbarer Zeit der Gesetzentwurf vorliegen wird, an dem wir dann hoffentlich alle konstruktiv mitarbeiten werden.

Zu den Zahlen, die wir eben diskutiert haben, zitiere ich aus der *Neuen Osnabrücker Zeitung*. Sie hat im Sommer 2016 die Antwort auf eine Anfrage der Grünen im Bundestag zusammengefasst. In der Zeitung stand: Tausende Gewässer in Deutschland haben eine so schlechte Wasserqualität, dass sie die EU-Vorgaben nicht erfüllten. Die Bundesregierung hat eingeräumt, dass 82 % von 9 900 Oberflächengewässern, wie Seen und Flüsse, die Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie nicht erfüllen.

(Volker Bajus [GRÜNE]: So ist es!)

Von 1 000 Grundwasserkörpern sind es 36 % gewesen. Die Bundesregierung räumt auch ein, dass die geplante Novellierung der Düngeverordnung allein nicht ausreichen wird, die Probleme in den Griff zu bekommen.

Das sollte uns Warnung genug sein. Wir werden in Niedersachsen nicht sagen können: Wir sind unschuldig; das Elend haben andere verursacht! - So einfach werden wir uns nicht herausreden können, meine Damen und Herren.

Ich finde es bedauerlich, dass die CDU der Landwirtschaft den Eindruck vermittelt, alles könne so bleiben wie bisher. Die CDU isoliert damit die Landwirtschaft und fördert mit ihrer einseitigen Betrachtung eine Wagenburgmentalität. Das ist ein gefährliches Spiel, weil es die Gesellschaft spaltet.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir haben zwei Möglichkeiten: Entweder agieren alle wie die CDU, kümmern sich nur um ihre Lieblingsklientel und verschanzen sich mit ihr in Schützengräben. Dann können wir uns alle einreden, wir hätten recht, aber wir bekommen so nie ein gutes Ergebnis.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Alternative ist: Alle verhalten sich wie vernunftbegabte Wesen und tun ihr Bestes, um ein gutes, ausgewogenes Niedersächsisches Wassergesetz zu erarbeiten im Interesse und zum Nutzen aller Betroffenen. Für diese erfolgversprechende Variante stehen SPD und Grüne.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Frau Kollegin Rakow. - Es liegen zwei Bitten um eine Kurzintervention vor: die erste von Frank Oesterhelweg und die zweite von Herrn Grupe. Bitte schön!

Frank Oesterhelweg (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Verehrte Kollegin, zunächst einmal: Die fachliche Expertise der Mitarbeiter des Ministeriums zweifle ich nicht an. Ich qualifiziere sie auch nicht ab. Ich hätte gerne, dass sie mehr gehört werden und nicht unter politischen Vorgaben leiden müssen, die letztendlich weitab von qualifizierten Aussagen sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe mich eben nicht nur auf die Landwirtschaft bezogen, sondern ausdrücklich auch auf Wasser- und Umweltschutz. Ich habe keine Lust und es ist auch nicht meine Aufgabe, hier nur eine Klientel zu vertreten, wie Sie das gerne machen. Dafür könnte ich Ihnen aus meinem Landkreis genügend Beispiele nennen.

Ja, meine Damen und Herren: federführend der Umweltausschuss und mitberatend der Agrarausschuss. Ich habe es selbst vorgeschlagen. Dazu kurz drei Punkte:

Erstens. Hochwasserschutz, liebe Frau Kollegin, ist für die Gewässerqualität wichtig. Erosionen führen dazu, dass Gewässer belastet und Nährstoffe abgeschwemmt werden. Wenn Flächen unter Staunässe leiden, werden Nährstoffe nicht abgerufen und letztendlich in das Wasser überführt.

Zweitens. Landwirtschaftliches Fachrecht gibt außerordentlich viel her: Abstandsregelungen, neue Techniken, auch eine sehr genaue Differenzierung der eingesetzten Mittel. Manchmal sind 5 m zu wenig; das ist gar keine Frage.

Drittens. Ich habe von freiwilligen Vereinbarungen gesprochen. Dabei geht es um die Motivation der Landwirte, die vielleicht, wenn man es vernünftig macht, freiwillig an der einen oder anderen Stelle sogar mehr Fläche zur Verfügung stellen. Das haben Sie nicht gehört, weil Sie es nicht hören wollten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Hermann Grupe für die FDP-Fraktion, bitte schön!

Hermann Grupe (FDP):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Liebe Frau Kollegin Rakow, Sie haben Ausführungen dazu gemacht, welche Maßnahmen man ergreifen könnte, bzw. das Ziel definiert, dass wir wollen, dass Pflanzenschutzmittel und Dünger nicht im Grundwasser oder im Oberflächenwasser landen. Darin sind wir alle uns völlig einig. Wir können und müssen in einen Wettbewerb darüber eintreten, wer die besten, wirkungsvollsten Vorschläge dazu hat. Das kann man, wie gesagt, nur mit den Betroffenen machen. Dabei sind modernste technische Möglichkeiten ein Weg. Ein anderer sind Agrarumweltprogramme. Das sind alles Dinge, bei denen man auch die Landwirte für Einschränkungen entschädigt.

Bei diesem Gesetz geht es aber um das exakte Gegenteil. Es geht darum, ein schlichtes Verbot zu erteilen, damit alles unmöglich zu machen, keine Entschädigung zu zahlen - denn es ist ja verboten - und auch Agrarumweltprogramme null und nichtig zu machen; denn wenn etwas verboten ist, kann man es ja nicht honorieren, wenn es unterlassen wird.

Weil die Landwirte, solange dieses leidige Gesetz nicht vom Tisch ist, die Hauptleidtragenden wären, beantrage ich für unseren Antrag, dass er federführend im Agrarausschuss und mitberatend im Umweltausschuss beraten wird.

(Zustimmung von Christian Grascha [FDP])

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Frau Rakow möchte antworten? - Bitte schön! Frau Rakow, Sie dürfen immer antworten, weil Sie im Präsidium sind. Aber auch so. Bitte schön!

Sigrid Rakow (SPD):

Ich kann mich dafür nur bedanken. - Aber nun zu den beiden Kurzinterventionen. Sie sagten, dieser leidige Gesetzentwurf muss weg.

(Hermann Grupe [FDP]: Ja!)

- Herr Grupe, er ist noch gar nicht da!

(Christian Grascha [FDP]: Aber er richtet jetzt schon Schaden an!)

Er ist noch in Arbeit, und wir wissen noch gar nicht, wie er aussehen wird. Insofern ist es schwierig, jetzt darüber im Detail zu reden.

Ich habe das Gefühl, wir sind uns in vielen Punkten durchaus einig. Wir wollen Gewässerschutz, wir wollen die Landwirtschaft dabei nicht ruinieren, sondern ihr helfen, dass sie gut arbeiten kann.

(Hermann Grupe [FDP]: Das geht doch!)

Das ist überhaupt kein Punkt. Alles, was wir noch aushandeln müssen, sind ein paar Details.

Vielen Dank, Herr Oesterhelweg, dass Sie die Mitarbeiter jetzt doch wieder in Schutz genommen haben. Ich denke, das haben sie verdient.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Ich habe etwas anderes gesagt, Frau Kollegin!)

- Ja, ich weiß, wohin Sie geschossen haben. Okay. Das haben wir im politischen Feld. Das hält auch jeder aus.

Natürlich wollen wir auch Hochwasserschutz. Auch insoweit besteht überhaupt kein Konflikt zwischen uns. Was das landwirtschaftliche Fachrecht angeht, sollten wir im Detail schauen, inwieweit es uns bei dieser Thematik weiterhilft. Ansonsten hatte ich das Gefühl, als seien wir plötzlich auf einem gemeinsamen Weg und könnten zusammen ein Wassergesetz hinbekommen. Das hatte ich aus Ihrem ersten Beitrag nicht herausgehört. Insofern bin ich jetzt voller Optimismus. CDU und FDP sind durchaus bereit, mit uns ein vernünftiges Wassergesetz auf den Weg zu bringen. Herzlichen Dank dafür!

(Hermann Grupe [FDP]: Etwas Vernünftiges immer!)

- Nun gut, darüber, was vernünftig ist, werden wir vielleicht noch ein bisschen diskutieren müssen. Aber ich sehe durchaus die Bereitschaft zu Gesprächen. Dafür vielen Dank!

(Beifall bei der SPD - Hermann Grupe [FDP]: Da nicht für!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Danke, Frau Rakow. - Für Bündnis 90/Die Grünen hat sich Frau Asendorf gemeldet. Bitte sehr, Frau Asendorf, Sie haben das Wort.

Regina Asendorf (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben etwas, um das uns der Rest der Welt beneidet: Wir können unser Wasser aus der Leitung trinken. Wir möchten, dass das so bleibt.

Um es ganz klar zu sagen: Die Zukunft des Trinkwassers steht auf dem Spiel. Nur zur Erinnerung: Unsere Oberflächengewässer befinden sich in einem schlechten Zustand, viele unserer Grundwasserkörper weisen überhöhte Nitratwerte auf, und zunehmend werden an den Messstellen Rückstände von Pflanzenschutzmitteln gefunden.

(Hermann Grupe [FDP]: Das stimmt gar nicht!)

Trinkwasserversorger, Naturschützer und Meereschützer schlagen Alarm. Die Politik muss handeln. Das tut sie auch. Dafür möchte ich mich beim Minister bedanken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, weder im Antrag der FDP noch im Antrag der CDU wird überhaupt auf die Gefährdung unseres Wassers eingegangen. Im FDP-Antrag fehlt jedweder Hinweis, dass irgendein Handlungsbedarf gesehen wird. Beide wollen gar keine Gesetzesnovelle. Ich frage mich manchmal, ob Tatsachen wie Anlastungsverfahren der EU überhaupt bei Ihnen angekommen sind.

Wir müssen etwas tun. Nur zur Erinnerung: Wassernutzer ist jeder von uns. Wir alle sind betroffen. Wenn die Wasserpreise steigen, weil die Wasserversorger immer mehr für Trinkwasseraufbereitung ausgeben müssen, dann zahlen wir alle den Preis. Wie wollen Sie das eigentlich den Verbrauchern erklären? Das ist ein Affront gegenüber allen Bürgern und Bürgerinnen, die auch in Zukunft sauberes Trinkwasser zu bezahlbaren Preisen haben möchten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir keinen wirksamen - - -

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Frau Asendorf, ich darf Sie kurz unterbrechen. - Okay, zumindest jetzt keine Zwischenfragen.

Regina Asendorf (GRÜNE):

Wenn wir keine wirksamen Maßnahmen zum Schutz unseres Wassers ergreifen, müssen die Trinkwasserversorger immer größeren Aufwand für die Wasseraufbereitung treiben, und Trinkwasser könnte um 60 % teurer werden. Es dreht sich hier also nicht nur um die Ökologie, es ist auch eine soziale Frage. Gesundes Wasser ist ein Grundnahrungsmittel und kein Luxusgut für Wohlhabende.

Die FDP spricht in ihrem Antrag von „Enteignung“, obwohl eine Bewirtschaftung der Gewässerrandstreifen weiterhin stattfinden darf.

(Hermann Grupe [FDP]: Echt? Wie denn?)

Das Wort „Enteignung“ finde ich an dieser Stelle überaus interessant.

(Hermann Grupe [FDP]: Wie denn? Was machen sie denn da auf den Streifen?)

Es verkennt meiner Meinung nach völlig die Tatsache, dass das Grundwasser der Allgemeinheit gehört.

(Hermann Grupe [FDP]: Gänseblümchenpflückwiese, oder was soll das werden?)

Dessen Beeinträchtigung, durch wen auch immer, schädigt das Eigentum der Allgemeinheit. Das Eigentum wird der Allgemeinheit sozusagen genommen, enteignet. Das ist für mich Enteignung.

(Hermann Grupe [FDP]: Mein Hof ist das Eigentum der Allgemeinheit? Das ist ja blanker Sozialismus, was Sie da erzählen!)

Ich frage mich, für wen Sie eigentlich Politik machen. Schauen Sie sich bitte um, ob die Leute, für die Sie hier sprechen, überhaupt hinter Ihnen stehen; denn auch die Landwirte und die Landwirtschaft in Niedersachsen möchten sich in großen Teilen nicht in Opposition zu gesellschaftlichen Ansprüchen wiederfinden,

(Beifall bei den GRÜNEN)

bei der Qualität des Wassers schon gar nicht.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Frau Asendorf, es liegt noch eine Bitte nach einer Zwischenfrage vor. Sie hatten gesagt, dass Sie vielleicht am Ende Ihres Beitrages bereit seien. -

Herr Hillmer, jetzt nicht, aber am Ende des Redebeitrags eventuell. Das müssen wir dann sehen. - Bitte!

Regina Asendorf (GRÜNE):

Ich empfehle, hierzu die Strategie für eine zukunftsfähige Landwirtschaft der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft und die „Zehn Thesen zur Landwirtschaft 2030“ zu lesen. Im Vorwort heißt es:

„Wir müssen ernst nehmen, wenn besorgte Fragen zum ökologischen Zustand unserer Agrarwelt, zur Ethik unserer Tierhaltung gestellt werden. Hier gilt es, auch in der Gesellschaft neues Vertrauen zu gewinnen.“

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP, hören Sie auf, für die politischen Auseinandersetzungen die Landwirtschaft vor Ihren Karren zu spannen. Die Probleme sind doch längst erkannt. Darum geht es doch gar nicht mehr. Es geht um Wege heraus aus einer Produktionsweise, die zu vielen Nebenwirkungen geführt hat. Die wollen wir nicht mehr. Die Landwirtschaft ist schon viel weiter als Sie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dort ist man zur Diskussion bereit.

(Ingrid Klopp [CDU]: Wir sind es auch!)

Dort weiß man bereits, dass zukünftige Agrarförderung an die Erbringung öffentlicher Güter gekoppelt sein wird. Ein öffentliches Gut ist Wasser. Das Wassergesetz und die dazugehörige Düngeverordnung sind Teil dieser Neuausrichtung der Landwirtschaft, um die Ziele des Wasserschutzes umzusetzen. Für die Landwirtschaft wird es deswegen in keiner Region zu unbilligen Härten kommen. Gewässerrandstreifen können Greening-Maßnahmen angerechnet werden, regional angepasste Maßnahmen können ebenfalls durchgeführt werden. Dass bei der Unterhaltung von Gewässern auch ökologische Aspekte zu berücksichtigen sind, das hat das Wasserhaushaltsgesetz schon seit Jahren vorausgesetzt.

(Hermann Grupe [FDP]: Sie wollen das entschädigen, was verboten ist? Toll!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und von der FDP, die politische Verantwortung für den Wasserschutz liegt bei uns. Wenn ich mir Ihre Anträge ansehe, dann finde ich das auch ziemlich

gut; denn es ist besser so. Schönreden geht nämlich nicht mehr.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN - Christian Grascha [FDP]: Weltuntergangsszenarien!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Frau Asendorf, wollen Sie die Fragen beantworten?

Regina Asendorf (GRÜNE):

Ja.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Dammann-Tamke, und dann Herr Hillmer. Bitte schön!

Helmut Dammann-Tamke (CDU):

Vielen Dank, verehrte Kollegin Asendorf. - Angesichts dessen, dass Sie genauso wie gestern der Minister Grundwasser- und Oberflächenwasserqualität immer in einen Topf geworfen haben und dann auf die Qualität des Trinkwassers abgezielt haben, frage ich Sie: Bei wie vielen Prozent der niedersächsischen Oberflächengewässer wird die Nitratobergrenze von 50 mg Nitrat denn eingehalten?

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Hillmer gleich hinterher, bitte!

Jörg Hillmer (CDU):

Vielen Dank, Frau Asendorf. - Sie haben gesagt, dass mit Gewässerrandstreifen das Grundwasser vor Einträgen geschützt werden könne. Können Sie uns sagen, wie das Wasser von einem Gewässerrandstreifen in das Grundwasser gelangen kann? - Denn das Wesen eines Oberflächengewässers ist es doch, Wasser abzuführen, das nicht den Grundwasserkörper erreicht hat bzw. aus dem Grundwasserkörper hervorgetreten ist. Wie soll also Ihrer Meinung nach der umgekehrte Weg funktionieren?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Bitte schön, Frau Asendorf!

Regina Asendorf (GRÜNE):

Zur ersten Frage. Die Grundwasserkörper geben Nitrat auch an die Oberflächengewässer ab. Die Oberflächengewässer sind zu einem großen Anteil - ich glaube, zu 90 % - in einem schlechten Zustand.

(Zuruf: Das ist aber unkonkret!)

- „Schlechter Zustand“ muss reichen.

(Hermann Grupe [FDP]: Genau! Schlagwort muss reichen!)

Irgendjemand hat hier eine Karte vorgestellt, mit der seitens des NLWKN dargestellt werden sollte, dass der Zustand gut sei. Das stimmt aber nicht; denn die Karte besagt etwas ganz anderes. Sie besagt, dass es einen etwas besseren Trend gibt. Aber wenn Sie von der Zensur „5 minus“ auf eine „5“ kommen, dann ist das immer noch nicht gut. Das müssen wir feststellen.

(Zuruf von Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens [CDU])

- „6“ wollen wir nicht.

Die andere Frage ist, wie es sein kann, dass die Einträge von den Oberflächengewässern in das Grundwasser gelangen. - Der Schutz der Oberflächengewässer - ich glaube, ich habe es in der Rede schon gesagt - gilt auch dem Meeresschutz. Wir haben eine starke Eutrophierung der Nordsee. Ich war vor zwei Wochen bei einer großen Veranstaltung, bei der es um die Meeresschutzstrategie ging. Da war übrigens auch das Landvolk eingeladen, das etwas andere und gemäßigtere Töne angeschlagen hat als Sie hier. Es ist nämlich, wie ich es eben schon gesagt habe, tatsächlich weiter. Das gilt insbesondere für die jüngere Generation.

(Beifall bei den GRÜNEN - Ulf Thiele [CDU]: Auf welchen Kanälen haben Sie sich denn mit denen getroffen?)

- Sie werden lachen! Ich gehe manchmal dorthin. Ich meine, Dialog ist an dieser Stelle das Wichtigste. Es war für mich besonders interessant - - -

(Jörg Hillmer [CDU]: Wie kommt das ins Grundwasser?)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Einen Moment! - Meine Damen und Herren, Sie haben jetzt zwei Fragen gestellt, die Frau Asendorf beantwortet. Hören Sie doch die Antworten an. Sonst kommt sie durcheinander, und Sie können gar nicht zuhören.

(Thomas Schremmer [GRÜNE]: Das ist zu kompliziert für die Opposition!)

Bitte schön!

Regina Asendorf (GRÜNE):

Noch einmal: Bei dem Schutz der Oberflächengewässer geht es vor allem um den Meeresschutz. Der sollte uns auch am Herzen liegen. Es ist völlig klar, dass die Randstreifen nicht das ganze Problem lösen. Das glaubt von uns sicherlich niemand. Aber wir müssen verhindern, dass der Oberflächenabfluss von Pestiziden und Nitrat, also von Nährstoffen, in die Oberflächengewässer und dann in die Nordsee gelangt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Hermann Grupe [FDP]: Durch Enteignung!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Herr Kollege Oesterhelweg, Sie haben sich zu einer Kurzintervention gemeldet. Sie haben das Wort.

Frank Oesterhelweg (CDU):

Herr Präsident, ganz herzlichen Dank. - Die einen hören nicht zu, die anderen lesen nicht richtig. Das Landvolk hat gesagt, es geht um ein „Nutzungsverbot für Landwirte“. Das Landvolk hat gesagt, es geht um eine „stille Enteignung“. Und Herr Lies hat gesagt „dramatische Folgen“. - Das ist die Wahrheit.

(Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Das ist eine falsche Darstellung eines Sachverhaltes! Ich habe es gelesen! Der Sachverhalt ist anders!)

- Sie müssen es einfach nur lesen und versuchen zu begreifen, Frau Kollegin!

(Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Man muss aber auch nicht alles glauben, was geschrieben steht!)

Die Kollegin Asendorf hat eben behauptet, wir wollten überhaupt keinen Entwurf. Lesen ist manchmal ganz hilfreich. Gucken Sie sich diesen Antrag an! Wir haben geschrieben, erst dann einen neuen Entwurf - also wollen wir auch einen - einzubringen, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Und wir haben unter Nr. 2 a auch geschrieben: „eine Verbesserung der Wasserqualität“ usw. zu erzielen. - Das alles steht da drin.

Tun Sie doch nicht so, als wenn wir das alles nicht wollten! Wir wollen es mit vernünftigen Mitteln. Das steht hier auch: „mit fachlicher Expertise“. Ich habe es gesagt: Gutachten, Klarstellungen, Lagebeschreibung korrekt, Zieldefinition korrekt, und dann abgestimmte Vorgehensweise.

Unter Nr. 3 steht auch drin: „vor der Veröffentlichung eines neuen Entwurfes“ - den wir also demzufolge nicht ablehnen - „eine umfassende Folgenabschätzung vorzunehmen“. Also bitte nicht diese plumpe Art und Weise, dass wir nicht dazu beitragen wollen, die Gewässer zu verbessern!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Frau Asendorf, bitte schön!

Regina Asendorf (GRÜNE):

Ich glaube, wir können einfach nicht mehr warten. Ich bin über 20 Jahre im Wasserschutz tätig gewesen und habe mitbekommen, was alles nicht passiert ist. Das hat mich doch erst in die Grüne-Partei gebracht: zusehen zu müssen, dass nichts und gar nichts passiert ist, obwohl die Fachleute immer und immer wieder gewarnt haben, wie es kommen wird.

Und jetzt ist es so gekommen. Jetzt stehen wir vor einer Situation, in der immer noch Frachten nachkommen. Wir hätten schon vor 20 Jahren etwas tun können! Aber es war nicht gewollt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Landvolk hat es massiv verhindert. Erklären Sie Ihren Berufskollegen mal die Situation, wie sie ist! Sie müssen aus dieser Richtung raus, eindeutig! Denn so geht es nicht weiter. Das wissen Sie ganz genau! Das Anlastungsverfahren, das wir haben, ist ja nur End-of-the-pipe.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Ganz genau! Das Kind ist schon in den Brunnen gefallen!)

Wir hätten da schon viel früher etwas machen können. Wir kommen wir da jetzt raus? Fragen Sie Ihre Kollegen das mal!

Nehmen wir das Beispiel der Düngeverordnung! Schon vor 20 Jahren haben wir gesagt: So geht es nicht weiter! - Jetzt haben wir die Düngeverordnung, weil Juristen das Ganze in die Hand genommen haben. Damals hätten wir noch die Gelegenheit gehabt, das über Beratung und über ver-

nünftige Strategien auszuhebeln. Aber es war nicht gewollt. Sie haben dem zugesehen.

Ich denke nur an die Zahlen der Tierseuchenkasse. 2006 habe ich nachfragt: Welche Zahlen hat die Tierseuchenkasse? Ich habe zur Antwort bekommen: Die sind geheim, Frau Asendorf, die dürfen Sie nicht bekommen. - Und dann habe ich erfahren, dass die Zahlen nicht mit der Agrarstatistik übereinstimmen. Dort standen 40 % mehr Tiere, als öffentlich bekannt. Man hat die Augen zugemacht, und jetzt haben wir den Scheiß!

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Frau Asendorf, bei aller Emotionalität, aber das letzte Wort - ich wiederhole es jetzt nicht - ist nicht parlamentarisch. Das streichen wir!

(Jens Nacke [CDU]: Herr Bachmann erteilt permanent Ordnungsrufe und die anderen nicht! Das ist nicht in Ordnung!)

- In diesem Fall würde ich keinen Ordnungsruf erteilen wollen. Das wollen wir hier nicht. Aber wir haben das zur Kenntnis genommen, und wir haben auch gerügt. Ja? - Okay.

(Jens Nacke [CDU]: Es kann doch nicht permanent eine unterschiedliche Behandlung geben! - Editha Lorberg [CDU]: Man muss nur grün sein, dann darf man alles sagen! - Gegenruf von Ulf Thiele [CDU]: Dann darfst du auch Kollegen als dumm bezeichnen!)

Herr Minister Wenzel, Sie haben das Wort!

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Grupe, sehr geehrter Herr Oesterhelweg, genau wegen dieser Ignoranz haben Sie die letzte Wahl verloren.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Oh, oh!)

- Ja, das muss man mal so deutlich sagen.

(Hermann Grupe [FDP]: Ich glaube, Sie hatten weniger als wir!)

Was ich in dieser Debatte vermisst habe, ist eine Haltung hier in diesem Parlament zum Umgang mit solchen Fragen. Sie fordern, den Gesetzentwurf zurückzuziehen und gar nicht in den Landtag ein-

zubringen. Sie wollen sich hier der Debatte über den Gesetzentwurf gar nicht stellen.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Richtig! - Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sie können Änderungsanträge stellen. Tun Sie das doch! Aber nein, Sie wollen das Problem aus der Welt reden, und Sie fordern, den Gesetzentwurf gar nicht erst einzubringen.

(Ulf Thiele [CDU]: Diesen nicht!)

Das ist die Ignoranz, meine Damen und Herren, die wir hier in den letzten Jahren häufig erlebt haben.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister! Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Meine Damen und Herren, darf ich vielleicht ausreden?

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Ich frage Sie ja, ob Sie eine Zwischenfrage zulassen wollen oder nicht. Also nein!

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Ich möchte zu Ende ausführen, meine Damen und Herren.

Wir reden hier über die Situation, wie sie ist, und ich vermisse an dieser Stelle einen Vorschlag - Herr Grupe und Herr Oesterhelweg, Sie machen keinen einzigen Vorschlag -, wie wir mit dem Problem umgehen, das u. a. Sie in den zehn Jahren Ihrer Regierungszeit geschaffen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wir reden darüber, dass 98 % der Oberflächengewässer in keinem guten Zustand sind, und Sie haben nicht eine einzige Idee, wie man diese Situation verändern kann.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Ja, alles so lassen wie immer! - Helmut Dammann-Tamke [CDU]: Das stimmt doch nicht!)

Wollen Sie so weiter machen? Wollen Sie den Status quo einfach weiterhin so fortsetzen?

Wer ist denn die Klientel? Ich sage Ihnen eines: Die Klientel, um die es hier geht, ist unsere gesamte Bevölkerung.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Grupe, Herr Oesterhelweg, das ist jeder, der sich mit Wasser ernährt, der Wasser zum Leben und Wasser zum Trinken braucht. Das ist die Wahrheit. Das ist die Klientel, über die wir hier reden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wenn wir hier weiterdiskutieren wollen, dann legen Sie eigene Vorschläge auf den Tisch! Legen Sie eigene Gesetzentwürfe auf den Tisch! Schreiben Sie auf, wie das geht! Schreiben Sie auf, wie wir die Gülle, die Nährstoffe, so beseitigen, dass sie am Ende unser Trinkwasser, unsere Bäche und Flüsse nicht so belasten, dass man sie nicht mehr für die menschliche Ernährung oder als Tränkewasser für die Tiere nutzen kann, und dass sie nicht ins Meer gelangt. Dort trifft es die Fischer, die von der Fischerei leben und damit ihren Lebensunterhalt bestreiten, meine Damen und Herren.

Legen Sie eigene Vorschläge auf den Tisch, und verweigern Sie sich dieser Diskussion nicht!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister, entschuldigen Sie noch mal!

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Nein, ich will das ausführen.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Ich muss Sie aber fragen. Sie haben „nein“ gesagt, und jetzt bekommen Sie wieder das Wort. Bitte schön!

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Danke.

Dann noch etwas zum Thema Statistik und zur Presseerklärung von Herrn Grupe: Das war entweder Ignoranz oder fachliche Unkenntnis.

(Hermann Grupe [FDP]: Na, na!)

Ich gehe aber von Ersterem aus, weil ich unterstelle, dass Sie an dieser Stelle fachlich sehr genau wissen, wovon Sie reden. Sie wissen genau, was

gemäß der Nitratrichtlinie gemeldet werden muss und wie viele unserer Grundwasserkörper dann als hoch belastet gelten. Deswegen bitte ich Sie: Setzen Sie nicht immer wieder falsche Zahlen in die Welt! 60 % der Fläche unserer Grundwasserkörper sind zu hoch mit Nitrat belastet.

(Hermann Grupe [FDP]: 60? Wollen Sie jetzt den Landwirtschaftsminister übertrumpfen? 38 ist die Zahl, und in Wahrheit sind es 15!)

- Ja, 60. Sie müssen aber auch mal lesen, was wir nach der Nitratrichtlinie melden müssen.

Meine Damen und Herren, ich bin sicher: Sauberes Trinkwasser, saubere Bäche und Flüsse liegen auch im wohlverstandenen Interesse der Landwirte. 98, 99 % der Landwirte wollen auch, dass die gute fachliche Praxis, wenn sie angewendet wird, am Ende nicht dazu führt, dass die Allgemeinheit geschädigt wird. Da bin ich mir völlig sicher.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich sage Ihnen eines: Ich bin der Letzte, der nicht mit den Landwirten redet. Ich habe diesen Beruf selber einmal gelernt, und ich glaube, dass es einer der schönsten der Welt ist.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD - Hermann Grupe [FDP]: Zuhören hilft! - Helmut Dammann-Tamke [CDU] meldet sich zu einer Frage)

Wir sollten ihn für die Ewigkeit erhalten, aber auch unsere Umwelt und unsere Lebensgrundlagen.

Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Meine Damen und Herren, der Minister hat klar gesagt, dass er keine Fragen beantworten, sondern ausführen möchte. Das müssen wir akzeptieren.

Jetzt hat sich Herr Grupe zu Wort gemeldet. Herr Grupe, Sie haben noch 4:27 Minuten. Bitte schön!

Hermann Grupe (FDP):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Minister, Sie haben kritisiert, dass wir Sie auffordern, den Gesetzentwurf zurückzuziehen. Dieser Gesetzentwurf, so wie er diskutiert wird, zielt im Kern darauf

ab, auf diesen 80 000 ha, die das Landvolk berechnet hat, jegliche Düngung und jeglichen Pflanzenschutz zu verbieten.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Was ist denn Ihr Vorschlag?)

Wir sind gerne bereit, Änderungsvorschläge zu machen,

(Anja Piel [GRÜNE]: Dann los! Macht doch mal! - Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

wenn wir Ihren Gesetzentwurf damit ins Gegenteil verkehren können. Aber wenn ein Gesetzentwurf vorgelegt wird, der im Kern einen völlig falschen Weg vorschreibt, dann halte ich es für einen absolut vernünftigen Weg, diesen Gesetzentwurf zurückzuziehen.

(Zustimmung bei der FDP)

Wir verweigern uns überhaupt nicht einer Lösung der bestehenden Probleme.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Wo ist denn Ihr Vorschlag? - Miriam Staudte [GRÜNE]: Wollen Sie jetzt noch Geld dafür, dass Sie das Wasser nicht verdrecken? Hauptsache, die Kompensationsleistungen stimmen!)

Wir - das habe ich mehrfach ausgeführt - wollen die Dinge sehr gerne verbessern.

Sie haben nun angemahnt, wir hätten keine eigenen Vorschläge gemacht - das hat vielleicht mehr die Agrardebatte betroffen. Sie haben gefragt, wie wir diese Nährstoffmengen beseitigen wollen. Wir wollen nichts beseitigen - das ist ja keine Abfallbeseitigung -, sondern es geht um die Verwertung von Düngemitteln. Die wollen wir im Lande besser verteilen, Herr Minister. Wir beklagen seit Langem, dass diese Landesregierung in diesem Bereich völlig untätig ist.

In der Praxis ist schon eine deutlich bessere Verteilung gelungen. Aber dafür müsste in den Gebieten, in denen ein Mangel an Dünger herrscht, in denen wir 0,3, 0,4 Großvieheinheiten haben, dafür geworben werden, diese wertvollen Düngemittel aufzunehmen. Aber das ist in der Gesamtbevölkerung nicht so leicht durchzubringen. Das ist bei Kreistags- und Ortsratsabgeordneten auch nicht unbedingt leicht durchzubringen. An der Stelle sehen wir eine völlige Untätigkeit dieser Landesregierung. Der Berufsstand wird allein gelassen.

Aber wir kommen zu Fortschritten. Wir versuchen, die Probleme in der Sache zu lösen.

Was dem Fass wirklich den Boden ausschlägt, sind die Zahlen, die Sie eben zu den Nitratwerten genannt haben. 60 % ist ja ein ganz neuer Rekord. Ich erzähle überall, dass Christian Meyer mit seinen 50 % den einsamen Rekord hält. „38 %“ ist, wie wir überall nachlesen können, die Zahl, die der EU genannt worden ist, und ganz bestimmt keine 60 %, wie Sie hier behaupten.

Wenn man die Durchschnittswerte zugrunde legt, die das NLWKN vorgelegt hat, dann sind 16 % der Messstellen betroffen.

(Renate Geuter [SPD]: Das ist wieder falsch! Ihre Ablenkungsmanöver helfen nicht weiter!)

Dieses ganze Zahlenspiel nervt mich mittlerweile absolut.

(Zustimmung von Christian Grascha [FDP])

Ich ruhe mich auch auf 16 % nicht aus. Wir Landwirte wollen die Wasserqualität verbessern, wo es nur geht. Wenn der Grenzwert bei 16 % der Messstellen überschritten ist - das ist dann noch nicht giftig, aber der Grenzwert ist überschritten -, lässt uns auch das nicht ruhen. Wir wollen in gemeinsamen Kooperationen, die dann aber auch von der Gesellschaft entlohnt werden müssen,

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Wenn Sie das wollen, warum machen Sie das nicht schon längst?)

diese Werte verbessern. Aber dass der Fachminister im Zusammenhang mit der Grenzwertüberschreitung von 60 % spricht, ist wirklich grotesk. Da lasse ich mir von Ihnen auch gerne mangelnde Fachkenntnis unterstellen.

Danke schön.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Grupe. - Die CDU-Fraktion hat zusätzliche Redezeit beantragt. Herr Oesterhelweg, Sie haben zwei Minuten. Bitte schön!

Frank Oesterhelweg (CDU):

Herzlichen Dank, Herr Präsident. - Herr Minister, ich habe Sie selten so nervös erlebt.

(Lachen bei den GRÜNEN - Gerd Ludwig Will [SPD]: Jetzt kommt ja Ihr Vorschlag!)

Sie werden es nicht schaffen - Sie sind ja schon baden gegangen, wie wir nachlesen konnten -, einen Landwirt gegen Wasser- und Bodenschutz auszuspielen. Das ist die Feststellung Nummer eins.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Anja Piel [GRÜNE]: Ist das ein Versprechen?)

Zweitens. Ich verweise darauf, dass wir gemeinsam zu Beginn der Wahlperiode einen Antrag zum Thema Nährstoffe verabschiedet haben. Ich verweise darauf, dass wir einen gemeinsamen Antrag zum Hochwasserschutz verabschiedet haben - da wollten Sie nur die Gewässerunterhaltung nicht mit drin haben. Wir haben hier an dieser Stelle darüber diskutiert. Ich verweise auch auf unsere einstimmige Resolution zum Düngerecht.

Wissen Sie, uns gefällt nicht, dass Sie hier im Blindflug unterwegs sind und gar nicht genau definieren, wie die Lage ist und was Sie machen wollen. Wenn Sie sich dann hier hinstellen und sagen, wir hätten nicht einen einzigen Vorschlag gemacht, kann ich nur sagen: Das Studium unseres Antrags ist an der Stelle sehr gut geeignet. Wir reden über freiwillige Vereinbarungen,

(Miriam Staudte [GRÜNE] lacht - Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir reden über Hochwasserschutz und Erosionsvermeidung. Wir reden über Investitionen in Technik und über Folgenabschätzung. Herr Minister Meyer, wir haben nicht nur darüber geredet, sondern wir haben das sogar aufgeschrieben. Man muss ja etwas differenzieren. Wir verweigern uns auch nicht einem neuen Entwurf, wir wollen aber einen vernünftigen Entwurf. Wenn Sie keinen auf den Weg bringen, werden wir das nächste Jahr tun.

Danke schön.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Jetzt liegt eine weitere Bitte auf zusätzliche Redezeit von Regina Asendorf, Bündnis 90/Die Grünen, vor. Sie haben eine Minute. Herr Oesterhelweg hatte zwei Minuten, Sie haben

eine. Die FDP hatte vorhin noch eine Restredezeit von vier Minuten. Bitte schön!

Regina Asendorf (GRÜNE):

Sehr geehrte Damen und Herren! Gesetze sind immer das letzte Mittel; sie sind immer dann notwendig, wenn alles andere - leider - nicht funktioniert hat. Wir hätten vielfach die Gelegenheit gehabt, das zu bereinigen, was in unserem Land passiert ist. Ich erinnere z. B. an das Thema Tierseuchenkasse. Lange waren die Tierzahlen überhaupt nicht bekannt.

(Hermann Grupe [FDP]: Das haben wir gerade gesagt!)

2006 habe ich erfahren, dass 40 % mehr Tiere in Niedersachsen stehen als überhaupt bekannt. Und wo ist die Scheiße geblieben?

(Hermann Grupe [FDP]: Herr Präsident, jetzt ist aber gut! - Jörg Bode [FDP]: Wiederholungstäterin! - Jens Nacke [CDU]: Sie sind ja richtig primitiv, Frau Kollegin! - Weitere Zurufe von der CDU und von der FDP)

- Ist doch wahr!

Die Nitratwerte sind gestiegen trotz Trinkwasserberatung.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Meine Damen und Herren, wir hören hier nicht einmal - - -

(Hermann Grupe [FDP]: Falsche Argumente werden dadurch auch nicht richtig! - Weitere Zurufe von der CDU und von der FDP)

Meine Damen und Herren, diese Agrartheemen scheinen immer hohe emotionale Auswirkungen zu haben - was ja in Ordnung ist. Aber wenn wir hier nicht mal mehr verstehen können, was die Rednerin sagt - - -

(Hermann Grupe [FDP]: „Scheiße“ hat sie gesagt! Zum zweiten Mal! - Weitere Zurufe von der CDU und von der FDP)

Meine Damen und Herren, wir lesen das nach und werden entsprechend darauf reagieren. Wir haben die erste Auswirkung schon gemerkt; Sie haben es bedauert, so habe ich das jedenfalls mitgekriegt.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Offensichtlich nicht!)

Wenn jetzt ein ähnlicher Satz gefallen ist, wird es möglicherweise zu einer anderen Reaktion kommen. Das entscheiden wir nach dem Lesen des Protokolls. Wir können nichts verstehen, wenn so in die Debatte reingebrüllt wird. Es tut mir leid; das muss ich so sagen.

Sie haben jetzt noch 41 Sekunden, Frau Asendorf.

Regina Asendorf (GRÜNE):

Wir sind doch sehenden Auges in die heutige Situation gelaufen. In der heutigen Agrarstruktur befinden sich die Landwirte in einer Situation, aus der wir sie auch irgendwie wieder herausholen müssen - das ist gar keine Frage.

(Hermann Grupe [FDP]: Sie brauchen keinen Landwirt rauszuholen!)

Das geht doch nur gemeinsam.

(Zuruf von Clemens Große Macke [CDU])

Auf jeden Fall haben wir riesige Probleme beim Grundwasserschutz, und zwar schon seit vielen Jahren. Und wir wundern uns immer, warum das ist so. Aber das ist doch kein Wunder! Denn die Tierzahlen haben nie gestimmt. Und jetzt ist es so, wie es ist. Es geht nur noch über gesetzliche Maßnahmen. Das ist doch Ihnen zu verdanken! Das alles hätten wir schon längst anders haben können. Das ist doch frustrierend.

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

Diejenigen, die aus der Fachberatung gekommen sind, haben das mit ansehen müssen. Ich wünsche mir von ganzem Herzen, dass dies zu einer fachlichen Diskussion führt.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Das wäre mal schön! - Dr. Stephan Siemer [CDU]: Das können Sie ja nicht mal! - Glocke des Präsidenten)

Ich war letztens bei einer Veranstaltung des BUND. Da - - -

(Der Präsident schaltet der Rednerin das Mikrofon ab)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Entschuldigung, das können Sie jetzt nicht mehr ausführen.

(Regina Asendorf [GRÜNE]: Alles klar! - Beifall bei den GRÜNEN - Ott-

mar von Holtz [GRÜNE]: Wieso? Sie ist immer unterbrochen worden!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Das war eine fast doppelte Überschreitung der Redezeit.

Meine Damen und Herren, wir müssen klären, ob wieder ein solches Wort wie beim ersten Mal gesagt worden ist. Dann würden Sie einen Ordnungsruf erhalten. Wir werden das nachlesen. Das ist keine Frage, so haben wir das vereinbart, und so machen wir es auch.

(Jens Nacke [CDU]: Sie haben es doch genau gehört! - Gegenruf von Miriam Staudte [GRÜNE]: Was denn? - Gegenruf von Jens Nacke [CDU]: Dass sie „Scheiße“ gesagt hat! - Weitere Zurufe)

Eine Kurzintervention von Ihnen, Herr Oesterhelweg!

Frank Oesterhelweg (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, der Minister ist heute nicht der Einzige, der baden geht, Frau Kollegin Asendorf.

Sie haben gesagt, alles andere hat nicht mehr funktioniert. Sie wissen offensichtlich nicht so gut Bescheid, wie man es angesichts Ihres beruflichen Hintergrundes eigentlich erwarten könnte. Ich kann Ihnen aus der eigenen praktischen Erfahrung als Landwirt berichten, dessen Äcker zu 90 % im Wasserschutzgebiet liegen, dass wir es seit Jahren und Jahrzehnten hinbekommen haben, die Situation des Grundwassers bei uns in den Griff zu bekommen und seine Qualität durch die eben mehrfach erwähnten Kooperationen und durch die mehrfach erwähnten freiwilligen Vereinbarungen zu verbessern. Genau das ist der Weg.

Ich weiß gar nicht, warum Sie heute so nervös reagieren. Der Minister hat doch gestern hier schon erste Anzeichen vernehmen lassen, dass er bereit ist, auf unsere gemeinsame Linie der freiwilligen Vereinbarungen und der freiwilligen Kooperationen einzuschwenken.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Na klar!)

Warum denn so nervös?

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Das hätten Sie gern!)

Überlegen Sie sich das noch einmal, und legen Sie einen ordentlichen Entwurf vor! Dann sind wir an Ihrer Seite.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Frau Asendorf wollen Sie antworten?

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Nein!)

- Nein, okay.

Wir klären das, was hier gelaufen ist, so, wie ich es vorhin gesagt habe.

Meine Damen und Herren, wir sind jetzt am Ende der Beratungen zu den Tagesordnungspunkten 31 und 32.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Hier liegen zwei unterschiedliche Anträge vor. Herr Grupe, bleibt es dabei, dass Sie einen anderen Antrag gestellt haben?

(Hermann Grupe [FDP]: Ja, wir wollen die Federführung des Landwirtschaftsausschusses!)

- Dann lassen wir zuerst über den Antrag abstimmen, auf den sich die anderen drei Fraktionen geeinigt haben: Ausschussüberweisung federführend an den Umweltausschuss und mitberatend an den - - -

(Helge Limburg [GRÜNE]: Herr Präsident, zu den beiden Anträgen: erst der CDU-Antrag, dann der FDP-Antrag!)

- Genau. Wir lassen zuerst über den ersten Antrag abstimmen.

(Hermann Grupe [FDP]: Der erste Antrag ist der FDP-Antrag! - Weitere Zurufe)

- Das sage ich ja gerade. Wir machen eine Abstimmung über Kreuz im besten Sinne.

(Christian Grascha [FDP]: Kreuzkraut!)

Der vorliegende Antrag der CDU-Fraktion soll federführend an den Umweltausschuss und mitberatend an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung überwiesen werden. Wenn die Überweisung nicht durchkommt, lassen wir über Ihren Antrag abstimmen.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Nein! - Der Abgeordnete begibt sich zum Präsidium)

- Okay, dann ist das geklärt.

Der Antrag der CDU-Fraktion soll federführend an den Umweltausschuss und mitberatend an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung überwiesen werden. Beim FDP-Antrag soll umgekehrt verfahren werden. Habe ich Sie richtig verstanden?

(Widerspruch)

- Dann sagen Sie es bitte noch einmal.

(Hermann Grupe [FDP]: Der FDP-Antrag ist der Erste auf der Liste!)

- Ja.

(Hermann Grupe [FDP]: Er soll federführend in den Agrarausschuss und mitberatend in den Umweltausschuss überwiesen werden! - Zuruf von der SPD: Mikro, bitte! Wir hören nichts!)

- Und der CDU-Antrag genau umgekehrt.

Alles angekommen?

(Helge Limburg [GRÜNE]: Ja!)

Dann lasse ich über beides so abstimmen.

(Christian Dürr [FDP]: Wie das Herr Grupe gesagt hat!)

Wer dem so zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Die gibt es nicht. Enthaltungen? - Die gibt es auch nicht. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe jetzt auf den

Tagesordnungspunkt 33:

Erste Beratung:

Ministerpräsident Stephan Weil muss das Verhältnis der Landesregierung zu DITIB klären - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/7423

Zur Einbringung hat sich der Kollege Ulf Thiele, CDU-Fraktion, gemeldet. Bitte schön, Herr Thiele, Sie haben das Wort.

Ulf Thiele (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bundesjustizminister Heiko Maas hat im *Kölner Stadt-Anzeiger* vom 15. Februar gesagt:

„Wenn sich der Verdacht gegen einzelne DITIB-Imame, Spionage zu betreiben, bestätigt, muss sich die Organisation vorhalten lassen, zumindest in Teilen ein verlängerter Arm der türkischen Regierung zu sein.“

Und weiter:

„Wir erwarten, dass die DITIB die Vorwürfe unverzüglich und lückenlos aufklärt.“

Dann sagt er:

„Der Einfluss des türkischen Staates auf die DITIB ist zu groß. Der Verband muss sich glaubhaft von Ankara lösen.“

Volker Beck, rechtspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion der Grünen, hat im *Westfalenblatt* vor wenigen Tagen, am 24. Februar, gesagt:

„Entweder sorgt der türkische Moscheeverband DITIB für die Überstellung der Verdächtigen,“

- er meint damit die vier Imame, gegen die Ermittlungen angestrengt wurden und die in die Türkei ausgewandert sind -

„oder er muss die Deutsche Islamkonferenz verlassen. Wenn wir das durchgehen lassen, schaden wir dem Rechtsstaat.“

Weiter sagte er:

„Es kann nicht sein, dass wir mit einem Partner am Tisch sitzen, aus dessen organisatorischer Mutterbehörde in Ankara Spionage angeordnet und hier durchgeführt wird und wonach dann die Verdächtigen außer Landes gebracht werden. Da können wir doch nicht so tun, als sei nichts gewesen.“

Der nordrhein-westfälische Arbeits-, Integrations- und Sozialminister, Rainer Schmetzler von der SPD, hat am 8. Februar erklärt, ein friedliches Miteinander funktioniert nur mit einer Institution, die nicht aus Ankara fremdgesteuert werde. Und weiter: „Jetzt ist DITIB in der Bringschuld.“ - Dann warf er dem Dachverband eine sture Haltung vor.

Cem Özdemir, der Spitzenkandidat und Bundesvorsitzende der Grünen, hat in der Zeitung *DIE WELT* bereits am 12. Dezember ausgeführt:

„Es drängt sich einmal mehr der Verdacht auf, dass Teile der DITIB mehr und mehr zu einer politischen Organisation Erdogans werden“.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Das ist ein Problem!)

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund der Debatte in anderen Ländern und auf Bundesebene, Herr Ministerpräsident Weil und Frau Kultusministerin Heiligenstadt, muss es erlaubt sein, zu fragen, welche Diskussion wir heute in diesem Hohen Hause führen müssten,

(Helge Limburg [GRÜNE]: Das verbietet doch keiner!)

wenn nicht die CDU im vergangenen Jahr gehörig auf die Bremse getreten hätte,

(Beifall bei der CDU)

wenn wir nicht die Diskussion über den von SPD und Grünen angestrebten Staatsvertrag mit DITIB vom Kopf auf die Füße gestellt hätten, wenn wir nicht frühzeitig thematisiert hätten, dass der von SPD und Grünen in Hinterzimmern mit DITIB und der Schura ausgehandelte Vertrag

(Belit Onay [GRÜNE]: Das ist nicht richtig! - Uwe Santjer [SPD]: Das sind Unterstellungen!)

große Schwächen hat. Herr Ministerpräsident, wenn Sie sich durchgesetzt hätten - er guckt sogar mal -,

(Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Herr Thiele, meine Güte! - Gegenruf von Jens Nacke [CDU]: So ist das!)

müssten wir heute darüber diskutieren, ob und wie das Land den gerade beschlossenen Vertrag wieder aufkündigen kann. Das wäre die Debatte, die wir heute hier geführt hätten. Herr Ministerpräsident, Sie können froh sein, dass Sie eine so wachsame Opposition in diesem Hohen Hause haben.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP - Ministerpräsident Stephan Weil lacht)

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist gut, dass endlich auch die Landesregierung verstanden hat, dass ein Vertrag mit der DITIB unter den jetzigen Bedingungen nicht klug ist. Allerdings muss ich

einschränken, dass die Ankündigung, im Jahr 2018 doch zu einem Vertrag zu kommen, zumindest ein Hinweis darauf ist, dass es eher darum gehen könnte, den Wahltermin zu überleben, als darum, wirklich Erkenntnisse zu gewinnen.

(Belit Onay [GRÜNE]: Was sind denn Ihre Perspektiven?)

- Darauf komme ich noch zu sprechen. Machen Sie sich keine Sorgen!

Meine Damen, meine Herren, spätestens ab dem 15. September 2016 konnte niemand mehr darüber hinwegsehen, dass der direkte Einfluss der türkischen Religionsbehörde Diyanet auf DITIB ein elementarer Hinderungsgrund ist, diesem Verband den Status einer Religionsgemeinschaft zu verleihen. Das war aber das Kernanliegen des Vertrages, den Sie abschließen wollten. Auf dieser Basis sollte der Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts entwickelt werden.

Herr Ministerpräsident, Ihr Ziel ist es, DITIB einen Status zu verleihen, an dessen Ende eine Stellung kirchengleich sein würde. Die Gutachten dazu, die von Ihrer Kultusministerin eingeholt wurden, bleiben an der entscheidenden Stelle leider sehr unscharf. Sowohl Professor Muckel als auch Professorin Klinkhammer lassen offen, ob DITIB die notwendige Unabhängigkeit hat, um als Religionsgemeinschaft im Sinne des Artikels 7 Abs. 3 des Grundgesetzes anerkannt werden zu können. Beide Gutachten kommen, wie ich finde, voreilig zu dem Schluss, dass dies der Fall sei.

Ich kann Ihnen nur dringend empfehlen, den Weg zu gehen, den die Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz gegangen ist, als sie ein ähnliches Gutachterproblem hatte. Sie ist im Angesicht der aktuellen Debatte um die Türkei und den Einfluss auf DITIB zu dem Schluss gekommen, ein neues Gutachten zu beauftragen.

Meine Damen, meine Herren, heute wissen wir, dass die türkische Regierung, dass Diyanet die DITIB dafür zu nutzen versucht, eigene politische Ziele zu verfolgen. Am 5. September 2016 hat Diyanet eine Aufforderung an alle türkischen Institutionen im Ausland verschickt, Informationen über Anhänger u. a. der Gülen-Bewegung und der PKK zu beschaffen und zu melden, darunter alle türkischen Konsulate in Deutschland, alle bei der Diyanet angestellten Imame sowie alle Mitarbeiter der Diyanet innerhalb der Organisationsstruktur der DITIB.

Bis heute ist nicht geklärt, wie viele der genannten Personen diesem Spionageaufruf am Ende gefolgt sind.

Aber klar ist damit, dass die Diyanet DITIB eben nicht als Religionsgemeinschaft sieht, sondern als Teil ihrer Auslandsorganisation. Das ist gar kein Geheimnis; das ist ja in den Satzungsstrukturen der DITIB angelegt. Deswegen müssen wir die Frage stellen: Kann die DITIB in dieser Form überhaupt eine Religionsgemeinschaft sein?

Meine Damen, meine Herren, an dieser Stelle ist, wie ich finde, mit Blick auf den Landesverband Niedersachsen/Bremen der DITIB eine Differenzierung notwendig. Ich will Herrn Kilic, den Vorsitzenden der DITIB Niedersachsen, hier ausdrücklich nennen. Wir wissen, dass er selbst ein sehr kritisches Verhältnis zu diesen Strukturen und zu seinem eigenen Bundesverband hat.

Hier wird ein Dilemma deutlich. Es geht nämlich bei dem, was wir besprechen, nie um Verträge und Vereinbarungen zwischen dem Land und einzelnen Personen, sondern es geht immer um Vereinbarungen mit einer Organisation, der DITIB Niedersachsen/Bremen, und die ist nun mal momentan Teil des Bundesverbandes und damit Teil der Organisationsstruktur der Diyanet.

Aus unserer Sicht gibt es nur einen einzigen Ausweg aus diesem Dilemma: Die DITIB Niedersachsen/Bremen muss, wenn sie Vertragspartner des Landes sein will, unabhängig werden, d. h. sie muss sich von der Abhängigkeit vom Bundesverband und insbesondere von der Abhängigkeit von Diyanet eindeutig emanzipieren und damit trennen.

(Beifall bei der CDU)

Bis dahin muss es Aufgabe der Landesregierung sein, in allen Bereichen, in denen es eine Zusammenarbeit gibt, beim Religionsunterricht - da hat unsere Landesregierung es damals so angelegt -, bei der Gefangenenseelsorge, auch bei der Frage der Vertretung in der Landesmedienanstalt beispielsweise, strukturell sicherzustellen, dass die Diyanet und damit die türkische Regierung keinen direkten oder indirekten Einfluss auf diese Institutionen haben kann.

Das bedeutet aus unserer Sicht auch: In der jetzigen Situation muss die Landesregierung, muss das Kultusministerium die Verordnung zur Beteiligung der DITIB an der Auswahl eines muslimischen Vertreters im Landesschulbeirat stoppen, Frau Ministerin.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich muss noch einen anderen Vorgang ansprechen: diesen unsäglichen Brief des Ministerpräsidenten an den Vorsitzenden der DITIB Niedersachsen/Bremen, an Yilmaz Kilic. Herr Weil, Anfang Februar teilten Sie in diesem Brief der DITIB mit, dass ein Imam der DITIB-Gemeinde Braunschweig unter Verdacht stehe, ein Spitzel der Türkei zu sein.

Damit haben Sie erstens zehn Imame in dieser Moscheegemeinde unter den Verdacht der Spitzeltätigkeit gestellt, ohne das auflösen zu können - bis zum heutigen Tage. Heute haben Sie uns eine Antwort gegeben, dem Verband bis heute nach unserer Kenntnis nicht.

Zweitens aber haben Sie mit diesem Hinweis eine Information preisgegeben, die Sie im gleichen Moment dem Parlament aus guten Gründen vor-enthalten haben. Sie haben nämlich in der Antwort der Landesregierung - genauer: des Innenministers - auf eine Anfrage der Kollegen Jahns, Adasch und Fredermann, die Sie uns am 3. Februar haben zukommen lassen, Folgendes erklärt:

„Seit Kurzem liegt ein noch nicht verifizierter Hinweis zu einem Aufruf im o. g. Sinn vor,“

- damit ist der Spitzelvorwurf gemeint -

„der gegenwärtig geprüft wird. Weitere konkrete Angaben dazu können aufgrund der noch laufenden Ermittlungen derzeit nicht erfolgen.“

Herr Ministerpräsident, der Innenminister kann dem Parlament wegen der laufenden Ermittlungen keine näheren Angaben machen, aber zur gleichen Zeit informieren Sie DITIB über diesen Verdacht. Ich will Ihnen nicht einmal Absicht unterstellen. Aber grob fahrlässig zu handeln, macht es nicht besser. Sie haben zehn Imame öffentlich diesem Verdacht ausgesetzt, und Sie haben zugleich eine interne Information, die Sie aus dem Innenministerium erhalten haben, also einen geheimen Ermittlungsvorgang gegen diesen Imam, verraten und dem Verdächtigen zur Kenntnis gebracht. Ein solcher Fehler darf einem Ministerpräsidenten nicht passieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Weil, Sie stehen in der Pflicht, diesen unglaublichen Vorgang zu klären, und Sie stehen in der Pflicht, das Verhältnis der Landesregierung zu DITIB zu klären.

Unsere Position ist klar: DITIB Niedersachsen bleibt für uns ein Gesprächspartner. Aber Vertragspartner kann DITIB Niedersachsen nur sein, wenn sich der Verein klar und strukturell vom DITIB-Bundesverband und insbesondere von der türkischen Regierung, also von der Diyanet, emanzipiert und löst.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Thiele. - Herr Onay, Sie möchten eine Kurzintervention machen. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Belit Onay (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr geehrter Herr Kollege Thiele, ich hatte die Frage dazwischengerufen, welche religionspolitische Perspektive Sie sehen bzw. vorschlagen. Die Antwort sind Sie leider schuldig geblieben. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie darstellen könnten, wie Sie die Entwicklung für die Musliminnen und Muslime in Niedersachsen und in Deutschland bewerten.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Thiele, bitte schön!

Ulf Thiele (CDU):

Herr Onay, herzlichen Dank für die Frage. Ich gebe zu, es ist ziemlich schwierig, das in 90 Sekunden darzustellen.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Sie hatten mehr Redezeit!)

Denn das ist eine sehr komplexe Frage.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Ach! Ach!)

Das hat damit zu tun, dass die islamischen Gemeinden eben nicht in einer Struktur organisiert sind, wie wir sie beispielsweise von den christlichen Kirchen kennen.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Ja!)

Was heißt das? - Wir haben momentan die Situation, dass wir zwei Gesprächspartner haben, die nur einen Teil der muslimisch gläubigen Menschen hier in Niedersachsen überhaupt vertreten können,

(Filiz Polat [GRÜNE]: Drei Gesprächspartner! Die Aleviten bitte nicht vergessen!)

nämlich im Kern diejenigen, die eher sunnitisch orientiert sind und aus der Türkei kommen. Alle anderen werden durch diese Verbände gar nicht vertreten.

Wollte man eine allgemeine Vertretung organisieren, müsste man eine Versammlung aller Moscheegemeinden, die grundgesetztreu - auf dem Boden unserer Verfassung - arbeiten und die alle Glaubensrichtungen wirklich glaubhaft vertreten können, organisieren.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Dafür wäre zuvor ein Dialog notwendig.

(Belit Onay [GRÜNE]: Es ist Teil der Religionsfreiheit, sich selbst zu organisieren!)

- Herr Onay, wissen Sie was? Das hat Ihre eigene Regierung 2002 schon einmal versucht. Das Ergebnis war die Gründung der Schura, weil man mit DITIB alleine nicht verhandeln wollte.

(Belit Onay [GRÜNE]: Die DITIB war Mitglied der Schura!)

Aber auch diese bildet nur einen kleinen Teilausschnitt ab.

Die Wahrheit ist, dass dieser Weg bisher nicht gegangen wurde, zumindest nicht zu Ende gegangen wurde, dass dafür ein lang angelegter Dialog mit den Moscheegemeinden notwendig ist und dass wir in der Zwischenzeit mit den Verbänden, die wir haben, diskutieren müssen.

Aber für DITIB habe ich uns klar positioniert: Vertragspartner des Landes Niedersachsen kann nur sein, wer unabhängig von der türkischen Regierung ist. Das heißt in diesem Fall auch: unabhängig vom DITIB-Bundesverband.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Thiele. - Jetzt hat sich Herr Politze gemeldet, für die SPD-Fraktion. Bitte schön, Stefan Politze!

Stefan Politze (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Thiele, an dieser Stelle möchte ich sagen: Geht es auch eine Nummer kleiner?

(Zuruf von der FDP: Mal wieder! - Ulf Thiele [CDU]: Das sagen Sie doch immer! - Jörg Hillmer [CDU]: Aber doch nicht so klein wie Sie!)

Sie haben bei einem derart wichtigen Thema einer Skandalisierung das Wort geredet, nachdem wir gerade am 17. Februar im Kultusausschuss eine sehr umfangreiche, informative und gute Unterrichtung durch das Kultusministerium bekommen haben. Sie haben gerade versucht, über den Gesamtzusammenhang DITIB Deutschland einen Zusammenhang für DITIB Niedersachsen herzustellen.

Der Ministerpräsident hat immer sehr besonnen, mit Augenmaß und zur richtigen Zeit gehandelt. Hätte er das nicht so gemacht, wie er es gemacht hat, hätten Sie genau an der Stelle geschrien: Skandal!

Der Ministerpräsident hat sofort reagiert, als die Vorstandswahl stattgefunden hat. Das ist von Ihnen eigentlich auch nicht kritisiert worden.

(Ulf Thiele [CDU]: Darauf bin ich gar nicht eingegangen! Völlig okay!)

Der Ministerpräsident hat sofort reagiert, als der Verdacht in der Presse aufkam, dass ein Imam in Braunschweig einer Spitzeltätigkeit nachgegangen ist. Ich kann an dieser Stelle sagen: Richtig so!

(Beifall bei der SPD)

Auch das ist kein Skandal, dem man an der Stelle das Wort reden kann. Der einzige „Skandal“ ist der Antrag, den Sie jetzt eingebracht haben, nach einer Unterrichtung im Kultusausschuss, die eigentlich alle zu klärenden Fragen bereits geklärt hat. Am 21. Februar haben Sie einen Antrag mit Punkten geschrieben, die Durchstechereien zur Spitzeltätigkeit und Ähnliches nahelegen. Ich glaube, dass Sie sich da auf sehr dünnem Eis bewegen und eigentlich zur Sachpolitik zurückkehren sollten.

Wenn Sie in das bisher noch nicht genehmigte Protokoll des Kultusausschusses hineingucken, können Sie dort nachlesen, welche Hinweise uns gegeben worden sind. Dann können Sie erkennen, dass DITIB Niedersachsen wirklich eine Staatsfer-

ne vom türkischen Staat hat, die sich sehen lassen kann. Ich möchte nur einen Punkt aus dem Protokoll der Kultusausschusssitzung vom 17. Februar zitieren:

„Deshalb haben wir auch immer gesagt: Herr Kilic hat sich von bestimmten Ereignissen - beispielhaft erwähnen möchte ich die Armenienresolution des Deutschen Bundestages und die Reaktion von Diyanet und von Teilen der DITIB darauf - sehr stark distanziert. Das hat kein anderer Vorsitzender eines Landesverbandes getan.“

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Politze, eine kurze Unterbrechung! - Herr Thiele würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Stefan Politze (SPD):

Das darf er gerne machen.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Bitte schön, Herr Thiele!

Ulf Thiele (CDU):

Herzlichen Dank. - Herr Politze, wenn Sie das so sehen, stellt sich aber doch die Frage, warum die Landesregierung die Verhandlungen mit der DITIB Niedersachsen/Bremen über den Vertrag, über den wir hier seit Monaten diskutiert haben, für diese Legislaturperiode für beendet erklärt hat. Können Sie beantworten, was passiert ist, was aus Ihrer Sicht dazu geführt hat, dass die Vertragsverhandlungen nicht fortgesetzt werden können?

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Bitte schön!

Stefan Politze (SPD):

Sehr geehrter Herr Thiele, die Antwort können Sie sich selber geben.

(Petra Tiemann [SPD]: Ja, genau! - Miriam Staudte [GRÜNE]: Ja!)

Die Regierungskoalition hat immer von einem breiten Konsens in dieser Frage geredet. Ein breiter Konsens ist keine Einstimmenmehrheit in diesem Landtag. Ein breiter Konsens ist, wenn man in diesem Hohen Haus gemeinsam einen solchen

Vertrag abschließen möchte, und zwar mit einer ganz breiten Mehrheit.

Was Sie gemacht haben, ist ein Zurückfallen hinter das, was Ihre bisherigen Ministerpräsidenten schon auf den Weg gebracht haben. Herr McAllister und Herr Wulff waren viel weiter als Sie.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Bei Ihnen haben sich die konservativen Kräfte aus der Zeit von Wilfried Hasselmann durchgesetzt. Das ist das Tragische, meine sehr geehrten Damen und Herren. Sie haben an dieser Stelle den Blick für die Realität verloren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Ulf Thiele [CDU]: Das ist spannend! Ihr Ministerpräsident hat das völlig anders begründet!)

Kommen wir einmal zurück auf das Kultusausschussthema: Dieser Antrag soll ja im Kultusausschuss beraten werden. Der Religionsunterricht in Niedersachsen wird - ganz klar geregelt - von Lehrkräften gegeben. Da unterrichten keine Imame. Es gibt keine Einflussnahmen in Schulen, so wie Sie es suggerieren, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Darauf haben sowohl der Ministerpräsident als auch die Kultusministerin immer einen Blick.

(Ulf Thiele [CDU]: Das habe ich doch eben selbst gesagt!)

Auch das können Sie, Herr Thiele, im Protokoll des Kultusausschusses nachlesen. Dort wurde uns sehr eindeutig gesagt, dass es noch nie Probleme in dieser Frage gegeben hat.

Was das Anerkennungsverfahren als Religionsgemeinschaft anbelangt: Die Satzung muss ganz klar auf das ausgerichtet sein. Das wird auch von niemandem in Abrede gestellt. Deswegen sind wir gut beraten, dass wir mit DITIB Niedersachsen - einem sehr verlässlichen Partner; das haben Sie ja auch gar nicht in Abrede gestellt - den wichtigen Dialog weiter fortsetzen, um wirklich eine gelingende Integration auf den Weg bringen zu können. Deswegen ist es richtig, dass man die liberalen Kräfte der DITIB Niedersachsen dafür gewinnt und weiter nutzt, dass wir die Gespräche voranbringen, aber auch dass wir die Kooperation weiter voranbringen, sehr geehrter Herr Thiele.

Was den Einfluss auf den Landesschulbeirat anbelangt - Sie haben auch im Kultusausschuss versucht, das zu initiieren -, möchte ich an dieser Stelle nur darauf hinweisen, dass der Landesschulbeirat 40 Mitglieder umfasst. Von diesen 40 Mitgliedern wird eines einvernehmlich von DITIB und Schura entsandt. Sie teilen sich einen Sitz in diesem Beratungsgremium. Wie da von einer Einflussnahme geredet werden kann, entzieht sich nun wirklich meiner Kenntnis. Aber ich glaube auch nicht, dass Sie das ernsthaft meinen, sondern dass das für Sie nur ein Hilfsargument ist, um weiter Misstrauen zu säen.

Ich finde das sehr schade, weil die Landesregierung nämlich prompt und sehr zielgerichtet gehandelt hat. Ich glaube, dass wir ein bisschen Dampf aus dieser Debatte herausnehmen und wieder zu einem vernünftigen und kultivierten Umgang zurückfinden sollten, gemeinsam mit den muslimischen Verbänden in Niedersachsen. Ich glaube, dass diese Landesregierung dabei auf einem sehr guten Weg ist. Der Skandal, den Sie herbeireden möchten, existiert lediglich in Ihren Köpfen.

Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Politze. - Jetzt hat sich Belit Onay zu Wort gemeldet. Herr Onay, Sie haben das Wort.

Belit Onay (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Neben der Schura ist die DITIB für den sunnitischen Teil der Muslime in Niedersachsen einer der großen Dachverbände. Auch wenn nicht alle Muslime sunnitischen Glaubens Mitglied der Schura oder DITIB sind, so sind doch nahezu alle Moscheegemeinden im Land in diesen beiden Dachorganisationen organisiert. Die religiösen Dienstleistungen, die dort angeboten werden, können von allen sunnitischen Muslimen in diesem Land in Anspruch genommen werden.

Aktuell ist die DITIB aufgrund der Entwicklung in der Türkei besonders in den Fokus geraten. Dass der sozusagen Hauptstrang der DITIB in die Türkei führt, ist allerdings nicht neu. Die Imame werden in der Türkei ausgebildet, von dort entsandt und auch von dort bezahlt. Damit hat man sich so lange arrangieren können, wie die Türkei demokratischer und klar laizistisch war, jedenfalls politisch unprob-

lematischer. Aber seit dem Putsch im letzten Sommer hat sich das absolut verändert, und mit der Bespitzelungsaffäre rund um die Imame, die gerade schon angesprochen wurde, hat sich das nochmals zugespitzt.

Am liebsten wäre es mir, wenn man auch hier sagen könnte: „Bespitzelung unter Freunden - das geht gar nicht!“ Allerdings habe ich erhebliche Zweifel, ob das deutsch-türkische Verhältnis derzeit noch ein freundschaftliches ist. Man muss nur auf die aktuelle Situation rund um den Wahlkampf in der Türkei blicken oder an die inhaftierten Journalistinnen und Journalisten bzw. an die Haltung der türkischen Regierung insgesamt denken, was ihr Verständnis von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie angeht.

Ich möchte hier ausdrücklich unsere Solidarität mit all denjenigen Menschen in der Türkei bekunden, die für Rechtsstaatlichkeit, für eine freiheitliche Türkei, für Demokratie und für eine bunte Türkei stehen.

(Lebhafter Beifall)

Wie gesagt, meines Erachtens hat man sich in der Türkei leider vollständig und absolut von der Suche nach einem politischen und gesellschaftlichen Konsens verabschiedet. Die Polarisierung in der Türkei schwappt auch hierher über. Die türkische Regierung versucht, auch hier auf nahezu übergriffige Art und Weise Menschen für sich zu mobilisieren. Und die DITIB bietet aufgrund ihrer Struktur über die Imame dafür offensichtlich gute Möglichkeiten.

Ausdrücklich möchte ich auf Folgendes hinweisen: Die Praxis, dass die Imame aus der Türkei entsandt werden, geht auf die 80er-Jahre zurück. Sie wurde damals von der Kohl-Regierung mit der Türkei ausgehandelt, von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann.

(Ulf Thiele [CDU]: CSU!)

- CSU, richtig!

Unter der Regierung Kohl galt, dass die sogenannten Gastarbeiter, die Türkinnen und Türken, irgendwann zurückgehen sollten. Daher hielt man es damals für vorteilhaft, dass sie sich nicht allzu sehr integrieren. Das galt noch in den 80er-Jahren.

Die Frage ist nun: Wie gehen wir heute mit diesem Problem um? - Es ist klar, dass dieses Modell kein Zukunftsmodell ist. Darin, Herr Thiele, sind wir uns

vermutlich auch einig. Es kann nicht sein, dass muslimisches Leben in Niedersachsen und in Deutschland auch nur in der kleinsten Weise von Ankara abhängig ist und nicht von den Gemeinden in Lüneburg, Hannover, Goslar, Oldenburg und wo auch immer hier in unserem Land das muslimische Leben stattfindet.

(Björn Thümler [CDU]: Sehr richtig!)

Deshalb haben wir den Staatsvertrag auch nie als Endpunkt eines Prozesses verstanden und das auch nie so kommuniziert. Der Staatsvertrag war für uns immer der Startschuss für einen weitergehenden, für einen tiefergehenden Prozess.

Aus diesem Prozess ergeben sich aber drängende Fragen. Wir brauchen eine Option und Perspektive für muslimisches Leben, um aus dieser religionspolitischen Klemme herauszukommen. Diese sind Sie, Herr Thiele, bislang schuldig geblieben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wir müssen mit den Gemeinden darüber sprechen, wie Imame hier in Niedersachsen, hier in Deutschland ausgebildet werden können, damit sie wissen, was hier in den Gemeinden geschieht, damit sie Land und Leute, damit sie das Leben hier kennen und es, auch religiös, begleiten können.

Und: Wer A sagt, muss auch B sagen. Vor allem müssen wir darüber sprechen, wie die Ausbildung und der Einsatz der Imame finanziert werden können. Das geschieht zurzeit größtenteils durch die Türkei, nämlich für die eigenen Imame.

Aufgrund dieser drängenden Fragen war es richtig, dass diese Landesregierung und vorneweg der Ministerpräsident immer wieder das Gespräch mit den Gemeinden gesucht hat und so das Vertrauensverhältnis weiter aufgebaut hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Denn die Realität in unserem Land können wir nicht ausblenden, meine sehr geehrten Damen und Herren. Der Islam gehört zu Niedersachsen und zu Deutschland. Die Muslime brauchen eine Perspektive für muslimisches Leben hier in Deutschland. Es kann nicht sein, dass 400 000 Muslime in Niedersachsen die Leidtragenden einer Politik sind, die in Ankara gemacht wird.

Wir dürfen nicht den Fehler machen, diese Menschen als Fremdkörper zu behandeln. Das tut diese Landesregierung ausdrücklich nicht, und des-

halb werden wir auch weiterhin das Gespräch suchen - kritisch und auch vertrauensvoll.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Onay. - Es liegt jetzt die Bitte der CDU-Fraktion auf eine Kurzintervention vor. Herr Thiele, Sie haben das Wort.

Ulf Thiele (CDU):

Herr Präsident! Herr Onay, vielen Dank für diese Rede, die, wie ich finde, deutlich differenzierter war als - - - Nein, das sage ich jetzt nicht.

Ich will auf die Frage der Imamausbildung eingehen; denn das scheint ein zentraler Punkt zu sein. Ich möchte darauf hinweisen, dass es die Regierungen Wulff und McAllister waren, die die Imamausbildung in Osnabrück angelegt haben - im Übrigen die erste, die es je in Deutschland gab. Die ursprüngliche Idee ging von 50 % Imam- und 50 % Religionslehrertätigkeit aus. Das sollte auch eine Brücke für die Finanzierung sein.

An dieser Stelle müssen wir weitermachen. Aber genau an dieser Stelle ist bisher nichts weitergegangen. Das ist bedauerlich, weil wir viel Zeit verloren haben.

(Beifall bei der CDU)

Am Ende des Tages wird die Schlüsselfrage sein - auch für die DITIB -, ob es gelingen kann, in Deutschland die Ausbildung - und zwar nach westlicher Prägung, auf der Basis unseres Grundgesetzes - einer ausreichenden Zahl von Imamen zu organisieren. Nur so können wir von der Imamausbildung in der Türkei und der Entsendung durch die Diyanet unabhängig werden. Unser Ziel muss sein, dass in wenigen Jahren in Niedersachsen nur noch Imame tätig sind, die auch in Niedersachsen oder anderswo in Deutschland ausgebildet worden sind.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Onay!

Belit Onay (GRÜNE):

Dann könnten also auch bayerische Imame hier in Niedersachsen predigen?

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Und was ist mit der Sprache?)

- Das könnte sprachlich schwierig werden.

(Heiterkeit)

Vielen Dank, Herr Präsident.

Sehr geehrter Herr Thiele, ich möchte auf Ihre Frage antworten. Das Modell, das Sie angesprochen haben, ist eines von vielen Modellen, die diskutiert worden sind, um die Ausbildung und die Finanzierung zu verwirklichen. Ich glaube, diese Frage muss beantwortet werden, aber dies kann nur *mit* den Religionsgemeinschaften geschehen. Das ist der springende Punkt! Die Ausbildung sämtlicher Geistlicher, seien es Imame, Rabbiner, Priester usw., muss mit den entsprechenden Religionsgemeinschaften durchgeführt werden, weil nur sie diejenigen sind, die diese Personen in die Gemeinden lassen, um sie dort wirken zu lassen. Noch einmal: Das kann nur mit den Religionsgemeinschaften geschehen!

Die Ausbildung in Osnabrück, die Sie angesprochen haben, ist zum großen Teil daran gescheitert, dass das Vertrauen zwischen der damaligen schwarz-gelben Landesregierung und den muslimischen Verbänden vollkommen den Bach runtergegangen war.

(Widerspruch bei der CDU)

- Nein. In Osnabrück gibt es keine Imamausbildung, sondern eine Imamfortbildung, eine Fortbildung für Imame, die beispielsweise aus der Türkei kommen und sozusagen auf die hiesige Situation ausgebildet werden. Ich glaube, dass man darauf aufbauen kann, aber das bietet nicht die Grundlage für die Lösung unseres eigentlichen Problems.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch die Frage der Finanzierung ist nicht geklärt. Sie haben eben etwas von einer Körperschaft des öffentlichen Rechts hineingerufen. Das ist ein Modell, über das man diskutieren kann.

Mir geht es darum, dass wir noch einen langen Weg vor uns haben, wenn wir dieses Problem angehen wollen. Daher sollten wir uns ein bisschen sputen. Wie gesagt, ich sehe eine gewisse Einigkeit, was die Zielrichtung angeht, aber ich wundere mich eben auch über die Rhetorik, die im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag immer wieder an den Tag gelegt worden ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Herr Dr. Birkner für die FDP-Fraktion, bitte schön!

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin der CDU-Fraktion dankbar, dass sie diesen Antrag eingebracht hat, gibt er doch Gelegenheit, sich hier im Parlament erneut über die Frage auszutauschen, wie wir als Politik künftig mit den Vertretern des muslimischen Lebens in Niedersachsen umgehen wollen.

In dem, was ich von Herrn Onay und Herrn Thiele vernommen habe, habe ich sowohl hinsichtlich der Analyse als auch hinsichtlich der Perspektive viele Übereinstimmungen festgestellt. Daher frage ich mich, ob es jetzt nicht besser als bei den Vertragsvorhaben des Ministerpräsidenten gelingt, die Dinge frühzeitig gemeinsam voranzubringen. Wir stecken zum Teil ja auch deshalb in dieser Situation, weil das ganze Vorhaben schlecht vorbereitet war und schlecht durchgeführt worden ist. Vieles geschah hinter verschlossenen Türen, und es ist gerade nicht frühzeitig über grundsätzliche Fragestellungen diskutiert worden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Herr Kollege Onay hat zu Recht darauf hingewiesen: Dass DITIB Partner des deutschen Staates ist, war politisch gewollt. Das hat der deutsche Staat in den 80er-Jahren genau so gewollt. Man hat ja auch nur denjenigen Imamen eine Einreisegenehmigung erteilt, die von DITIB quasi bestätigt waren und vom türkischen Staat, von Diyanet, entsendet wurden. Das geschah, um Extremisten etwa aus arabischen Räumen auszuschließen.

Damit hat man am Ende eine Struktur begünstigt, von der wir heute sagen, dass sie nicht mehr zeitgemäß und gerade vor dem Hintergrund der Entwicklungen in der Türkei auch nicht mehr angemessen ist. Diese Struktur hat die DITIB zumindest hinsichtlich der Bezahlung der Imame, aber möglicherweise auch darüber hinaus in Abhängigkeit zu Diyanet und damit zum türkischen Staat gebracht. Deshalb ist es richtig, dass wir das diskutieren. Diese Struktur ist nicht mehr zeitgemäß. Die Situation in der Türkei führt dazu, dass wir mit völlig inakzeptablen Einflussnahmen rechnen müssen.

Wenn wir DITIB als Partner behalten wollen - und davon gehe ich aus; ich habe noch niemanden gehört, der dagegen gesprochen hat -, allerdings

unter der Voraussetzung, dass die Unabhängigkeit gewährleistet ist, dann müssen wir uns aber auch ehrlich machen. Und „ehrlich“ bedeutet Geld. Wir können den Gemeinden ja nicht sagen, dass sie das von heute auf morgen selbst bezahlen müssen. Das wird nicht funktionieren, weil sie dazu gar nicht in der Lage sind.

Aber wir müssen auch Forderungen stellen. Das ist angesprochen worden. Die Verbände müssen sich aus meiner Sicht mitgliederschaftlich organisieren. Das deutsche Religionsrecht ist auf mitgliederschaftliche Organisation, auf einen Körperschaftsstatus ausgerichtet. Daran knüpft vieles an, am Ende auch die demokratische Binnenstruktur in den Organisationen. Dahin müssen sich die Verbände bewegen. Sie können nicht einfach sagen, das sei nicht islamisch. Denn das ist ja gar nicht der Punkt. Es ist ja auch nicht so, dass körperschaftliche Organisationen christlich sind. So etwas gibt es in anderen Staaten auch nicht.

Es ist also schon die Frage: Welche Forderung stellen *wir*? Wir müssen klarmachen, was wir definieren, und das den Partnern dann auch deutlich sagen. Da sehe ich viele Übereinstimmungen, die eine Basis für gemeinsame Positionierungen sein können.

Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir diesen Übergangsprozess aus dieser abhängigen und von uns selbst gewollten und begleiteten Struktur in eine unabhängige Struktur hinbekommen, und das mit einer körperschaftlichen Ausrichtung mit mitgliederschaftlicher Organisationsform verbinden.

Diese Fragen vor dem Hintergrund der Verträge mit den islamischen Religionsgemeinschaften diskutieren zu wollen, ist allerdings der falsche Fokus. Denn materiell geben die Verträge gar nicht so viel Neues her; das hat eher symbolischen Charakter. Ich teile die Einschätzung, dass sie eher den Rahmen für das weitere Miteinander beschreiben.

Aber wenn das ein Problem ist und wir nicht einmal die Verträge abschließen können - in denen inhaltlich nicht viel Neues steht -, dann können wir mit den Partnern auch nicht über den Religionsunterricht und auch nicht über die Seelsorge im Justizvollzug sprechen. Und dann, würde ich konsequenterweise sagen, ist DITIB auch kein Partner für die Ausbildung der Imame.

Wenn das so ein wichtiges Kriterium ist, kann ich diesen Wertungsunterschied nicht nachvollziehen.

(Zustimmung bei der FDP - Helge Limburg [GRÜNE]: Sehr richtig!)

Ich glaube, dass wir diese Diskussion führen müssen. Die Unabhängigkeit ist eine unabdingbare Voraussetzung. Dabei geht es nicht in erster Linie darum, dass die Unabhängigkeit in der Satzung abgebildet wird. Das ist, sage ich mal, Rechtstechnik. Vielmehr müssen wir sichergehen, dass die Unabhängigkeit auch gelebt wird. Und da muss DITIB liefern und sich nicht nur auf Rechtsgutachten verlassen. Da muss es ein klares Bekenntnis von DITIB geben, dass man die Unabhängigkeit auch erreichen will.

In Niedersachsen gibt es solche Signale. Aber der Landesverband ist Bestandteil einer Bundesorganisation, die auch Einfluss nimmt. Es muss eine gemeinsame Position des gesamten Verbandes und nicht nur einzelner Akteure sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Dr. Birkner. - Jetzt hat sich der Ministerpräsident zu Wort gemeldet. Bitte schön, Sie haben das Wort, Herr Ministerpräsident!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich sehr, dass die Diskussion, die wir zu diesem schwierigen Thema führen, sehr reflektiert ist und ein großes Maß an Gemeinsamkeiten erkennen lässt.

Beim Blick zurück sehen wir, dass das Land Niedersachsen - auch unter ganz unterschiedlicher politischer Verantwortung - auf vielen Feldern eng, vertrauensvoll und auch erfolgreich mit DITIB zusammengearbeitet hat, obwohl die Repräsentanten des Landes Niedersachsens durchaus immer wussten - so hat es der Kollege Birkner eben auch ausgeführt -, dass es eine besondere Beziehung zwischen DITIB und dem türkischen Staat gibt.

Das ist es also wohl nicht, was uns gerade umtreibt. Nein, was uns umtreibt, ist die deutliche Veränderung in der politischen Ausrichtung der Türkei. Die Türkei hat sich in den letzten Jahren von einem betont laizistischen Staat zu einem Staat mit einer deutlich religiösen Ausrichtung und von einer sehr lebendigen, vitalen Demokratie zu einem autoritär-politischen System gewandelt. Gerade in den letzten Tagen und Wochen haben wir mit der Einschränkung der Pressefreiheit und der strafrechtlichen Verfolgung von Journalisten

Beispiele dafür erlebt, die uns allen miteinander Sorgen machen.

Diese Beispiele müssen dazu führen, dass unser Land, aber auch der Staat insgesamt sein Verhältnis zu DITIB neu definiert. Vor allem aber - und darauf lege ich Wert - muss DITIB selbst sein Verhältnis zur Türkei neu definieren. Das ist eine Diskussion, die innerhalb des DITIB-Bundesverbandes geführt werden muss und die, soweit ich das erkennen kann, auch geführt wird.

Ich habe es als sehr wohltuend empfunden, dass alle Redner sauber differenziert haben zwischen dem, was wir an politischer Ausrichtung des DITIB-Bundesverbandes zur Kenntnis nehmen, und dem, was wir von unserem niedersächsischen DITIB-Landesverband kennen. Ich will auch ausdrücklich hervorheben, dass DITIB Niedersachsen in der Diskussion im Bundesverband aus meiner Sicht eine sehr positive Rolle spielt: mit dem Ziel einer klaren Loslösung und klarer Unabhängigkeit. Dafür kann man dem Repräsentanten aus Niedersachsen nur viel Erfolg wünschen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Unter diesen Voraussetzungen muss DITIB Niedersachsen gleichzeitig alle Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir weiter davon ausgehen können, es mit durch und durch unabhängigen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern zu tun zu haben, damit das, was bei uns als selbstverständlich erachtet wird, auch innerhalb der DITIB-Gemeinden eingehalten wird. Das versteht sich meines Erachtens von selbst. So dürfen Sie im Übrigen auch mein Schreiben an Herrn Kilic verstehen, das zwar nicht für die Öffentlichkeit gedacht gewesen ist, aber das, wie ich finde, einem ehrlichen, klaren Umgang unter Partnern entspricht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit der richtigen Reaktion auf der Seite des niedersächsischen DITIB-Landesverbandes sind selbstverständlich noch nicht die Probleme gelöst worden. Aus meiner Sicht gibt es im Grunde genommen noch eine Frage, die der Klärung bedarf. Nach dem Verlauf der bisherigen Diskussion bin ich aber zuversichtlich, dass wir am Ende zu einem gleichen Ergebnis gelangen können.

Es geht um die Frage: Müssen wir zu einem klaren Schnitt kommen? Müssen wir sagen, die Voraussetzungen für eine partnerschaftliche Zusammen-

arbeit sind nicht gegeben? Oder sollten wir nicht viel lieber miteinander und insbesondere auch mit DITIB intensiv daran arbeiten, sicherzustellen, dass die notwendige Unabhängigkeit der DITIB von einem anderen Staat auch in Niedersachsen gewahrt wird?

Das ist der Kurs, den die Landesregierung fährt. An dieser Stelle bitte ich um Ihre Unterstützung.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Die CDU-Fraktion bittet um zusätzliche Redezeit. Herr Thiele, zwei Minuten. Bitte schön!

Ulf Thiele (CDU):

Herzlichen Dank, Herr Präsident. - Herr Ministerpräsident, nehmen Sie es mir nicht übel, aber damit lassen wir Sie heute nicht ins Wochenende.

Egal, ob Ihr Brief für die Öffentlichkeit bestimmt war oder nicht: Sie haben an keiner Stelle erklärt, warum Sie in diesem Brief an DITIB - also an den Verband, über den der Imam, der unter Verdacht stand, beschäftigt war - eine Information preisgegeben haben, die dem Parlament gegenüber nicht geäußert werden durfte und die mit Sicherheit dazu geführt hat, dass dieses Ermittlungsverfahren behindert worden ist. Das müssen Sie diesem Landtag hier erklären.

(Zustimmung bei der CDU)

Zweiter Punkt: Herr Ministerpräsident, Sie haben an keiner Stelle deutlich gemacht, wie es jetzt weitergehen soll. Was Sie gesagt haben, war weiße Salbe. Ich finde, wir müssen in dieser Lage und nach einer solch differenzierten Debatte von der Landesregierung erfahren, wie die weiteren Gespräche mit DITIB laufen und mit welcher Perspektive sie angelegt sein sollen.

(Anja Piel [GRÜNE]: Vielleicht klären Sie das zunächst einmal mit Ihrer Seite des Hauses! Bei uns ist klar, wie es weitergeht!)

- Nein, das muss ich nicht mit unserer Seite des Hauses klären, sondern das muss der Ministerpräsident hier deutlich machen; denn er hat erklärt, warum die Verhandlungen mit DITIB abgebrochen worden sind, nämlich mit Blick auf die Türkei. Niemand von uns weiß, welche Perspektive diese

Gespräche aus Sicht der Landesregierung haben sollen. Darüber sind wir heute im Unklaren gelassen worden, und ich finde, das ist für alle Beteiligten - übrigens auch für DITIB selbst - eine Zumutung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Vorgesehen ist die Überweisung an den Kultusausschuss. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende dieses Tagungsabschnitts angelangt. Das Protokoll der vorangegangenen Sitzung liegt noch nicht vor. Darauf müssen wir dann nächstes Mal zurückkommen.

Der nächste, der 45., Tagungsabschnitt ist für die Zeit von Dienstag, dem 4., bis Freitag, dem 7. April vorgesehen. Der Präsident wird den Landtag einberufen und im Einvernehmen mit dem Ältestenrat den Beginn und die Tagesordnung der Sitzungen festlegen.

Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg.

Schluss der Sitzung: 14.24 Uhr.